

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 11. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Politische Justiz à la Zedlitz.

Das Urteil der fünften Strafkammer des Landgerichts III Berlin wegen der Verpöbelung des Charlottenburger Kaiserdenkmals hat im Lager der reaktionären Parteien einen hochantiquarischen Freudentaumel erregt. Die Sklave der armen Verurteilten begeistert schwingend, tanzen sie wilde Indianerkriegstänze um einen Marterpfahl, an dem ein Popanz der Sozialdemokratie hängt und schleudern ihre journalistischen Tomahawks blutdürstig auf die Armen. Sie alle vereint, diese walschichten Monarchisten: die Deutsch-Konservativen, deren monarchische Gesinnung unterhalb der Fünfmark-Goldgrenze verschwindet, die Reichsparteiler und nationalliberalen Scharfmacher, die in größten Majestätsbeleidigungen schwelgen, wenn eine friedliche Politik des deutschen Kaisers ihre Hoffnung auf fette Rüstungsprofite und auf einen für ihre Sippe nahrhaften Weltkrieg schwächt, und das Zentrum, dessen monarchisches Gefühl genau dort anfängt, wo seine liberalen Interessen aufhören.

Wir quittieren diese ganze Hölz misamt dem Schreckensurteil als einen Beweis für den panischen Schrecken, der die herrschenden Klassen vor der Sozialdemokratie erfasst hat, als einen Akt der Rache für den glänzenden Erfolg der roten Woche, als einen erneuten ohnmächtigen Versuch, den verhassten Befreiungskampf des Proletariats in seinem Siegeslauf zu hemmen.

Unfähig erheiternd wirken die Glanzspitze der Zeitungen vom Schloge der „Post“ und der „Täglichen Rundschau“, die es als „gerichtlich festgestellt“ bezeichnen, daß die Denkmalsbeimelung der Sozialdemokratie und ihrer Verheerung zur Last falle. Wer hat das „festgestellt“? Fünf preussische Richter, wohlgerneht, fünf preussische Richter, die von der Sozialdemokratie genau soviel wissen, wie ihnen die „Tägliche Rundschau“ oder die „Post“ oder die „Deutsche Tageszeitung“ verzapft. Kurzum, preussische Richter, die von der Sozialdemokratie, wie sie wirklich ist, keine blasse Ahnung haben oder höchstens soviel Ahnung, wie jener berühmte Cassillerische Anabe, der an irgendeiner fagenhaften Quelle sah. Und woraus haben diese fünf preussischen Richter ihre „Feststellung“ geschöpft? Aus eben dieser absoluten Ahnungslosigkeit, in deren Region nicht Wissen, sondern Wahn herrscht. Und wo alles, was der Sozialdemokratie ungünstig ist, unbedingt Glauben findet, um so leichter, je ungünstiger es für die Sozialdemokratie ist.

Die Sozialdemokratie ist in diesem ganzen Prozeß nicht zu Worte gekommen, nicht einmal durch den Mund der Angeklagten oder der Verteidiger. Es hat keine Beweisaufnahme stattgefunden über das, was die fünf preussischen Richter als sozialdemokratische Verheerung, als politischen Fanatismus, als zügellosen sozialdemokratischen Parteihatz gegen die Monarchie und nun gar gegen den guten Kaiser Friedrich betrachtet. Nichts für ungut, aber sieht nicht jedes Kind, daß eine derartige gerichtliche „Feststellung“ von preussischen Richtern, aus derartigen Quellen geschöpft, nur genau ebensoviele Beweiskraft hat, wie etwa eine Rede des Herrn v. Oldenburg-Januschau oder des Grafen Westarp oder des Herrn v. Heydenbrand oder des Freiherrn v. Zedlitz im preussischen Abgeordnetenhaus oder auf irgendeinem Landwirtschaftstag? Nicht um Haarsbreite mehr Beweiskraft jedenfalls!

Und wenn das Gericht von politischem Fanatismus der Angeklagten und der Sozialdemokratie spricht, so können wir uns nicht helfen; uns und wohl auch der großen Mehrheit des deutschen Volkes liegt es verzeihelt nahe, die besorgte Frage aufzuwerfen, ob nicht vielmehr eben dieses Urteil und seine Begründung aus politischem Fanatismus geboren ist, dem die Richter nach ihrer Klassenstellung und ihrer politischen Parteizugehörigkeit zum Opfer gefallen sind. In einer Zeit, in der es das höchste preussische Verwaltungsgericht und das deutsche Reichsgericht und der preussische Kriegsminister die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie als ausreichenden Grund betrachtet haben, tadellosen Ehrenmännern die sittliche Qualifikation abzuspreden, in einer solchen Zeit sind wir in der Rechtsprechung auf schlechthin alles gefaßt, gleichzeitig aber nur allzu sehr berechtigt, richterlichen Urteilen über die Sozialdemokratie mit unbegrenzter Wurstigkeit gegenüber zu stehen. Und von jedem objektiv Denkenden dürfen wir erwarten, daß er sich in diesem Gefühl mit uns eins weiß. Daß dies für die große Masse des deutschen Volkes zutrifft und für jeden, der von der Sozialdemokratie mehr kennt, als die aus But und Hatz reflektierten Gespenster, mit denen die Reaktionen ihre politischen Geschäfte machen, darüber besteht kein Zweifel.

Wären die gewissenlosen Heber und die beschränkten politischen Fanatiker der Arbeiterfeindschaft unter Verzerrung des wirklichen Tatbestandes weiter schreiben und schwächen, was ihnen beliebt. Es wird ihnen nicht gelingen, einen törichteren und bedauernswerteren, aus töppischen Uebermutte geborenen Unfug in eine überlegte Parteifaktion der Sozialdemokratie umzuwandeln; es wird ihnen nicht gelingen, ehrenwerte Leute, die gewiß ehrenwerter sind, als die politischen Brunnengänger à la Postel, in den Augen verständiger und ehlicher Menschen mit dem Makel der Ehrlosigkeit zu stempeln; es wird ihnen nicht gelingen, die Sozialdemokratie als eine Partei der Den-

walschänder in den Augen irgend jemandes, auf den es uns ankommt, erscheinen zu lassen — da doch die Sozialdemokratie in Wahrheit diejenige Partei ist, die die Förderung und Verbreitung jeder echten Kunst und die höchste Achtung vor den Kunstwerken so systematisch pflegt wie keine andere Partei.

Und vor allem sollen sich die löbllichen Herrschaften um alles in der Welt nicht einbilden, daß sich die Sozialdemokratie durch das Schreckensurteil und die böswillige Hatz im allergeringsten einschüchtern ließe. Mit solchen Mitteln mag man bei politischen Wamelnreden reüssieren. Bei der kampferprobten Sozialdemokratie gibt es darauf nur die eine Antwort: rücksichtslosen und verschärften Kampf gegen eine Staats- und Gesellschaftsordnung, in der der Grundsatz gilt: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe“.

Wir halten es aber, um den ganzen Wert des Urteils jener Strafkammer zu beleuchten, für nötig, an zwei Beispielen zu zeigen, welcher Geist, welcher politische Geist in dieser Kammer herrscht. Vor derselben Kammer schwebte unter demselben Vorsitzenden vor wenigen Monaten der Prozeß gegen einen früheren v. Beltheimischen Förster namens Groß, in dessen Verlauf einwandfrei festgestellt wurde, daß ein Oberleutnant in mehreren Fällen Spaziergänger und junge Juristen im Stolper Forst gemeinsam mit seinem Untergebenen roh mißhandelt, ja selbst angeschossen hatte, um sich dann jämmerlich vor der Verantwortung zu drücken. Erst sehr spät konnte daher in Berlin die Feststellung jenes Prozesses eine sehr mäßige militärgerichtliche Sühne dieser Seldentaten erfolgen. Als nun der Verteidiger dieses Verhohlenen des preussischen Offiziers einigermassen zu charakterisieren versuchte, wurde er von dem Landgerichtsdirektor Seelert wiederholt unterbrochen, bis dieser Herr schließlich erklärte — notabene: vor der Beratung des Gerichts! —, daß er in der Urteilsbegründung Veranlassung nehmen werde, diese Angriffe des Verteidigers gegen den Oberleutnant zurückzuweisen! Obwohl doch die Taten dieses Oberleutnants ganz erheblich schlimmer lagen, als die Tat der vier Denkmalsbeimelers, denen doch wohl auch die sonst so viel zitierte sogenannte schlechte Kinderstube im Gegenlatz zu dem Herrn Oberleutnant zugute kommen mußte!

Und ein zweiter Fall. Am 2. Februar d. J. schwebte der bekannte Prozeß gegen den Korvettenkapitän v. d. Golt vor derselben Kammer unter demselben Vorsitz, v. d. Golt war Angehörter der Ehrhardtischen Kanonenfabrik. Er hatte dieser militärische Geheimnisse, die er während seiner Dienstzeit erfahren hatte, verraten und einen aktiven Offizier zum Verrat weiterer militärischer Geheimnisse bestimmt usw., wie das Gericht feststellte unter Mißbrauch des freundschaftlichen Vertrauens. Beides natürlich zu geschäftlichen Zwecken. Von diesen militärischen Geheimnissen war mindestens eines auch in fremde Hände gekommen und dadurch, wie das Gericht feststellte, die Sicherheit des Reiches gefährdet. Das alles stellte die fünfte Strafkammer des Landgerichts III ausdrücklich durch den Mund des Landgerichtsdirektors Seelert fest. Und wie lautete das Urteil? Drei Monate Festungshaft, das heißt Ehrenhaft. Und in der Begründung wurde zugunsten des Angeklagten verständnisvoll berücksichtigt, daß er sich in seiner Stellung befestigen wollte, aber auch gleichzeitig die Leistungsfähigkeit seiner Firma zu heben gedachte und damit dem Reiche gute Dienste leistete.

Wir bewundern das tiefe Verständnis, das das Gericht in diesem Falle für die etwas kapitalistisch angefautte Seele des Verräters militärischer Geheimnisse, der das Vaterland gefährdete, bewiesen hat. Gerade diese Bewunderung aber macht es uns gar nicht verwunderlich, daß diese Richter für die Sozialdemokratie und auch für die unsinnige Tat anständiger Arbeiter kein Verständnis gehabt haben. Und wir denken, daß auch für manch einen, der sonst vielleicht der Urteile der Seelertischen Strafkammer folgen möchte angesichts dieser sonstigen Haltung der Kammer, angesichts der drei Monate Ehrenhaft für den militärischen Verräter, die Lust dazu verdorben wird.

Und so bleibt von dem ganzen Kummel nichts übrig, als ein neues trostes Beispiel der politischen Justiz in Preußen.

## Wenn zwei dasselbe tun!

Aus der unübersehbaren Reihe von neuesten Streichen, die von Studenten oder Offizieren verübt und sehr milde bestraft sind, zählt die „Dressener Volkszeitung“ die nachfolgenden auf:

März 1911. Greifswald. Student von Produken hatte im Bahnhofrestaurant mit seinem Stode mehrere Gläser und andere Gegenstände zertrümmert. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Sachbeschädigung zu 15 M. Geldstrafe. Die Strafkammer sprach ihn wegen sinnloser Trunksucht frei.

Juni 1911. Kriegsgericht zu Köln. Leutnant Freiherr Bild v. Hohenborn, Leutnant Rappert v. Kleffen sind beschuldigt, in der Wohnung des Unteroffiziers Weith, der ihr Vorgesetzter war, da sie damals einjährig bei den Bonner Gulasen dienten, Hausfriedensbruch begangen zu haben. Sie haben nach einer großen Aneinander die Tür zur Wohnung des Weith zertrümmert, holten diesen aus dem Bette, warfen das Bettzeug aus dem Fenster, zerbrachen die Möbel und begaßen alles mit Wasser. Ferner beschimpften sie den Weith mit den unflätigsten Schimpfwörtern. Einer der Angeklagten wurde zu acht Tagen Ge-

fängnis verurteilt, der andere freigesprochen, weil seine Schuld nicht bewiesen sei. In derselben Angelegenheit wurden der Graf zu Finkenstein und der Student v. Duxstorp vom Schöffengericht zu Bonn zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer setzte die Strafe auf die Hälfte herunter, dann trat Begnadigung zu Festungshaft ein.

Mai 1912. In Göttingen wurden von einem Monumentalbrunnen die Fischköpfe abgeschlagen. Mehrere Frauen- und Aushängeschilder wurden zertrümmert, Schaufenster Scheiben mit Ringdiamanten zerkratzt usw. Ferner haben sich fünf Studenten geblöhlige Ausschreitungen gegen die Polizei aufschulden kommen lassen. Ein Student, der einem Schuttmann einen Fußtritt verabsolgte, erhielt vom Schöffengericht 30 Mark Geldstrafe, ein anderer, der einem Polizisten seinen Hund auf den Rücken warf und sich seiner Verhaftung zu entziehen versuchte, erhielt 80 Mark Geldstrafe.

März, März 1913. Eine Anzahl Studenten verübte einen großen Straßenkrawall. Die Mahnungen der Polizeibeamten zur Ruhe blieben vergeblich. Die Beamten wurden fortwährend beschimpft, die Fensterscheiben des Wachtstubenlokales wurden eingeschlagen, Steine wurden geworfen und Revolverkugeln abgefeuert, ein Beamter wurde mit Kies beworfen, und schließlich zogen die Studenten mit Gefang von dannen. Ein Student wurde mit 50 Mark Geldstrafe oder 5 Tagen Haft, ein anderer zu 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Haft verurteilt. Das Schöffengericht erklärte: Eine Gefängnisstrafe würde für die bisher unbescholtenen Angeklagten zu hart sein, ein Denktettel genüge, aber unglücklich sollen sie nicht gemacht werden; zu berücksichtigen seien auch die Wirkungen des Alkohols.

Galle, Juni 1913. Vor dem Schöffengericht stehen zwei Studenten wegen nächtlicher Rauferei, Sachbeschädigung und öffentlicher Beleidigung. Ein Student der Theologie war mit anderen im Gasmernarich durch die Straßen gezogen, hatte standhaft und mit seinem Spazierstock das Marmorfeld eines Drogisten gewaltig zerkratzt. Das Gericht nahm vorläufige Sachbeschädigung als erwiesen an und bestrafte den Angeklagten mit 15 M. Geldstrafe.

Kürnberg, Juni 1912. Leutnant Freiherr Koch von Kressenstein hatte sich wegen Körperverletzung zu verantworten. Er hatte angenommen, daß ein achtjähriger Knabe, der auf der Straße spielte, sein Pferd ängstigen wollte, deshalb holte er den achtjährigen Knaben ein und schlug ihn mit der Reitpeitsche auf den Kopf. Das Kriegsgericht sprach den Leutnant frei, weil er in Putationswehr gehandelt habe, der Leutnant habe befürchtet, daß der Junge noch einmal auf ihn losgehen würde.

Hannover, Schöffengericht. Zwei Studierende der Tierärztlichen Hochschule hatten nach einer starken Aneinander eine Straßenlaterne und das Straßenbezeichnungsschild zertrümmert. Sie leisteten einem Schuttmann Widerstand. Das Schöffengericht sprach sie frei. Die Handlungsweise der Studierenden sei nur als grober Unfug anzusehen, dieser sei aber hart genug bestraft dadurch, daß der Schaden ersetzt worden sei.

Ein Vergleich dieser und der von uns bereits angeführten Fälle mit dem vom Landgericht III wegen der Bemalung des Kaiser-Friedrichdenkmals gefällten Urteil sowie die Verhandlung vor dem Landgericht III macht auch dem Höchsten klar, daß die zu 5/2 Jahren Gefängnis wegen eines Unfs Verurteilten nicht wegen ihrer Tat, sondern wegen ihrer politischen Gesinnung so hoch verurteilt sind. Solche Massenjustiz ist aus den von uns oft angeführten Gründen erklärlich. Sie wird und kann erst aufhören, wenn die Richter nicht einer bestimmten Klasse entnommen oder gar auf ihre politische Gesinnung geprüft werden, sondern wenn sie aus allen Teilen der Bevölkerung, erwählt aus und von dem Volk, bestellt werden. Der herrschenden Klasse kommt es, wie Bismarck offen zugab, auf die „Zuverlässigkeit“ in politischen Prozessen, nicht auf Gerechtigkeit an.

## Im Zeichen des Generalstreiks.

Rom, 8. Juni. (Eig. Ber.)

Schon wieder hat das italienische Proletariat auf rohe Gewalttat durch das äußerste Mittel des Protestes, durch den Generalstreik, antworten müssen. In Ancona hat man am Tage des Verfassungsfestes auf das Volk geschossen, und heute steht fast ganz Italien im Aufstande.

Unsere Partei hatte den 7. Juni, gerade den Tag, an dem Italien seine Verfassung feiert, zur Abhaltung zahlreicher antimilitaristischer Volksversammlungen ausgerufen, die vor allem gegen die militärischen Strafkompagnien und gegen die Ueberweisung politisch Verdächtigter an diese Kompagnien protestieren sollten. Diese Versammlungen, an denen sich auch Syndikalisten, Anarchisten und Republikaner beteiligten, sollten unter freiem Himmel abgehalten werden, wurden aber in ganz Italien verboten. Nun kann man aber bekanntlich in Italien private Versammlungen, zu denen in irgend einer Form Einladungskarten verteilt werden, gar nicht verbieten, was die Polizei gerade am Verfassungsfeste vergessen hatte. So hat man in Rom 36 Anarchisten verhaftet, weil man sie im Verdacht hatte, eine antimilitaristische Versammlung zu organisieren. Dieselbe Gesegwidrigkeit hat in Ancona zu Blutvergießen geführt. Ancona hat eine sehr schwache Parteibewegung, aber eine starke republikanische Organisation und zahlreiche Anarchisten. Diese hatten geplant, während der großen Festparade eine antimilitaristische Versammlung abzuhalten, die verboten wurde. Trotzdem versammelten sich die Anarchisten unter der Führung Malatestas am Vormittag auf der Piazza Roma; die Versammlung wurde aufgelöst. Hierbei wurde Enrico Malatesta ver-

**Die Insertions-Gebühr**  
Bekannt für die sechsstelligen Nummern, welche über deren Namen 60 Bsp. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungsanzeigen 20 Bsp. „Kleine Anzeigen“, das selbige 20 Bsp. (zulässig 2 fortgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Bsp. Stellenangebote und Stellenanzeigen des ersten Wort 10 Bsp., jedes weitere Wort 5 Bsp. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

hastet und nacher wieder freigelassen. Am Abend, nach Abhaltung einer Protestversammlung in geschlossenem Lokal, wollten die Demonstranten in geschlossener Kolonne in die Stadt zurückziehen. In ganz zweckloser Weise waren alle Zugänge durch Gordons abgeperrt, wobei die Carabinieri mit der üblichen Brutalität vorgingen. Als von der provozierten Menge einige Steine geschleudert wurden, wurden kurz hintereinander die drei Signale gegeben, die das Feuern zum Auslösen geben sollen. Fast gleichzeitig gaben die Carabinieri Feuer. Es wurden 60 Schüsse abgegeben, ohne daß die zum Neuesten getriebenen Demonstranten den Platz räumten. Carabinieri und Polizisten hieben in rohester Weise auf die Menge ein, so daß sogar die Hilfeleistung erschwert wurde. Zwei Demonstranten waren sofort tot, fünf mehr oder weniger schwer verwundet. Die Toten sind zwei Arbeiter im Alter von 20 und 24 Jahren. Die Demonstrationen dauerten den ganzen Abend fort, die Menge setzte überall die Einstellung der Militärkonzerte durch. Um 10 Uhr abend wurde dann in Ancona der Generalstreik proklamiert, der mit imponierender Einmütigkeit durchgeführt wurde.

In Rom brachten die heutigen Morgenblätter die Nachricht der Bluttat. Um 12 Uhr gab die Arbeiterkammer die Order des Generalstreiks aus, die durch Gruppen von Arbeitern in der ganzen Stadt verbreitet wurde. Gleichzeitig erschienen die Abendzeitungen in Extraausgaben, in denen sie meldeten, daß sie bis auf weiteres ihr Erscheinen einstellen. In endlosen Reihen wurden alle Trams in die Depots zurückgeführt. Um 1 Uhr 20 war kein Tram mehr zu sehen und kurze Zeit darauf auch keine Droschke mehr. Die Bouten sind verlassen, die Fabriken stehen still, die meisten Läden sind geschlossen. In Mailand, Turin, Bologna, Modena, Florenz soll der Streik, soweit man den spärlichen Nachrichten entnehmen kann, geschlossen durchgeführt sein.

In der Kammer forderten die Sozialisten die Aufhebung der Sitzung zum Zeichen der Trauer. Es kam dabei zu sehr heftigen Zwischenfällen. Die von den Sozialisten geforderte namentliche Abstimmung ergab aber, daß die Kammer nicht beschlußfähig war.

## Ausdehnung des Streiks.

**Scharfe Schüsse in Rom. — Zusammenstöße in der Provinz.**  
Rom, 10. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Verichterstattung über den Streik wird einerseits durch die Zensur, andererseits dadurch behindert, daß die Nachrichten aus der Provinz sehr spärlich sind, denn die meisten Telegraphenleitungen sind unterbrochen und der Postdienst ist sehr erschwert.

Der Streik ist nunmehr in allen Städten durchgeführt. Die Erklärungen Salandras im Parlament haben die Erbitterung erhöht, so daß ein Ende des Streiks nicht abzusehen ist. Die Eisenbahner, die bisher schwankten, haben nunmehr den Streik beschlossen; ebenso streiken die Seeleute und Hafenarbeiter. In Turin kam es zu einem Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht, wobei ein Streikender getötet wurde. Unruhen werden auch aus Florenz und Mailand gemeldet. In Rom kam es heute zu schweren Zusammenstößen. Die Behörden wollten eine Versammlung der Streikenden verhindern. Tausend Demonstranten marschierten von der Arbeiterkammer nach dem Versammlungsorte. Carabinieri und Militär suchten die Menge zu zerstreuen. Als die Demonstranten einen Militärorden zu durchbrechen suchten, ließ der Kommandierende feuern. Zuerst wurde in die Luft geschossen, dann aber eine Salve gegen die Menge abgegeben. Nähere Nachrichten fehlen.

In der gestrigen Senatsitzung entbot der Senator Garofalo der Polizei Gruß und Dank unter Zustimmung des Senats und des Unterstaatssekretärs des Innern. In Ancona wurden heute unter riesiger Beteiligung die drei Todesopfer beerdigt. Über hundert rote Fahnen wurden dem Zuge vorangetragen. Der Eisenbahnerstreik erschwert die Bewegung der Truppen.

### Der Streik in Rom.

Rom, 10. Juni. Der Generalstreik dauert fort. Die meisten Läden sind geschlossen. Außer dem „Popolo Romano“ erscheinen keine Zeitungen. Eine auf der Via Piazza del Popolo geplante Versammlung wurde von den Behörden verboten. In der Umgebung der Arbeiterkammer kam es zu Ansammlungen, die von der Polizei mit leichter Mühe zerstreut werden konnten. In Venedig ist der Aufstand beendet. Die Stadt zeigt wieder ihr gewöhnliches Aussehen. In Mailand dauert der Generalstreik fort. Viele Läden sind geschlossen; die Zeitungen erscheinen nicht.

### Zusammenstöße in Bari.

Bari, 10. Juni. Heute morgen zogen Gruppen von Ausländern durch die Stadt und forderten die Schließung der Läden, was auch geschah. Die Polizei zerstreute mehrmals die Ausländer, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen. Die Polizeibeamten wurden mit Steinen beworfen. Zwölf Polizeibeamte und Carabinieri wurden verletzt. Ein Beamter erlitt Querschnitten. Es wurden Verhaftungen vorgenommen. Die Ausländer gaben Revolvergeschüsse auf den Obersten der Carabinieri ab, der aber unverletzt blieb.

### Blutige Zusammenstöße in Florenz.

Florenz, 10. Juni. Etwa dreitausend Personen hatten sich in der Umgebung der Arbeiterkammer versammelt, wo sie über die Verlegung eines gestrichenen Mannes berieten. Als aus der Menge Revolvergeschüsse gegen die Truppen abgegeben wurden, feuerten diese. Dabei wurden ein Mann getötet und mehrere verletzt. Polizeibeamte erbrachen die Tür eines Hauses, aus dem Revolvergeschüsse abgefeuert worden waren. Sie fanden darin einen Sträfling und verhafteten ihn.

Parma, 10. Juni. Heute morgen wurden abermals Steine gegen die Truppen und Polizeibeamten geworfen, welche die Ausländer auseinanderreiben wollten. Die Truppen gingen mehrmals vor. Die Veranstalter der Kundgebung versuchten am Ponte di Rezzo Widerstand zu leisten, indem sie Carabinieri und Soldaten mit Steinen bewarfen. In der Farnesestrasse umzingelten sie ein Haus, in dem zwei Offiziere wohnten, die einige Schüsse in die Luft feuerten. Die Truppen rückten heran und gingen gegen die Menge vor, die sie, von Steinwürfen empfangen, zerstreuten. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Von der Carabinieri und den Soldaten wurden mehrere Mann verletzt.

## Ein Schreiben des Ministerpräsidenten.

Rom, 10. Juni. Ministerpräsident Salandra hat an die Präfecten ein Rundschreiben gerichtet, in welchem er sie auffordert, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um eine Wiederholung der Vorkommnisse der letzten Tage zu verhüten. Die Regierung sei keines Menschen Feind. Sie müsse ihre Pflichten erfüllen, deren erste die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sei; aber wenn zu ihrer Aufrechterhaltung die Anwendung von Gewalt notwendig werden sollte, so solle nur mit größter Vorsicht und Klugheit vorgegangen werden. Die Regierung habe das Vertrauen, bei der Wiederherstellung der Ruhe bei allen vaterlandsliebenden Bürgern Unterstützung zu finden.

## Gegendemonstrationen.

Rom, 10. Juni. Heute nachmittag wurde in der Stadt ein Flugblatt verteilt, das die Bürger zu einer Kundgebung für die Armee aufforderte. Einige tausend Personen versammelten sich alsbald und bildeten einen imposanten Zug mit Fahnen an der Spitze, der sich durch mehrere Straßen nach der Piazza Venezia bewegte. Dabei wurde das Mamelled gesungen. Soldaten, denen der Zug unterwegs begegnete, wurden mit dem Rufe: „Es lebe die Armee!“ lebhaft begrüßt. In den Straßen, durch die der Zug kam, wurden aus vielen Fenstern Fahnen herabgehängt. Damen winkten mit Taschentüchern und warfen Blumen.

Florenz, 10. Juni. Heute nachmittag durchzog eine große Schar Bürger die Straßen unter Protestrufen gegen die Gewalttaten der Ausländer. Jede ihnen begegnende Abteilung Soldaten wurde mit begeisterten Rufen: „Es lebe Italien! Es lebe die Armee!“ begrüßt. Vor der Präfectur rief die Menge: „Es lebe der König!“ Die Menge, der eine Fahne vorausgetragen wurde, zog dann vor den Bechtolpalast, wo es zu immer begeisterteren Kundgebungen kam. Abordnungen der Manifestanten begaben sich schließlich zu dem Präfecten und dem Bürgermeister.

## Einstellung des Streiks.

Rom, 10. Juni. Der Sekretär des Allgemeinen Arbeiterverbandes hat an alle dem Verbands angehörenden Arbeiterkammern ein Rundschreiben gerichtet, in dem zur Einstellung des Ausstandes vor Mitternacht aufgefordert wird.

## Das Ministerium Ribot.

Paris, 10. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Rouleus Absage vollendet und unterzeichnet den konservativen Charakter des Ministeriums Ribot. Der „Temps“ bemüht sich, nachzuweisen, daß die Regierung trotzdem einen Vinkenscharakter habe. Die liberale Presse bedauert die Berufung des antiklerikalen Unterrichtsministers Dessoire. Trotz dieses Schönheitsfehlers sehen die Reaktionsäre die neue Regierung als die ihrige an. Die radikale Presse spricht einstimmig von einer Herausforderung der Radikalen und weist darauf hin, daß Ribot Progredist sei und sogar Gambetta Ferry als zu fortgeschritten bekämpfte. Wenn keine unerwarteten Schwächefälle eintreten, werde die Regierung den Sturz schon am ersten Tage nicht entgehen. Die Reaktionsäre erhoffen indes die Enthaltung vieler Radikaler. Diese Annahme ist nicht absolut unmöglich. Vielleicht beeinflusst die Tonart der Deklaration den in der Militärfrage schwankenden Teil der Radikalen, aber vorläufig beherrscht sie noch ein einheitsloser oppositioneller Wille. Die unifizierte radikale Fraktion beschloß in geheimer Abstimmung mit 108 gegen 4 Stimmen, am Freitag einheitlich abzustimmen und der Regierung das Vertrauen zu verweigern. Sie beauftragte Gallimier mit einer Interpellation. Wohl waren 70 Mitglieder abwesend, aber bezeichnend ist Cruppis Erklärung, daß er, obwar für die dreijährige Dienstzeit, dennoch jedenfalls aus Prinzip gegen die Regierung stimmen werde.

Jaurès sagt in einem Artikel über eine Verletzung der Verfassungsregeln, da der Präsident den unifizierten Radikalen die Regierung nicht anbot. Er erwartet die Verwirklichung des Programms von Pan, wofür eine Mehrheit vorhanden sei. Er begrüßt die unvermutete Disziplin der Radikalen, die darin besonders hervortrete, daß kein einziger von ihnen in das Kabinett eintrat. Es sei anzunehmen, daß sie festhalten, denn eine Schwäche wäre ihnen tödlich. Auch die gemäßigteren Republikaner würden zahlreich der Politik Ribots ihre Stimme verweigern; es werde leicht sein, das doppelte Manöver der Reaktion, das in Verprechungen und patriotischen Verdächtigungen bestehe, zu durchkreuzen. Ribot werde schon am ersten Tage in der Widerheit bleiben oder höchstens mit einigen Stimmen dank der Unterstützung der ganzen Rechten und des Zentrums gerettet werden. Aber wird er Lebenskraft und Kühnheit haben, so zu leben!

Eine etwas andere Note weist der Artikel Sem bats auf, der Doumergues Rücktritt bedauert und meint, Radikale und Sozialisten hätten einen Fehler gemacht, weil sie Viviani zu viel Bedingungen stellten. Er greift gleichfalls den Präsidenten an, weil er Viviani Dupuy auszuwählen und nach Vivianis Rücktritt nicht neuerlich Doumergue berief. Das Kabinett sei nur ein Intermezzo, das wahre Stück beginne nachher.

Paris, 10. Juni. Ribot hat heute mittag dem Präsidenten Poincaré im Elysee die Mitglieder des Kabinetts vorgestellt. Die Minister werden morgen nachmittag zu einer Ministerratssitzung zusammentreten, um die Fassung für die ministerielle Erklärung festzusetzen. Am Freitag wird die Regierung vor der Kammer erscheinen. Von den Ministern haben sich Ribot, Bourgeois, Delcassé, Chaunteps, Clément, Vestrol, Jean Dupuy, Rannouch und Darlac für die dreijährige Dienstzeit, Dessoire und Riville gegen dieselbe ausgesprochen.

## Politische Uebersicht.

### Die Befolungsreform abermals vor dem Dreiklassenparlament.

Unmittelbar vor der Pfingstpause hatte das Abgeordnetenhaus die von der Regierung eingebrachte Novelle zum Beamtenbesoldungsgesetz in erster Lesung beraten. Die Leser werden sich daran erinnern, daß damals, in der Sucht, möglichst schnell nach Hause zu kommen, das Dreiklassenparlament die Verhandlungen außerordentlich überstürzte und — wie so häufig — den zweiten Redner der Sozialdemokratie nicht mehr zu Worte kommen ließ. Während der Pfingstferien erledigte dann die eingesetzte Kommission in einer

Sitzung die ganze überaus weitläufige Materie und am Mittwoch kam die Vorlage nun zur zweiten Beratung an das Plenum zurück.

Wie bei der ersten Lesung vor Pfingsten, so war auch am Mittwoch bei der zweiten Beratung Genosse Ströbel Redner unserer Fraktion. Noch einmal wies er darauf hin, wie völlig unzulänglich die vorgeschlagenen Gehaltsbesserungen seien und wie sehr das Dreiklassenparlament seine elementarsten Pflichten den Beamten gegenüber dadurch verlege, daß es von der Regierung nicht eine wirklich ernsthafte Reform der Beamtenbesoldung erzwingt. Die Rafti dazu habe das Parlament — es fehle nur an gutem Willen! Da aber dieser gute Wille bei keiner einzigen bürgerlichen Partei des Hauses vorhanden sei, da vor allem auch das preussische Zentrum, gerade im Gegensatz zur Zentrumsfraktion des Reichstages, den Kollaterale vor dem „Unannehmbar“ der Regierung mitmachte, so sei keinerlei Aussicht zu einer Durchsetzung höherer Gehaltsätze vorhanden. Der sozialdemokratischen Fraktion bleibe unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als auch ihrerseits unter schärfstem Protest gegen den Widerstand der Regierung und die Schwächlichkeit der bürgerlichen Parteien, dem Gejege trotz der Unzulänglichkeit seiner Verbesserungen zuzustimmen.

Schließlich wurden die Kommissionsanträge denn auch einstimmig angenommen. Ebenso die von der Kommission vorgeschlagene Resolution, die von der Regierung die baldige Einbringung einer Vorlage verlangt, durch welche die seit der letzten Besoldungsreform hervorgetretenen Mängel, Härten und Ungleichheiten beseitigt werden.

Ein freisinniger Antrag, der die Regierung um Erwägungen bittet, ob und inwieweit eine geordnete Krankenfürsorge für Beamte erforderlich und durchführbar sei, wurde der Budgetkommission überwiesen. Die zahlreichen Beamtenpetitionen fielen ausnahmslos unter den Tisch.

### Freisinnige Selbstkritik.

Die „Freisinnige Ztg.“ ist so wenig durch die Abwehr reaktionärer Unversoreinheiten in Anspruch genommen, daß sie wieder einmal müßige Zeit genug hat, an der „sozialdemokratischen Taktik“ herumzumäkeln. Diese höchst überflüssige und unbenutzen Mäkelerei könnte und noch gleichgültiger und des Erwähnens völlig unwert sein, wenn sie nicht zugleich eine zwar unbewusste, aber nicht minder beizehende Selbstkritik des braven Freisinnus enthielte.

Da kann sich die „Freisinnige Ztg.“ zunächst noch immer nicht beruhigen wegen des Sigenbleibens der Sozialdemokratie beim Kaiserthron. Wenn sich ob dieser roten Mistfata die skiderige und Ipenplige von heute moralisch entkräften, um durch die Spekulation auf die Angst und den Egoismus des Trägers der Krone die junkerlich-absolutistische Solidarität fester zu verknöten, so ist das für die Krone zwar nicht schmeichelhaft, aber bei der plumpen Demagogie unserer Junker doch verständlich.

Was aber soll man dazu sagen, wenn unsere Linkliberalen der Sozialdemokratie sogar das ehrlche Bekenntnis zu ihrer republikanischen Ueberzeugung verargen, während doch schon vor hunderten Jahren ein gewisser Johann Gottlieb Fichte die vornehmste Tätigkeit der Fürsten darin erblickt hatte, sich für die Zukunft überflüssig zu machen! Aber man braucht nicht an die klassische Blüthezeit des Geistes- und Kulturlebens des deutschen Bürgerthums zu erinnern, um die grenzenlose Armeligkeit unseres heutigen Liberalismus darzutun — nein, die „Freisinnige Zeitung“ selbst schreibt die blutigste Satire auf die liberale Taktik. Bringt sie doch folgenden Satz zu Papier:

„Daß aber selbst bei dieser Gelegenheit, wo es sich für die Sozialdemokraten lediglich um eine Frage des Tactes und Anstandes und um weiter nichts handeln konnte, auch wieder die politischen und grundsätzlichen Gesichtspunkte maßgebend waren. ... Das ist so recht bezeichnend.“

Also: wenn eine politische Partei in politischen Fragen sich von ihren politischen und grundsätzlichen Gesichtspunkten leiten läßt, statt von feiger, verlogener Rechnungsträgererei, die man fälschlich als „Tact“ und „Anstand“ ausgibt, so soll sie dadurch einen Fehler begangen haben?! Ach nein, die politische Verkrüppelung und die bejammerenswerte Dhmacht des Freisinnus ist die eindringlichste Warnung davor, jemals nach freisinnigem Muster die politischen und grundsätzlichen Gesichtspunkte dem „Tactgefühl“ eines Peremonienmeisters oder eines Kriegervereinsvorsitzenden zu opfern!

Zu welcher politischen und intellektuellen Tiefstand solch liberale Taktik führt, beweist die unglückliche Stellung der „Freis. Ztg.“ zu dem unerhörten Schredensurteil wegen der „Denkschrift“ zum Anstand. Bringt es doch das Blatt fertig, dem „Vorwärts“ zuzumuten, diese behauerten Opfer einer ungeheuerlichen Klossen- und Tendenzjustiz einfach preiszugeben! Als ob wir die Torheit ihres unsinnigen Streichs nicht längst preisgegeben hätten! Als ob wir den Streik nicht für so töricht erklärt hätten, daß der Gedanke an einen Spögel nur zu nahe lag!

Nachdem sich nun aber herausgestellt hat, daß wirklich ein paar harmlose Menschen im besten Glauben eine hahnenebüchene Dummheit begangen haben, sollten wir diese Opfer eines unglückseligen und auserlehen törichtem Einfalls — die aber belleideteine Verbrecher waren — einfach kalkülhnd dem Wüten einer bis dahin denn doch noch nicht erreichten, ja nicht einmal für möglich gehaltenen Klassenjustiz einfach preisgeben?! Der Freisinn mag ja auch eine solche Taktik für klug und moralisch halten — wir halten sie moralisch für ebenso verwerflich, wie politisch unklug!

Echlich währt am längsten. In der Politik zum mindesten. Mag der tapferere Freisinn in Kengsten beben — die Sozialdemokratie wird durch die letzten reaktionären Verfolgungsorgien Hunderttausende neuer Anhänger gewinnen.

### „Der Kaiser hat sein Recht verloren.“

Unter dieser sensationellen Ueberschrift veröffentlichte am Dienstagabend die „Kreuzzeitung“ an der Spitze des Blattes einen Artikel des Professors Paul Strüdmann-Münster. Der langen Ausführungen kurzer Sinn war in dem Artikel der bekannte: Sammlung der bürgerlichen Parteien im Reichstage gegen die Sozialdemokratie. Wörtlich wurde unter anderem ausgeführt: „Wenn aber jetzt, nach der jüngsten Herausforderung der sozialdemokratischen Abgeordneten die Mehrheit der Volksvertreter keine durchgreifende Abhilfe schafft, dann verdient sie Schimpf und Schande, dann verdient der Name eines Volksvertreters zum Gespött für Kinder zu werden.“

Der idarfmacherische Professor acht dann aufs ganze und fordert nicht weniger, als daß denjenigen Abgeordneten, die sich im Reichstage an einem Tage oder während einer Session mehrfach Ordnungsrufe zugezogen haben, für die ganze Session das Wort entzogen wird, und daß sie, wenn das nicht hilft, von einer Reihe von Sitzungen oder von allen Sitzungen ausgeschlossen werden, auch wenn Abstimmungen vorgenommen werden. Es sei lächerlich, zu sagen, daß ein Abgeordneter unter allen Umständen das Recht haben müsse, den Sitzungen beizuwohnen.

Selbsterständlich ist der Mitarbeiter des dreifachen Junkerblattes auch der Ansicht, daß die Abgeordneten, die in

Gewerkschaftliches.

Die Bewegung für die Sonntagsruhe der Handlungsgehilfen.

Als der dürftige Gesetzentwurf über die handels-gewerbliche Sonntagsruhe zu Anfang dieses Jahres den Reichstag in erster Lesung passiert hatte, da stand fest, daß weder die Regierung noch der Reichstag ernstlich gewillt sind, die Sonntagsruhe durchzuführen oder auch nur einen kräftigen Schritt in dieser Richtung vorwärts zu tun. Die Enttäuschung war besonders auch unter den in bürgerlichen Harmonieverbänden organisierten Handlungsgehilfen groß. Ihre Empörung über die schmähliche Haltung der bürgerlichen Parteien kam in den Zeitschriften der verschiedenen Verbände, in öffentlichen Versammlungen und auch in der Tagespresse zum Teil in so heftigen Formen zum Ausdruck, wie man sie sonst von den Handlungsgehilfen nicht gewohnt ist. Sollte aber der Fort der Handlungsgehilfen nicht wirkungslos verpuffen, so war es nötig, ihn in Bahnen zu lenken, auf denen er eine nachhaltige Wirkung ausüben müßte. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen richtete durch ein in großen Massen im ganzen Reich verbreitetes Flugblatt die Aufforderung an die Handlungsgehilfen, sich nicht mehr auf Versammlungen, Resolutions- und Eingaben zu beschränken, sondern jetzt zu gewerkschaftlichen Mitteln in ihrem Kampfe um die Sonntagsruhe zu greifen. Gleichzeitig richtete er auch an die größeren Handlungsgehilfenverbände durch Rundschreiben die Anfrage, ob sie zur Einleitung einer derartigen gemeinsamen gewerkschaftlichen Aktion bereit seien. Einige Organisationen benutzten die Gelegenheit, um eine wüste Preßhege gegen den Zentralverband zu inszenieren. Sie behaupteten, daß die ganze Aktion nur aus agitatorischen Motiven heraus eingeleitet sei. Außerdem sei ein „Generalstreik“ der Handlungsgehilfen undurchführbar und unzumutbar. Der Zentralverband hat damals zunächst nichts gegen diese Preßhege unternommen. Er hat die Antworten der Organisationen auf sein Rundschreiben abgewartet. Als diese ablehnend ausfielen, hat er in einem weiteren Rundschreiben eingehend dargelegt, wie die Aktion durchgeführt werden müsse. Es hieß darüber in dem erwähnten Schreiben:

„Einige Verbände äußern sich dahin, daß ein Streik der Handlungsgehilfen in dieser Frage nicht sachdienlich oder durchführbar sei. Demgegenüber möchten wir darauf hinweisen, daß es sich nicht darum handelt, ohne weiteres einen Streik zu proklamieren. Wenn die gewerblichen Arbeiter eine Änderung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeiführen wollen, so setzen sie sich vorerst mit den betreffenden Unternehmern in Verbindung, um eine solche Verbesserung auf gutlichem Wege herbeizuführen. Bei dem von uns gemachten Vorschlage würde ebenso zu verfahren sein. Zunächst wäre eine Verständigung der beteiligten Organisationen notwendig, in welcher Weise das Gesamtinteresse an die Prinzipalität erfolgen soll. Es könnte in der Weise gehandelt werden, daß in den einzelnen Orten die dortigen Vertrauensmänner zusammentreten und nach Lage der örtlichen Verhältnisse das weitere Vorgehen im Einverständnis mit den Zentralverwaltungen festsetzen. Alsdann könnte es Aufgabe der örtlichen Verbandseleitungen sein, nach ihren in den einzelnen Geschäftsbereichen vorhandenen Mittelverhältnissen bei den Prinzipalitäten vorstellig zu werden. Den Geschäftsinhabern würde eine Änderung des Dienstvertrages mit ihren Angestellten dergestalt nahezu liegen sein, daß sie ab 1. Juli — also unter voller Wahrung der Kündigungsfreiheit — auf die Sonntagsarbeit, gemäß der Programmforderung der Handlungsgehilfenverbände, verzichten. Von der Stellungnahme der Prinzipale hängt dann das weitere ab.“

Bei den widerstrebenden Geschäftsinhabern würde gegebenenfalls, soweit in den betreffenden Betrieben eine hinreichende Zahl von organisierten Angestellten beschäftigt ist, von den Angestellten die Kündigung auszusprechen sein. Sofern durch diese Aktion einzelne Gehilfen geschädigt werden sollten, hätte die Organisation für eine angemessene Entschädigung zu sorgen. Wir glauben, daß bei einem solchen Vorgehen die Unterstützung durch das laufende Publikum in keiner Weise fehlen wird. Ferner halten wir auch eine gegenseitige Vereinbarung für zweckmäßig, daß über den 1. Juli hinaus Stellen für Handlungsgehilfen mit Sonntagsarbeit nicht mehr vermittelt werden.“

Erst nachdem dieses Schreiben erfolglos geblieben war, die Aktion trotz aller Bemühungen des Zentralverbandes als gescheitert gelten mußte, hat die „Handlungsgehilfen-Zeitung“ nicht mehr mit der Kritik über das würdelose Verhalten der bürgerlichen Verbände zurückgehalten.

In einer jetzt erschienenen, vom Zentralverband der Handlungsgehilfen herausgegebenen Broschüre mit dem Titel: „Die Ohnmacht der Handlungsgehilfenbewegung“ ist der ganze Briefwechsel zwischen dem Zentralverband und den bürgerlichen Verbänden zum Ausdruck gelangt. Er zeigt zunächst, wie ungerechtfertigt die Angriffe auf den Zentralverband waren. Dann ist er aber auch geeignet, den gegenwärtigen Stand der Handlungsgehilfenbewegung blicksrichtig zu beleuchten. Wenn auch eine Radikalisierung der Handlungsgehilfenbewegung seit Jahren zu beobachten ist, so bleibt doch noch eine ungeheure Arbeit übrig. Die Erkenntnis der gegenwärtigen Einflußlosigkeit der bürgerlichen Handlungsgehilfenorganisationen wird die denselben Handlungsgehilfen auf den Weg bringen, der aus dieser Ohnmacht herausführt. Das kann nur durch die Stärkung der freigewerkschaftlichen Handlungsgehilfenorganisation geschehen und durch den Anschluß an die politische Partei, die die Arbeitnehmerinteressen vertritt, an die Sozialdemokratie.

Die Illstein-Bücher.

Von der Firma Illstein u. Co. wird uns folgendes mitgeteilt: „Es ist richtig, daß die Illstein-Bücher teilweise in England hergestellt werden. Waghend dafür ist aber nicht die Ersparnis an Buchbinderlöhnen gemeint — ob eine solche überhaupt vorhanden ist, ist von uns niemals festgestellt — auch sonstige Löhnerparnisse sind niemals in Frage gekommen. Der einzige Grund für uns, den Auftrag nach England zu vergeben, war lediglich der, daß zurzeit, als wir mit den Illstein-Büchern herauskommen wollten, keine deutsche Anstalt alle marktüblichen Einrichtungen in vollem Umfange hatten, um in kurzer Zeit die erforderlichen Auflagen herzustellen. Deshalb nahmen wir damals ein Angebot der größten englischen graphischen Anstalt an, die uns innerhalb zweier Monate nach der Auftragserteilung 400 000 Bände fix und fertig ins Haus lieferte. Demgegenüber mußten wir aber die Forderung der englischen Firma bewilligen, ihr unsere Aufträge für eine längere Zeit zuzusichern. Wir sind aber jetzt bereits damit beschäftigt, die Errichtung eigener maschineller Anlagen in Deutschland vorzubereiten, um die Herstellung hierher zu übernehmen. Auch aus dieser Tatsache bitten wir zu erfahren, daß für uns die Frage der Buchbinderlöhne gar keine Rolle spielt, wie Ihnen ja auch bekannt sein dürfte, daß wir in gutem Einvernehmen mit der Organisation der Buchbinder stehen.“

Wir nehmen von vorstehender Erklärung Kenntnis und können andererseits bestätigen, daß die Herstellung derjenigen Bücher der Firma Illstein u. Co., die in Deutschland stattfindet, zu Differenzen zwischen uns und der Firma niemals Veranlassung gegeben hat. Insbesondere bestehen auch keine Lohnunterschiede mit der Firma wegen der in ihrem Betriebe gezahlten Buchbinderlöhne. Durch Paustarif sind hier Vereinbarungen getroffen, die mindestens dem entsprechen, was für die Buchbinder in Berliner Buchdruckereien tariflich vereinbart worden ist.

Deutscher Buchbinder-Verein. Emil Roth.

Berlin und Umgegend.

Der Tarifvertrag der Kraftdroschkenführer.

Mit dem neuen Tarifvertrag, wie er jetzt durch den Spruch des Einigungsamtes gestaltet ist, beschäftigen sich gestern zwei Versammlungen, zu denen der Antrag ein ungeheurer war.

Im neuen Vertrag, der vom 1. Juni d. J. bis zum 30. Juni 1917 gelten soll, ist die Arbeitszeit einschließlich Fahrzeit auf 11 Stunden für die Tag- und 12 Stunden für die Nachtschicht festgesetzt. Der Versuch der Unternehmer, 101 M. Kaution für jeden Führer einzuführen, ist an dem Widerstand der Arbeitnehmervertreter gescheitert. Der am heftigsten umstrittene Passus auch in den Verhandlungen war der § 2 des Vertrags. In der Fassung des Einigungsamtes lautet der Paragraph:

„Der Grundlohn für Automobildroschkenführer beträgt für jede Schicht 0,90 M. und 25 Proz. der Gesamteinnahme.“

Die Unternehmer verdrängen die Führer gegen Regressansprüche auf Grund des § 7 des Automobildroschkenführergesetzes und entrichten die erforderlichen Prämienbeträge.

Die Unkosten für Reinigung des Wagens trägt der Unternehmer; der Führer darf nicht dazu herangezogen werden.

Bisher hatten sich die Kraftdroschkenführer selbst versichert und mußten für die Wagenreinigung sorgen. Die Arbeitgeber wollten durchaus nur 75 Pf. Grundlohn bewilligen, während die Organisationsvertreter 1 M. gefordert hatten.

In der ausgedehnten und oftmals sehr hitzigen Debatte bezeichneten viele Redner den Spruch des Einigungsamtes für unannehmbar. Die Verhandlungskommission aber befürwortete die Annahme des Spruchs und betonte, wenn auch die Neuregelung für einzelne keine Vorteile biete, so bedeute sie doch für die Gesamtheit einen wesentlichen Fortschritt schon allein dadurch, daß die vorhandenen 17 verschiedenen Lohnsysteme durch ein einheitliches ersetzt werden.

Die Abstimmung in der Frühversammlung ergab schließlich doch eine große Mehrheit für Annahme des vorliegenden Vertrags.

Auch in der Abendversammlung der in Tagsschicht arbeitenden Führer wurden Bedenken mannigfacher Art geäußert. Aber ebenso wie in der Frühversammlung erklärte sich eine erdrückende Majorität für Unterwerfung unter den Schiedsspruch. Damit haben die organisierten Kraftdroschkenführer ihren Willen bekundet, nach Möglichkeit eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Die Unternehmer aber sollen dem Vernehmen nach gegen den Schiedsspruch getobt und beschloffen haben, sich nicht zu unterwerfen. Das wird ihnen freilich wenig nützen, denn sie haben am 28. April erklärt, daß sie

... einem eventuellen Schiedsspruch des Einigungsamtes, welcher den Tarifvertrag festsetzt bezw. über einzelne Streitigkeiten Punkte entscheidet, sich unterwerfen, derart, daß er für beide Parteien unbedingt bindend sein soll.“

Bei der Firma Adermann u. Rohls, Matrakenfabrik, Röhlenstraße 31/32, haben die Bestellbauer wegen großer Lohnreduzierung die Arbeit eingestellt. Auf Grund einer unwillkürlichen Verbesserung in der Arbeitsrichtung hat die Firma die bestehenden Affordlöhe um 40 bis 75 Proz. herabgesetzt. Verhandlungen durch eine Kommission der Arbeiter um Jurisdiktion der Abzüge hatten nicht den gewünschten Erfolg. Einen weiteren Versuch um Verringerung der Differenzen, den die Verbandsvertreter mit der Kommission unternahm, wurde von Herrn Rohls scharf abgelehnt und den Verbandsvertretern, ohne daß sie auch nur ein Wort ihres Entlangens vorbringen konnten, das Grundstück verwiesen.

Bei ruhiger Würdigung der Sachlage wäre durch die Aussprache sicher eine friedliche Erledigung der Differenzen möglich gewesen. Aber das Auftreten der Firma erweckt den Anschein, als wenn ihr an einer sachlichen Verringerung nichts gelegen ist und sie unter allen Umständen den Krieg mit ihren Arbeitern haben will. Infolge des Verhaltens der Firma blieb den Arbeitern kein anderer Ausweg übrig, als die Arbeit einzustellen. Arbeitsjunge und namentlich Bestellbauer und Spanner werden ermahnt, den bestreikten Betrieb streng zu meiden und weitgehendste Solidarität zu üben.

Kleines Feuilleton.

Die Tuberkulose ist eine Proletarierkrankheit! Das Zentral-Komitee zur Bekämpfung der Tuberkulose hat eben unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Delbrück im Reichstagsgebäude seine 18. Generalversammlung abgehalten. In dem Hauptbericht des Professors Köpke wurde unter anderem ausgesprochen, daß es „nicht zulässig“ sei, die „Tuberkulose als Proletarierkrankheit“ zu bezeichnen. Die wissenschaftliche Fachbildung der Herren in allen Ehren — in diesem Falle aber reicht ihr Urteil zehn Schritte gegen den Wind nach bourgeoiser Tendenz.

Wenn es in ihrem eigenen Lungenheilstätten möglich ist, durch vortreffliche Ernährung und Ruhe die Tuberkulose zum Ausheilen zu bringen, müssen nach einem unanfechtbaren Schluß Ernährung und Ruhe für die Krankheit von ausschlaggebender Bedeutung sein. Wie aber steht es mit Ernährung und Ruhe im Proletariat?

Weiter leuchtet von selber ein und wird zudem auch von der Lungenheilstättenpraxis anerkannt, daß bei dieser Krankheit der Lunge die frische Luft ein eminentes Heilmittel ist. Wie aber steht es mit der frischen Luft in Fabrikräumen und in den furchtbar überfüllten Schlafräumen des Proletariats?

Abgeradete Körper und minderwertige Ernährung; schädlicher Staub und giftige Ausdünstungen in den Arbeitsräumen, verdorbene Luft in den überfüllten Wohnungen — all das sind furchtbare gesellschaftliche Ursachen der Schwindsucht. Das weiß jeder Arzt, und das wissen auch die Herren vom Zentral-Komitee. Wenn sie das aber wissen, müßten sie sich leicht sagen können, daß diese menschenmordenden Dinge wohl im Berliner Proletarierquartier, keineswegs aber in der Bellevuestraße oder in der Villenkolonie Grunewald zu Hause sind. Wir setzen Kägel und Nadeln daran, daß die Schwindsucht aufhöre, eine Proletarierkrankheit zu sein. So lange sie es aber ist, darf die schreckliche Wahrheit durch keine Schönfärberei aus der Welt geschafft werden.

Aber so geht es, wenn ein wissenschaftliches Komitee unter dem Vorsitz eines Staatssekretärs tagt. Der Staat verpestet die Wissenschaft, wie er in der Kirche die Religion mordet.

Das verrückte Haus. Mit Staunen vernahm man's, wenn in früheren Jahren von jenseits des großen Teiches die Kunde kam, daß in der oder jener Stadt wieder ein Haus von seinem ursprünglichen Standort nach einer ganz anderen Straße verlegt worden sei. Was wir ehemals bei den amerikanischen Baumrasseln als höchste technische Leistung betrachteten, können unsere deutschen Bautechniker ebenso gut. An der Röhlsheimer Straße bei Duisburg stand bis vor kurzem ein vierstöckiges, aus solidem Mauerwerk erbautes Haus, das seines weiten Vortretens über die neu festgelegte Achsenlinie und gegen die dicht nebenan errichteten Neubauten wegen schon viel Bergehen erregt hatte. Am nun dem am 1. Juli sein Amt anretenden neuen Oberbürgermeister, der in besagter Straße Wohnung nehmen wird, diesen ärgerlichen Anblick zu eripen, beschloß man, das Haus sechs Meter zurück in Front mit den übrigen Häusern zu rücken. Das bautechnische Experiment, das am letzten Donnerstag vor sich ging, hatte natürlich eine große Anzahl von Neugierigen, von Photographen und Schnellzeichnern angelockt. Das vierstöckige Haus legte die sechs Meter lange Strecke in vierzig Minuten zurück, so daß auf eine Minute etwa fünfzehn Zentimeter Weg kamen. Zur Vorbereitung des schwierigen Werkes, Untereisen mit Eisenträgern, Eisenrollen

und Schienen, waren etwa vier Wochen notwendig gewesen. Vier Seilwinden brachten das Haus an vier parallel laufenden Flaschenzügen zum Rollen. So wuchs die Entfernung zwischen Bauzaun und Haus immer mehr, bis es zuletzt auf seinem neuen Standort angelangt war und vor dem Belshazer die tiefen, gähnenden ehemaligen Keller-gewölbe sich in der Straßenfront auflachten.

Während eine große Schar von Baumeistern und Arbeitern das Werk vollbrachten, schauten die Insassen des Hauses dem eigenartigen Schauspiel in ehrfürchtiger Entfernung zu. Dann aber ging's wieder hinein in die Wohnung und bald schauten auch sie wieder seelenbergnütig zum Fenster hinaus, als ob nie etwas mit ihrem Hause geschehen wäre. Drinnen war alles so intakt geblieben wie nie zuvor, nicht einmal ein Ziegel war vom Dache oder ein Stiel Serpuz herunter gefallen.

Theater.

Kammerspiele. Wedelind-Phllus: „Der Stein der Weisen“. Das Stück, das in Berlin früher noch nicht gespielt wurde, ist mehrere Jahre alt. Im Rebenittel nennt es sich: „Laute, Armbrust und Peitsche; eine Geistesbeschwörung“. In der Tat: Ein fahrender Schüler singt zur Laute, mit einer Peitsche wird geknallt, und mit einer Armbrust, die, vermittelt des Steins der Weisen präpariert, auch ohne Wolven trifft, wird der Zauberer von einem seiner Geister, dem Geist der Karrheit, den er selbst herbeirief, erschossen. Die Dinge, die der Titel aufzählt, kommen also samt und sonders in die Handlung. Aber was die Kollektion von Gegenständen zu bedeuten hat, wie sie zusammenhängt, was der Verfasser mit seinem Ragier sagen will, darüber dürften sich die Ödler vergeblich ihren Kopf zerbrochen haben. Das einzige, was sich in dem Rätselspiel fassen ließ, war die Beziehung zu jenem Grundmotiv, das durch die meisten Wedelind'schen Dramen geht. Wieder erschollen die Hymnen und damit untermischt die Klagelieder über die grausame wilde Macht der Sinnengier. Man spürte wohl auch, wie der Unterton einer ganz persönlichen Stimmung, eines Selbstbekenntnisses mitschwang. Aber die Allegorie ist so erkünstelt, so ohne inneren Zusammenhang herbeigezwungen, daß Gefühl und Phantasie laun reagieren.

Der melancholische Reikomant Phllus, der den Stein der Weisen besitzt und gemeinen Stoff in Gold verwandeln kann, läßt, einsam hinter Wädem brütend, die Fälle seiner Künste ungenüht. Ein junger, heißblütiger Kamulus, träumend von Liebesgenüssen, die sich mit solchen Schätzen in der Welt gewinnen ließen, läuft ihm davon. Ein dicker Mönch rilt an, ein Jugendfreund des Zaubers, der ihm beim Wein gemächlich die päpstliche Wulle vortreibt, nach der jenem der Feuerort bevorsteht. Das Gespräch wird unterbrochen durch den Besuch eines ritterlichen fahrenden Schülers, der, wohlverwandt dem Kamulus, nur unvergleichlich unerschämter vom Zauberer die Dinge, die zu einem Leben in Saug und Braus ersprießlich sind, verlangt. Vor allem will er Orgien feiern. Die Liebe von Weibern jeder Sorte hat er durchgeloset, nun hofft er mit des Meisters gütiger Hilfe in Umarmungen von Teufelinnen zu schwelgen. Er möchte fürstengünstling werden und den Bauern gründlich das Fell über die Ohren ziehen! Dem Meister scheint der hoffnungsvolle junge Mann zu imponieren. „Ich trinke staunend wie in Nordlichtern“. — Hat der nicht recht? Warum das Gräßliche, wo man doch genießen kann? Nachdem die Gäste ihn verlassen, lockt Vostl durch Beschwörungsformeln die Schönste aller Feigen zu sich. Typus: Lulu-Desila. Sie höhnt den Älteren ab seiner grauen Haare, doch wolle sie mit ihrer Gunst nicht knausern, wenn er — hier klingt das Wedelind'sche Simson- und Delilamotiv im voraus an — entschlossen sei, sich seines

Augenlichtes zu begeben, ein wehrlos blindes Spielzeug ihrer Laune hinzuleben. In diesem Bild symbolisiert sich für den Dichter die kalte Rinde und egoistisch schrankenlose Machtlust weiblichen Vergehens. Der große Zauberer scheint nicht abgeneigt, aber die Probe bleibt ihm und uns erspart. Den dritten Akt beschließen, das Verwirrende noch mehr verwirrend, die Szenen mit dem herbeigerufenen Geist der Karrheit, der, revolvierend, in seiner Schellenkappe sich gegen seinen früheren Meister lehrt.

Frau Lisa Wedelind verkörperte die drei Gestalten des Kamulus, des Schülers und des Herles mit led' pikanter Grazie. Der Dichter blieb in der Rolle des Zaubersers Vostl wie auch in der „Kammerjäger“-Komödie, die den Abend beschloß, ein farbloses Vermittler seiner Intentionen. Von der vollmächtigen Berühre und der Schminke abgesehen, hatte er in der Figur des weltberühmten Tenoristen nicht eine Spur des Komödiantischen, das unabweisbar doch dazu gehört. Herr Krauß gab dem alten unerfährlichen von seinem verananten Genie überzeugten Opernkomponisten eine äußerst charakteristische Physiognomie.

Notizen.

Der Redaktor des Feuilletons, vielleicht der Senior der deutschen Publizistik überhaupt, Karl Frenzel, ist am Mittwochmorgen in Berlin gestorben. Er ist 87 Jahre alt geworden. Das keine jähre Männlein hat die Feder wirklich erst vor dem Tode gestreift. Er hatte noch mit der Generation des „jungen Deutschlands“ zusammen gearbeitet. Von 1862 bis 1908 war er Feuilletonredakteur der „National-Zeitung“, und er wäre es bis zu seinem Tode geblieben, wenn das Blatt, dem er sein Leben gewidmet hatte, ihn schließlich nicht auf Pfahler gesetzt hätte — ohne Lohn und Dank. Frenzel hat so am eigenen Leide noch die Entwicklung der bürgerlichen Presse vom Gesinnungsorgan zum Geschäftsmännchen durchgemacht. Er paßte auch wirklich nicht mehr in das Geschubel hinein, der ruhige, charaktervolle, gründlich unterrichtete Mann, dem jetzt alle Welt so rührende Retikologe schreibt. Seine kulturhistorischen Romane werden trotzdem vergessen bleiben, und nur der Fachkollege wird seine sauberen Essays und seine Berliner Dramaturgie manchmal noch zu Rate ziehen und es bedauern, daß er uns seine Lebenserinnerungen nicht hinterlassen hat (erschienen sind davon nur seine Erinnerungen an die Berliner Märztage). Denn er hat als geborener Berliner eine wichtige und interessante Epoche der Berliner Entwicklung miterlebt. Und er hätte manches erzählen können vom Niedergang des Liberalismus und seiner Presse und von altem und neuem Würger-tum. Aber vielleicht hat er es vorgezogen, seine Enttäuschungen für sich zu behalten.

Der gemächregelte Störenfried. Wie wir es gestern bereits angedeutet haben, wird der katholische Demonstrant, der Reinhardt's Mirakel mit einer Ansprache beehrte, in seiner bürgerlichen Stellung dafür bestraft werden. Der Verband Deutscher Bühnenkritiker hat bereits die Kundgebung seines Vertriebsdirektors für unvereinbar mit den Verbandsinteressen erklärt, und die Großmacht Reinhardt soll überall ihren Einfluß geltend machen, daß er bestraft werde. Die Herren blamieren sich damit gründlich. Sie verbieten ihrem Angestellten, Gesinnung zu haben und entwürdigten seine Nachfolger damit von vornherein zu Kastraten. Die Leitung des Deutschen Theaters aber sollte wirklich mehr Sinn für Humor haben. Wenn der Katholik Dr. Dinter so almodisch ist, seine andere Auffassung von Katholizismus zu haben als der Berliner Westen, so ist das schließlich seine Sache. Und die Glaubensgenossen Schloß sollten sich nicht der Gefahr aussetzen, daß ein Christ ihnen dessen berühmte Anklagerede hält und die katholische Presse über eine „Christenverfolgung durch Berliner Theaterjuden“ zerrt.

**Achtung! Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter!** Bei der Wahl zum Verbandstage am 8. Juni 1914 wurden 2066 gültige Stimmen abgegeben. Hieron haben erhalten und sind gewählt: Runze 1766, Ritter 1494, Eue 1441, Meinte 1342, Kösch 1312, Lohmann 1295, Kaufmann 1266, Frejemann 1264, Marquardt 1261, Fischer 1229, Arienke 1226, Salomski 1196, Mehlis 1172, Vartisch 1153, Kroll 1149, Häbner 1147, Schöfänger 1107, Frau Reimann 1098, Eichhorn 1083. Ferner erhielten: Genowski 1069, Stendel 1062, Stobbe 1047, Schulze 998, Beck 994, Schindler 971, Schiller 963, Wegener 919, Schmidt 870, Berner 862, Wittig 822, Jabel 772, Behrendt 770, Jarichia 541.

Zum Gewerkschafts-Kongress wurden 2199 gültige Stimmen abgegeben. Hieron erhielten: Frau Reimann 1382, Fr. Joseph 816, zerstückelt 1.

Die Ortsverwaltung.

### Deutsches Reich.

#### Ausperrung der Dachdecker in Celle.

In Celle hatten sich die Dachdecker-Gesellen mit den Unternehmern über die Aenderung der Arbeitszeit an den Sonnabenden geeinigt. Es sollte an diesen Tagen statt um 6 Uhr um 4 1/2 Uhr Feierabend sein, ohne Wesperrpause betrug an Sonnabenden die Arbeitszeit 9 Stunden. Bezahlt sollte nur die wirklich geleistete Arbeitszeit werden. Als der Unternehmerverband im Baugewerbe davon erfuhr, ordnete er an, wer um 4 1/2 Uhr am Sonnabend Feierabend macht, wird ausgesperrt. Tatsächlich sind dann auch in einer Werkstatt am Sonnabend, den 6. Juni, die Gesellen entlassen worden. Daraufhin haben am Montag früh sämtliche Dachdecker die Arbeit eingestellt. Zugang ist ferngehalten.

### Verbandstag der Transportarbeiter.

Köln, 9. Juni.

#### Zweiter Verhandlungstag.

Die weitere Diskussion über die Geschäftsberichte wurde bald durch Schlußantrag abgebrochen. Sie drehte sich hauptsächlich um die Frage der Anstellung von Beamten, Grenzstreitigkeiten und Hafnarbeiterwünsche. Im allgemeinen war man mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden.

Im Schlußwort betonte Schumann, wenn die Hafnarbeiterkonferenz nicht vor dem Verbandstag einberufen worden sei, so habe der Vorstand damit die Hafnarbeiter nicht um ihre Rechte bringen wollen, sondern sich von praktischen Erwägungen leiten lassen. Der Vorstand habe versucht, alle berechtigten Wünsche der Mitglieder zu erfüllen.

Ueber die

#### Verhandlungen über die Erneuerung des Genossenschaftstaxi

berichtet Möldner-Leipzig. Eine Konferenz der in Genossenschaften beschäftigten Arbeiter habe die Forderungen aufgestellt. Die Genossenschaften hätten dann einen Gegenentwurf aufgestellt, der zu wenig Hoffnungen für die Erfüllung der Arbeiterforderungen berechtigt habe. Die gemeinsamen Verhandlungen seien im Februar dieses Jahres in Hamburg abgehalten worden. Auf die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag und sieben Stunden Sonnabends hätten die Vertreter der Genossenschaften erklärt, auf keinen Fall eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten lassen zu können. Das Tempo der Arbeitszeitverkürzung sei zu schnell gewesen. Die Arbeitszeit sei dann wie bisher auf acht Stunden für Hausfrau und auf 8 1/2 Stunden für Lagerarbeiter, Markthelfer, Rentorboden, Hausdiener und ungelernete Arbeiterinnen festgesetzt worden. Die tägliche Arbeitszeit für Putzfrau und Stalleute, die bisher 9-9 1/2 Stunden betrug, soll künftig nur neun Stunden betragen. In der Lohnfrage wurde dahin eine Einigung erzielt, daß sämtliche Arbeiter sofort bei Inkrafttreten des neuen Tarifs (1. August 1914) eine Lohnerhöhung um 2 M. plus Ortszuschlag, und am 1. August 1916 eine weitere Erhöhung um 1 M. plus Ortszuschlag erhalten. Ueberstunden müssen mit 20 (bisher 15) Prozent Aufschlag bezahlt werden. Die Ferien wurden bei längerer Beschäftigung etwas erweitert. Bis zu fünfjähriger Beschäftigungsdauer wird eine Woche, über fünfjähriger Tätigkeit werden zwei Wochen Ferien gewährt. In den Schlußbestimmungen des Tarifentwurfs wird gesagt, daß, soweit durch diesen Tarif Verhältnisse erzielt werden, die bisher noch nicht tariflich geregelt waren oder für die ein anderer Tarif galt als der, an dessen Stelle der neue Tarif tritt, als Grundbesitz ausgestellt wird, daß die bei der Einführung des Tarifs vorhandenen günstigeren Vereinbarungen bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihre Gültigkeit nur behalten, sofern sie bei Inkrafttreten des neuen Tarifs zwischen den Tarifkontrahenten (Zentralverband der Transportarbeiter und Genossenschaft) schriftlich vereinbart werden und eine Abschrift der Vereinbarung dem Tarifamt eingereicht ist. Der Tarif soll ab 1. August 1914 auf die Dauer von fünf Jahren gelten. Erfolgt ein Jahr vor Ablauf dieser Frist von keiner der vertragsschließenden Parteien die Kündigung, so gilt der Tarif auf zwei Jahre verlängert.

Der Referent betonte am Schluß seiner Ausführungen, sie hätten sich mehr oder minder Äußerliche machen lassen müssen, aber hätten auch den Genossenschaften verschiedene Forderungen aufgegeben. Wenn die 3000 Kollegen in den Genossenschaften ihre Pflicht und Schuldigkeit täten und mitwirkten, auch in den bürgerlichen Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, dann werde es nicht schwer fallen, in fünf Jahren die Forderungen, die jetzt nicht erreicht werden seien, durchzuführen. Er bitte, dem Tarif die Zustimmung zu erteilen.

Die Aussprache über diesen Bericht wurde auf morgen vertagt, da die Tarifentwürfe noch nicht eingetroffen sind.

Die Aussprache über diesen Bericht wurde auf morgen vertagt, da die Tarifentwürfe noch nicht eingetroffen sind. — Den

#### Bericht über die Presse

gab Redakteur Dreher-Berlin. Da Beschwerden gegen die Haltung des Verbandorgans nicht eingegangen, könne er annehmen, daß die Mitglieder mit dieser einverstanden wären. Die bürgerlichen und christlichen Organe würden den „Courier“ oft anbelen, das würde ihn aber nicht veranlassen, diesen größere Beachtung zu schenken. Die Auflage des „Couriers“ betrage 210 000 Exemplare.

In der Diskussion über diesen Bericht kam eine ganze Reihe Wünsche zum Ausdruck. Die Hafnarbeiter verlangten, daß ihre Interessen besser im Verbandsorgan vertreten, es sollte eine besondere Beilage für diese Branche geschaffen werden. Dagegen wurde von anderer Seite angelegt, sämtliche Zeitungen der einzelnen Gruppen in ein Einheitsorgan umzuwandeln. Mit der Leitung des Verbandsorgans waren die Redner im allgemeinen einverstanden. Ein Münchener Delegierter wünschte, daß die Redaktion mehr gegen die Verleumdungen durch die Schwarzen vorgehe. Kritisiert wurde die scharfe Polemik im Verbandsorgan gegen den Brauereiarbeiterverband. Derartige unfruchtbare Polemiken sollten aus einer Gewerkschaftszeitung herausbleiben.

Das Ergebnis der Aussprache war, daß fast alle vorliegenden Anträge abgelehnt wurden. So die, den Namen des Verbandsorgans in „Der Transportarbeiter“ umzuwandeln und für die Hafnarbeiter eine besondere Beilage zu schaffen. Angenommen wurde ein Antrag Frankfurt a. M., daß wichtige Verbandsratsbeschlüsse in bezug auf Statutenänderung sowie Bekanntmachungen des Verbandsrates möglichst in allen Fachorganen veröffentlicht werden. Der Redaktion überwiesen wurden Anträge, die verlangen, eine „politisch-literarische Rundschau“ einzurichten, ferner, daß das Fachorgan „Der Strohhalm“ besser ausgebaut werden soll; es sollten öfters sozialpolitische Artikel gebracht werden.

Der Verbandstag nahm dann Stellung zu dem Schiedsgericht in Sachen der

#### Grenzstreitigkeiten mit dem Brauereiarbeiterverband.

Das einleitende Referat hielt der zweite Vorsitzende des Ver-

bandes, Döring-Berlin. Er gab ein Bild der seit vielen Jahren bestehenden Differenzen über die Frage, welche Organisation für die Bierfahrer zuständig ist. Die Brauereiarbeiter, die auf dem Standpunkt der Betriebsorganisation stehen, verlangen die Bierfahrer für sich, während auf der anderen Seite der Transportarbeiterverband sie für sich reklamiert. Um die räumlichen Grenzstreitigkeiten zu beseitigen, wurde im Frühjahr dieses Jahres ein Schiedsgericht eingesetzt, das die Entscheidung dahin fällt, daß im allgemeinen die Aufsicht und Sonntag im Jahrestag beschäftigte Arbeiter zum Organisationsgebiet des Transportarbeiterverbandes gehören. Es wird dann weiter im Schiedsbericht gesagt: „Bierfahrer und Mithfahrer rekrutieren sich in der Regel aus den Brauereiarbeitern und stehen bei ihrer Tätigkeit in vielfachen Beziehungen zum Produktionsbetrieb, so daß sie von den eigentlichen Brauereiarbeitern nicht so getrennt werden können, wie in anderen Betrieben die Transportarbeiter von den Betriebsarbeitern. Das Schiedsgericht hat deshalb nach reiflicher Erwägung entschieden, daß Bierfahrer und Mithfahrer zum Organisationsgebiet des Brauereiarbeiterverbandes gehören. Die Organisationszugehörigkeit der Hof- und Stallarbeiter in Brauereien hat das Schiedsgericht aus ähnlichen Erwägungen ebenso beurteilt. Wierniederlagen, die Eigentum der Brauereien sind und von diesen verwaltet werden, sind nach Meinung des Schiedsgerichts das Hauptbetriebsgebiet der Brauereien gleichzustellen. Dagegen sind diejenigen Wierniederlagen und Bierhandlungen, die von selbständigen Unternehmern (Bierverlegern) betrieben werden, als Handelsbetriebe zu betrachten, für die der Transportarbeiterverband die zuständige Organisation ist. Die in Brauereien bei der Herstellung und dem Vertrieb von kohlensäurehaltigen Mineralwasser und anderen alkoholfreien Getränken beschäftigten Arbeiter gehören zum Brauereiarbeiterverband. Dagegen sind die in selbständigen Mineralwasserfabriken, sowie die mit dem Vertrieb natürlichen Mineralwassers beschäftigten Arbeiter dem Transportarbeiterverbande zuzusprechen.“

Dieser Schiedsbericht, sagte Döring, war für uns um so verständlicher, als die Generalkommission früher den Vorschlag gemacht hat, daß die im Innenbetrieb beschäftigten Arbeiter zu den Brauereiarbeitern und die außerhalb tätigen Personen zu uns gehören. Gründe für die Entscheidung waren nicht angegeben, so daß die Meinung aufkam, das Schiedsgericht habe diesen Spruch aus Mitleid mit dem Brauereiarbeiterverband gefällt. Wir haben von vornherein erklärt, uns dem Schiedsbericht zu fügen; wir hielten uns aber für verpflichtet, den Schiedsbericht einer Kritik zu unterziehen. Er verstoßt gegen den Beschluß des Hamburger Gewerkschaftskongresses, in dem klar gesagt wird, daß, wenn in einem Betrieb Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, die einzelnen Arbeiter zu der Organisation gehören, die für ihren Beruf zuständig ist. Das Schiedsgericht hätte diesem Beschluß des Gewerkschaftskongresses Anerkennung verschaffen müssen.

Durch diesen Schiedsbericht sind die Differenzen um die Zuständigkeit nicht beseitigt, sondern werden noch schlimmer. (Sehr richtig!) Sie werden überspannt auf andere Berufe. (Zustimmung.) Mit demselben Recht, wie die Brauer die Bierfahrer verlangen, können die Bäcker die Protzfischer für sich reklamieren. Die Metallarbeiter erheben keinen Anspruch auf die Chauffeure, wohl aber die Brauer! Das Schiedsgericht hat für die eine Organisation die Betriebsorganisation, für uns die Berufsorganisation proklamiert. Die Konsequenzen aus dem Schiedsbericht sind für uns derartig, daß wir nicht so ruhig darüber hinweggehen können. Die Generalkommission ist nicht verantwortlich für den Schiedsbericht, aber sie hätte zu dem Schiedsbericht Stellung nehmen und ihre Meinung sagen müssen. Einige Mitglieder der Generalkommission teilnehmten ja mit der Idee der Betriebsorganisation. Die Generalkommission hätte aber für die Einhaltung der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zu sorgen. Erklären müssen wir, daß wir nicht gewillt sind, die Grundzüge, die das Schiedsgericht aufgestellt hat, auch für andere Gewerkschaften gelten zu lassen. (Lebhafte Beifall.) — In der

#### Diskussion

nahm zunächst Degien-Berlin als Vertreter der Generalkommission das Wort: Ich möchte Sie bitten, die Sache ruhig zu behandeln, sich nicht von Berärgerungen leiten zu lassen. Der Streit um die Zugehörigkeit der Bierfahrer besteht schon 14 Jahre. Sie werden verstehen, daß das Bedürfnis vorhanden ist, die Differenzen aus der Welt zu schaffen. Auf die Dauer ist es ja unmöglich, daß zwei Organisationen sich wegen dieser Streitfrage fortwährend bekämpfen. Es müßte endlich eine Entscheidung gefällt werden. Die Generalkommission machte den Vorschlag, daß die Vorstands-konferenz die Entscheidung fällt. Auf Vorschlag Leipzigs wurde aber beschlossen, den Parteien ein Schiedsgericht zu empfehlen. Doch die Grenzstreitigkeiten immer größer werden, liegt in der Entwicklung der Industrie. Es ist aber gerade jetzt notwendiger wie je, daß wir zusammenarbeiten. Die Berufsorganisation muß nach wie vor die Grundlage unserer Organisationen bilden. Auf diesem Standpunkt stehen alle Mitglieder der Generalkommission. Döring hat sich auf den Beschluß des Hamburger Gewerkschaftskongresses berufen. Er hat aber übersehen, daß es dort auch heißt, daß Abweichungen von der aufgestellten Regel durch Vereinbarungen stattdessen sind. Die Festlegung dieser Vereinbarungen haben die Parteien dem Schiedsgericht überlassen. Es ist mir darum unverständlich, daß nun das Schiedsgericht so sehr verurteilt wird. Den Schiedsrichtern muß man zugestehen, daß sie nach bestem Wissen und Können die Entscheidung im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung fällen. Sie haben ihre Schiedsrichter selbst bestimmt, und nun wird dem Spruch der Krieg erklärt. Sie würden sich in Gegensatz zu allen Organisationen stellen, wenn Sie den Schiedsbericht nicht anerkennen würden. Ich bitte Sie daher dringend: nehmen Sie den Schiedsbericht an, und sorgen Sie dafür, daß er zur Durchführung kommt. (Zuruf: Rief!) Glauben Sie, daß, wenn Sie ihn nicht anerkennen, dies eine Benachteiligung nicht nur für die gesamten Gewerkschaften, sondern auch für Ihre Organisation ist. Ob der Schiedsbericht gerecht oder ungerecht ist, kommt nicht in Frage. Hier handelt es sich darum, daß zum erstenmal ein Schiedsgericht in Grenzstreitigkeitenfragen von einer von beiden Parteien eingesetzten Instanz gefällt wurde. Würden Sie diesen Spruch ablehnen, dann wäre für die Zukunft die Möglichkeit, Grenzstreitigkeiten durch Schiedsgerichte zu beseitigen, genommen.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

### Verbandstag der Schuhmacher.

Hamburg, 9. Juni 1914.

#### Zweiter Verhandlungstag.

In der Debatte über den Geschäftsbericht erklärten sich die meisten Delegierten mit der Tätigkeit des Hauptverbandes einverstanden. Mehrere Redner gingen auf die vom Vorstand empfohlenen Veränderungen in der Kreis-einteilung ein. Der Kreis Birmensdorf wurde bereits aufgelöst und dem Gau Frankfurt angegliedert. Der Kreis Breslau soll ebenfalls aufgehoben werden, da sich auch hier keine weitere Entwicklung erwarten läßt. Man erklärte sich mit diesen Maßnahmen einverstanden, nur solle darunter die Organisation nicht leiden. Die freierwerbenden Beamten erhalten Anstellung im Hauptbureau. Einzelne Redner bedauerten den Beschluß eines früheren Verbandstages, nach dem die Ortsbeamten vom Hauptvorstand bezahlt werden; hierdurch würden die Ortsverwaltungen in ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigt. Von verschiedenen Seiten wird der Einführung einer Erwerbslosenunterstützung das Wort geredet.

Burger-Berlin wünscht eine gründlichere Schulung der Mitglieder. Nur auf diesem Wege sei mit Erfolg der ungeheuren Inflation entgegenzukommen. Als ein besonders starkes Hindernis in der Mitgliedererwerbung müsse die verhängnisvolle Sucht des großstädtischen Arbeiters, den bürgerlichen das Weiten und Tippen nachzuahmen, angesehen werden. Diese Wettlauf bilde für die moderne Arbeiterbewegung eine ebenso große Gefahr wie der Alko-

holismus. Der ganze Lohn wird nicht selten den „Pferden“ geopfert, die Arbeiterklasse muß der Sportzeitung weichen und das Familienleben wird zerrüttet. Hier müsse auch das Verbandsorgan mitwirken, dieses Laster in den Arbeiterkreisen zu bekämpfen.

Ruhn-Offenbach schilderte das traurige Los der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Rückgang, die Degeneration sei augenfällig. Die Jugendlichen in den Fabriken bilden für die Erwerbslosen eine feste Gefahr. Stellen die Kollegen eine Lohnforderung, so drohen die Unternehmer sofort, Jugendliche an die Maschinen zu stellen, die dann zu wesentlich niedrigeren Akkordhöhen arbeiten müssen.

Hannig-Berlin wünscht die Maitagefrage geregelt. Dauerlich sei, daß der Vorstand keine Aufforderung zur Arbeitsruhe am 1. Mai im Fachtal erließ. Es sei an der Zeit, in dieser Angelegenheit eine Revidierung nach links vorzunehmen.

Frau Delb-Birmensdorf beklagt die Ineresslosigkeit der Kollegen gegenüber der Agitation unter den Arbeiterinnen. Die Männer sollten doch nicht vergessen, daß die Hungerlöhne der Frauen nicht ohne Rückwirkung auf ihren Verdienst sind. In Zukunft müsse eine intensive Agitation von Haus zu Haus betrieben werden.

Reubauer-München spricht sich für die Arbeitslosenunterstützung aus. Unter dem Druck der Verhältnisse würden die Gemeindevorstellungen genötigt, Zuschüsse zu den Arbeitslosenunterstützungen zu leisten. Da aber in der Regel derartige Subventionen nur solange gewährt werden, als der Verband Unterstützung gibt, so würden die Schuhmacher bei ihrer kurzen Unterstüßungsdauer während der Arbeitslosigkeit benachteiligt. Daher müsse die Arbeitslosenunterstützung neu geregelt werden.

Eine Reihe weiterer Redner wünscht, daß in der Propaganda weniger schablonenhaft verfahren wird. Auch die Frage der jugendlichen Beschäftigten noch wiederholt die Verammlung. Man war sich wohl darüber klar, daß gegen die immer größere Beschäftigung der Jugendlichen in den Schuhfabriken wenig oder nichts auszurichten ist, aber man verlangte, dafür Sorge zu tragen, daß die jungen Kollegen und Kolleginnen nicht zum Lohnrücker werden, und durch eine rührige Agitation ihnen beizugehen der Weg zur Organisation gezeigt wird.

Erit kurz vor der Verlegung fand die Debatte durch einen Schlußantrag ihr Ende. Simon ging in seinem Schlußbericht auf die verschiedenen Anregungen aus der Diskussion ein. Von einer Aenderung der Arbeitslosenunterstützung verpricht er sich nicht das, was Reubauer erwartet. In der Maitagefrage stehe er nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die absolute Feier am 1. Mai die würdigste Form sei. Begrüßen und beherzigen müsse man die Ausführungen Burgers-Berlin über das Spielen und Wetten, und im Kampfe gegen diese Erscheinung bittet der Redner um die Unterstützung aller Berufenen.

### Internationaler Textilarbeiter-Kongress.

#### Erster Verhandlungstag.

Blackpool, 8. Juni 1914.

Der 9. Internationale Textilarbeiterkongress trat heute im großen Saale der öffentlichen Stadtbibliothek von Blackpool, der von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt wurde, zusammen. Den Vorsitz führt Marsland, der Sekretär des englischen Baumwollspinnereiverbandes. Vor Eintritt in die Verhandlungen erschienen die Bürgermeister von Blackpool und seine Frau mit einer Anzahl von Stadträten auf der Tribüne. Der Bürgermeister und ein leibender Stadtrat halten Begrüßungsansprachen, die Albert Smith (englischer Weber), Mitglied des Parlaments, beantwortet.

Präsident Marsland begrüßt die ausländischen Delegierten im Namen der englischen Textilarbeiter. Der internationale Verband macht zufriedenstellende Fortschritte. Am letzten Kongress, der vor drei Jahren in Amsterdam tagte, waren 200 000 englische Textilarbeiter vertreten, aber obgleich eine englische Organisation — der Verband der Kramler — seitdem aus dem nationalen Verband ausgetreten ist, ist dieser Verlust mehr als wettgemacht worden, und nun sind 248 000 englische Textilarbeiter der Internationale angeschlossen. Auch in der englischen Textilindustrie ist nicht alles vollkommen, wie manche Leute am Kontinent zu glauben scheinen. Aber eines haben die englischen Arbeiter jedenfalls gelernt, nämlich daß die Organisation die erste Notwendigkeit ist. Nun sind sie schon so weit, daß sie einen energischen Kampf unternehmen können, um zu verhindern, daß ein unorganisiertes überhaup in der Textilindustrie beschäftigt werde. Auch die Notwendigkeit der politischen Aktion haben die englischen Arbeiter endlich gelernt. Die Textilarbeiter haben jetzt zwei Vertreter im Parlament und hoffen, bei den nächsten allgemeinen Wahlen sechs Kandidaten zum Siege zu bringen.

A. R. Clynnes, Parlamentsmitglied für Manchester, begrüßt den Kongress im Namen der britischen Arbeiterpartei.

#### Bericht des Internationalen Sekretariats.

Thomas Shaw, Internationaler Sekretär, erstattet den Bericht, 14 Länder mit den folgenden Mitgliederzahlen sind der Internationale angeschlossen: England 248 000; Deutschland 138 413; Oesterreich 37 273; Frankreich 30 000; Belgien 20 000; Vereinigte Staaten von Amerika 15 000; Italien 8000; Dänemark 4800; Schweiz 3940; Holland 2243; Schweden 1880; Ungarn 700; Bulgarien 465; Serbien 300; zusammen 610 363. Am Kongress sind Delegierte aus 10 Ländern anwesend, und zwar: aus England 44, Deutschland 15, Oesterreich 9, Frankreich 2, Belgien 7, Schweiz 2, Dänemark 2, Holland 3, Ungarn 2, Schweden 2; insgesamt 88. Die Organisationen der Balkanländer sind durch die Balkankriege völlig zerrüttet worden; sie werden sich aber hoffentlich schnell wieder erholen. Der Streikfonds ist seit dem letzten Kongress nicht statuenmäßig in Anspruch genommen worden, aber die Schweizer Organisation erhielt aus dem Fonds eine außerordentliche Hilfe von 20 000 Fr. für die streikenden Textilarbeiter von Lodz in Rußland und einen italienischen Streik sind Sammlungen veranstaltet worden.

Im Vordergrund des Kampfes der Textilarbeiter stand in den letzten Jahren die Verkürzung der Arbeitszeit. In England fordern die Arbeiter jetzt den freien Sonnabend, also eine wöchentliche 48stündige Arbeitsruhe. Am Kontinent wird für den freien Sonnabend nachmittags gekämpft. Außerdem richtet sich der Kampf der englischen Textilarbeiter hauptsächlich auf drei Punkte: 1. Die Abschaffung der Geldstrafen und Lohnabzüge, 2. Die Abschaffung des Schiffsenküßens, 3. Die Abschaffung der künstlichen Feuchtigkeit in den Fabriken. Die erste Forderung wird wahrscheinlich baldigst durch ein Gesetz erledigt werden. In bezug auf das Schiffsenküßen sind die Aussichten ebenfalls gute. Die Unternehmer haben sich zur obligatorischen Einführung eines automatischen Gangapparats bereit erklärt, wenn ein solcher beschafft werden kann. Ein Ausschuss von Vertretern der Arbeiter, der Unternehmer und der staatlichen Arbeitsinspektoren will jetzt die besten Apparate ausfindig machen, und die Regierung hat die bisher begutachteten Apparate zur Befichtigung von Seiten der Kongressdelegierten nach Blackpool geschickt. In bezug auf die künstliche Feuchtigkeit sind die Aussichten jedoch nicht so hoffnungsvoll.

Die internationale Organisation läßt jedoch noch vieles zu wünschen übrig. Abgesehen von europäischen Ländern gibt es große Textilindustriegebiete in Asien, in denen die Organisation noch gar nicht Fuß gefaßt hat und wo die Arbeitsverhältnisse fürchterlich zu nennen sind, so namentlich in Britisch-Indien und Japan. Hier müssen die europäischen Textilarbeiter eingreifen, vor allem die englischen, die eine besondere Verantwortung trifft.

Nach kurzer Diskussion wird der Bericht einstimmig angenommen.

#### Die Rohstoffversorgung.

In der Rohstoffversorgung beantragt Köhlig (Deutschland) namens der deutschen Delegation die folgende Resolution:

„Der Kongress beauftragt das Internationale Komitee mit der Untersuchung der Frage, in welcher Weise die wirt-

## Ein kommunales Elektrizitätswerk in London.

Vor kurzer Zeit veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ einen von uns schon gewürdigten Artikel über die Elektrizitätsversorgung der englischen Großstädte aus der Feder eines Ingenieurs Koch, dessen Ausführungen die Lokalredaktion des „Tageblatts“ zu der auffälligen Behauptung verleiteten, die Anhänger der Verstaatlichung der E. G. W. hätten gerade gern auf England und London exemplifiziert, das mit der Bevorzugung des kommunalen Betriebs angeblich so gute Erfahrungen gemacht habe. Es folgte dann der „Beitrag“, daß „der Londoner“ für seine Elektrizität aus städtischen Werken mehr zu bezahlen habe, als „der Berliner“, der sie von den privaten E. G. W. beziehe. In Wirklichkeit hinter dieser Vergleich auf sämtlichen Füßen, weil er sich auf unkontrollierbare Durchschnittszahlen stütze, die für London aus den Tarifen von 64 Zentralen (davon 38 kommunal) noch einer nicht angegebenen und insolgedessen auch nicht nachprüfbarer Methode errechnet worden waren, genau so wie die Durchschnittszahl für Berlin, die auch ganz wertlos und überdies gräßlich irreführend ist, denn „der Berliner“ bezahlt nicht, wie Koch behauptet, 15,86 Pfennig pro Kilowattstunde, sondern die Mehrzahl der Stromabnehmer zahlt 40 Pf. für die Kilowattstunde Licht und 16 Pf. für die Kilowattstunde Kraft.

Kein Mensch hat sich bei der Empfehlung der Verstaatlichung der E. G. W. auf englische Elektrizitätswerke, und am allerlehten auf die Londoner Verhältnisse bezogen, weil tatsächlich die Zustände auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung im ganzen genommen in Großbritannien alles andere als musterhaft sind. Selbst man aber bei der Betrachtung der Zustände in England mehr ins Einzelne, dann ergibt sich, daß dort die größeren kommunalen Elektrizitätswerke den privaten Werken gleicher Größe in jeder Beziehung und in jedem einzelnen Falle überlegen sind. Wir verweisen auf den neuesten Rechenschaftsbericht von Leeds, der von geradezu glänzenden Ergebnissen meldet. Aber auch in London werden kommunale Elektrizitätswerke unter sehr ungünstigen Bedingungen mit ansehnlichem Erfolge betrieben. Solches beweist, um dafür einmal ein Beispiel zu geben, der in diesen Tagen veröffentlichte Bericht des Elektrizitätswerks von Stepney für das Geschäftsjahr 1913 (Stepney Borough Council's Electrical Plant). Stepney ist ein Teil von Groß-London, auf dem linken Ufer der Themse der City stich vorgelagert. Seine Elektrizitätsversorgung geschieht durch ein rein kommunales Werk, das eine Bevölkerung von rund 350 000 Köpfen zu versorgen hat. Die Anlagekosten betragen jetzt ungefähr 10 Millionen Mark. Im Jahre 1913 erzielte das Werk Einnahmen in Höhe von 1 730 000 Mk., was gegen das Vorjahr ein Mehr von rund 160 000 Mk. bedeutet. Die Ausgaben bezifferten sich auf rund 841 000 Mk., gegen das Vorjahr ein Mehr von rund 57 000 Mk. Das gibt einen Nettoüberschuß von 889 000 Mk. gegen 785 000 Mk. im Vorjahr. Nach Versorgung des Zinsendienstes für das angelegte Kapital betrug der Nettoüberschuß noch 284 000 Mk. Der Nettoüberschuß bedeutet eine Verzinsung des Anlagekapitals mit 9 1/2 Proz.

Diese immerhin recht guten Ergebnisse wurden auf Grund eines im Berichtsjahre noch ermäßigten Tarifs erzielt, wonach an die verschiedenen Konsumentengruppen der Strom zu folgenden Preisen geliefert wurde:

Einheiten (Kilowattstunden)	zu	8 Pf. (1 d)
En Private für Beleuchtung	1 995 877	8 Pf. (1 d)
„ „ „	1 889 887	72—80 „ (9—10 d)
„ „ „	266 718	4 „ (1/2 d)
En Private für Motore und Heizung	4 250 074	8 „ (1 d)
En Private für Motore und Heizung	2 355 226	4 „ (1/2 d)
	+ 5 Mk. (5 sh) für jede beanspruchte Pferdekraft pro Monat	
En Private f. gemischte Zwecke (Licht, Kraft, Heizung)	2 494 246	zu 4 Pf. (1/2 d)
	+ 5 Mk. (5 sh) für jede beanspruchte Pferdekraft pro Monat	
Abgegeben an den Poplar Borough Council (ein benachbartes kommunales Gebiet mit eigenem Werk)	263 862	zu 2 Pf. (1/2 d)

Die totalen Selbstkosten betragen auf die Einheit berechnet rund 8 Pf. (1,022 d).

Die Ergebnisse des Werks von Stepney wären sicherlich noch besser gewesen, wenn nicht im Juni 1913 ein Maschinenfabrik vollkommener niedergebroschen wäre, was das Werk zwang, einen Teil des Stroms von einem anderen Werke zu kaufen und zeitweilig im eigenen Betriebe unter ungünstigen Umständen und überdurchschnittlich teuer zu produzieren.

Nach der Höhe der jährlichen Einnahmen steht dem Werk von Stepney ungefähr das kommunale Elektrizitätswerk von Wiesbaden gleich, das im Jahre 1912/13 1 742 000 Mk. Einnahmen erzielte, dabei einen erheblich höheren Tarif hat, da es für Licht pro Kilowattstunde 66 Pf. (allerdings mit verschiedenen Rabattsätzen), für Kraft pro Kilowattstunde 25 Pf. berechnet. Ist es daher verständlich, daß Wiesbaden über 600 000 Mk. aus seinem Elektrizitätswerke herauszog, so wird doch das englische Werk vom sozialen Standpunkt aus ungleich besser verwalten. In Wiesbaden, der Rentnerstadt, fehlt eben eine starke sozialdemokratische Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung!

Einer besonderen Beachtung empfehlen wir eine Bemerkung in dem Bericht von Stepney, wonach das gute Ergebnis des Jahres 1913 nicht zum wenigsten auch der systematischen Propaganda für den Absatz elektrischer Energie (systematic publicity work) zu verdanken sei. Bekanntlich behaupten die Gegner der Verstaatlichung unserer Elektrizitätswerke immer, ein kommunales Werk könne keine rechte Propaganda treiben und verfolge nicht, Konsumenten anzulocken. In Stepney versteht man das anders, denn dort hat man die Zahl der Konsumenten in einem Jahre um 500 auf 2700 erhöht.

Wenn nun der kommunale Betrieb von Elektrizitätswerken auf dem Gebiet von Groß-London ein vollkommener Rückschlag wäre, so würde das für die Entscheidung in Berlin noch nicht viel zu bedeuten haben. Aber in Wirklichkeit verhält es sich gar nicht so, sondern schon dieser Bericht von Stepney, dem wir noch eine ganze Anzahl anderer von anderen kommunalen Werken in Groß-London nachfolgen lassen können, zeigt, daß man selbst unter den ungünstigen Londoner Verhältnissen und in verhältnismäßig kleinen Werken sehr gute Ergebnisse der kommunalen

Regie erzielen kann. Um wieviel bessere Ergebnisse haben wir da bei den großen Werken wie den Berlinern und unter viel günstigeren Allgemeinverhältnissen von der städtischen Regie zu erwarten!

## Parteiangelegenheiten.

Zu der Erklärung des dritten Kreises erhalten wir vom Genossen Julian Vorchardt folgende Zuschrift:

Der Einspruch, den der dritte Kreis gegen das Schiedsgerichtsurteil in meiner Sache erhoben hat, ist zum mindesten verfrucht, weil dem dritten Kreis, als er den Einspruch beschloß, das richtige Urteil noch gar nicht bekannt war. Das Urteil ist zwar schon am 24. März vom Schiedsgericht beschlossen worden, jedoch hat Genosse Einbermann als Vorsitzender des Schiedsgerichts das Urteil nicht richtig wiedergegeben. Auf Anregung des Parteivorstandes hat deshalb erst letzten Sonnabend, 6. Juni, eine neue Sitzung des Schiedsgerichts stattgefunden und erst hier ist das Urteil in seiner richtigen Fassung festgestellt worden. Zugestellt ist es in der richtigen Form bis jetzt noch nicht. Laut einem Brief des Parteivorstandes vom 3. Juni ist dem Vorstand des dritten Kreises hierüber auch Mitteilung gemacht worden.

Auch die im neuesten „Mitteilungsblatt“ veröffentlichte Fassung des Urteils ist die falsche, da die richtige, wie erwähnt, noch gar nicht zugestellt ist.

Dazu schreibt uns der Vorsitzende des dritten Kreises, daß die Erklärung des Genossen Vorchardt an dem Einspruch des dritten Kreises nichts ändere. Der Einspruch sei auf Grund des überlieferten Urteils erfolgt und auch die neue Sitzung des Schiedsgerichts könne das Urteil selbst nicht geändert haben.

### Zur Lokalliste.

Folgende Lokale stehen der Partei zu allen Veranstaltungen zur Verfügung und sind deshalb nachzutragen. Der neue (Oberbarnim) das Hotel Heinrich Turconi, Chausseestraße Ecke Wegendorfer Straße, Köpenick-Nord (Werderbucht) Restaurant Paul Birschel, In Schwarzenberg ist irrtümlich als Inhaber des Schützenhauses Herr Fischer genannt worden. Der jetzige Inhaber heißt Gübner. Herr Fischer ist jetzt Inhaber des Lokals „Lindenbaum“, und will derselbe mit der Arbeiterkassette nichts zu tun haben. Die Lokalkommission.

Neukölln. Eine öffentliche Versammlung findet am Freitag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Aliens Festsaal, Hafenstraße 18—15 statt. Landtagsabgeordneter Otto Que wird einen Bericht über die Verhandlungen des preussischen Landtages geben.

Westliche Vororte. Öffentliche Protestversammlung. Genosse Karl Viehnecht spricht am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiser-Wilhelmgarten“, Friedenau, Rheinstraße 65, über Denkmalsstrevel und preussische Justiz.

Friedenau. Heute wichtige Flugblattverbreitung zur Protestversammlung von den Bezirkslokals an.

Niederschönhausen-Nordend. Die zu Freitagabend angekündigte Versammlung findet am Freitagabend nicht bei Liedemil, sondern bei Kettig, Blankenburger Str. 4, statt.

Wannsee. Sonnabend, den 13. d. Mts., abends 1/9 Uhr, im „Fürstenthor“ (Hans Hille): Versammlung des Wahlvereins. Bericht von der Kreisgeneralversammlung.

## Berliner Nachrichten.

### Verkehrshindernisse.

„Das Leben des letzten Bauern und Arbeiters erhält seinen höheren Wert erst durch das Bewußtsein, daß er einen Fürsten hat, der ihm den Frieden, die Gerechtigkeit und eine gesicherte Existenz garantiert.“ Diesen hervorragenden Wortsinn las ich einmal in einer evangelischen kirchlichen Wochenschrift, die mir zufällig in die Hände fiel. Ich bin persönlich zu dem Bewußtsein, daß ich einen Landesfürsten habe, nur gekommen beim Steuerzahlen, bei Verklündung eines gegen mich gefällten Gerichtsurteils und endlich, wenn ich gelegentlich den öffentlichen Verkehr in empfindlicher Weise gestört sah. Und gerade bei Verkehrshindernissen hat sich mir die Tatsache, daß ich unter einer monarchischen Regierungsform stehe, ins Bewußtsein eingepreßt. Selbstverständlich ist der Herr Landesfürst nie ein persönliches Verkehrshindernis. Aber die Polizei stört, wenn er verfehrt, den Verkehr der anderen Staatsbürger oft sogar in rücksichtsloser Weise. Und so wirken Fürstlichkeiten unbewußt und ungewollt schließlich als Verkehrshindernisse.

Eines Tages mußte ich in einer dringenden Angelegenheit verreisen. Mein Zug ging vom Schleißchen Bahnhof; ich wohnte in der Alalbertstraße in Berlin und mußte, um zum Bahnhof zu gelangen, unbedingt über die Köpenicker Straße. Ich muß, um meinen Lebensunterhalt zu verdienen, mit jeder Minute rechnen und ging daher erst im letzten Augenblick von Hause weg. Als ich an die Köpenicker Straße kam, war die Straße gesperrt. Warum? Es fand eine landesfürstliche Befichtigung der Pionierkaserne in der Köpenicker Straße statt und jeden Augenblick müßte, wie mir ein Polizist erklärte, das „allerhöchste“ Automobil erscheinen. Aber es erschien nicht. Ich wandte mich an einen Polizeileutnant und bat ihn, mich durchzulassen, da ich sonst den Zug veräumte. Er zuckte die Achsel und ließ mich stehen. Ich suchte nicht schlecht und verfuhrte so über die Straße zu gelangen. Doch das Auge des Befehles war wachsam. Ich wurde mit gewaltigem Arm an der Ausföhrung dieses Verbrechens verhindert. Das landesfürstliche Automobil ließ sich viel Zeit. Ich konnte währenddem so viel Beleidigungen gegen die Polizei ausstoßen, daß es zu lebenslänglichem Gefängnis gereicht hätte. Als endlich das „allerhöchste“ Automobil vorbeigeföhrt war, war mein Zug längst unterwegs und ich konnte einen Schaden von etwa 50 Mark buchen.

Eines anderen Tages mußte ich unbedingt einen Wechsel einlösen. Ich raffte und borgte soviel Geld zusammen, daß es lange und rannte, was ich konnte, von der Friedrichstraße die Linden herunter, um nach der Rosenthaler Straße zu gelangen. An der Schloßbrücke Verkehrshindernis. Warum? Der Jar wird kommen. Was geht mich der Jar aller Neuzen an, denke ich und will den Uebergang über die Schloßbrücke forcieren. „Zurück! Zurück!“ erscholl es aus den Mündern von einem Duzend Schutzmännern. Sie lassen wohl einen Lakaien durch, der sich auf der anderen Seite der Straße eine Zeitung kauft. Ich denke, ist ein Lakai mehr wert als ich, ein schuldenzahlmollender Staatsbürger. Auf's neue versuche ich einen Durchbruch. Er mißlingt. Man nimmt mich fest, führt mich zur Polizeiwache, hält mich dort zwei geschlagene Stunden zurück. Als ich endlich zu meinem Wechselgläubiger kam, war der Wechsel bereits

zu Protest gegangen — Schaden für mich 9,80 Mk., die mir bis heute der Jar aller Neuzen noch nicht ersetzt hat.

Am letzten Sonntag machte ich mit meiner Familie einen Spaziergang. Gegen 7 Uhr kam ich an den Brückensteg, der die See überspannt. Der Steg war menschenleer, nur oben auf seiner Höhe stand ein paar und würdiger ein Polizist, überwimpelt von einigen schmutzigen bunten Jahrentüchern. Meine Jungen hatten ein dringendes Bedürfnis nach Hause zu kommen, denn sie hatten unterwegs unreife Stachelbeeren genascht. Ich betrat daher eiligen Schrittes den Steg. Aber wie ein Cherub mit flammendem Schwert eilte mir der Polizist entgegen und schrie von weitem schon: „Zurück! Zurück!“ Ich sah die Notwendigkeit dazu nicht ein und ging ihm entgegen. Der Polizist schrie noch lauter. Ich ging ruhig ihm entgegen. Der Mann der Ordnung war ganz verzweifelt und ich erfuhr endlich, daß bald das „allerhöchste“ Dampfboot von der Auberregatta zurückkehren werde und das Betreten des Steges deshalb verboten sei. Selbst auf meine dringenden Argumente hin blieb er standhaft. Ich mußte mit meinen Jungen zurück, eine benachbarte Gastwirtschaft aufsuchen, was mir einen unnötigen Kostenaufwand von 45 Pfennig machte.

Als ich nach einer halben Stunde den Steg passieren konnte, erfuhr ich sogar, daß das „allerhöchste“ Dampfboot gar nicht gekommen wäre. So wird der Staatsbürger durch polizeilich geschaffene Verkehrshindernisse, die ihre letzte Ursache in der Monarchie haben, oft sogar ganz zwecklos um sein sauer verdientes Geld gebracht!

### Bauprojekte in der Hochbaudeputation.

In der gestrigen Sitzung der Hochbaudeputation unter Vorsitz des Stadtbaurats Dr. Ludwig Hoffmann wurden u. a. die speziellen Entwürfe für den Neubau des Babehauses und Diphtherie-Pavillons im Krankenhaus Friedrichshain und den Umbau der Hauptfeuerwache Lindenstraße, sowie der Vorentwurf für den Neubau eines Sparkassengebäudes in der Bahstraße vorgelegt und beraten. Alle Projekte fanden die Genehmigung der Deputation.

### Die Berliner Turnerschaft als Warenhauskellame.

Eigenartig ist der Einfall, in einem Warenhaus dem Publikum eine Schaustellung turnernder Kinder zu bieten, die als Kellame dienen soll für eine Turnvereinigung und ihr Fest und gleichzeitig für das Warenhaus und seine Kinderartikel. Die Berliner Turnerschaft ist es, die zu solcher Kellame sich nicht für zu gut hält. In einem bekannten Warenhaus werden seit einigen Tagen die schaulustigen Besucher angeleitet durch auffällige Plakate, die so lauten: „Kinderbedarfs-Artikel. Im Ausstellungslokal, zweiten Etage, Turn-Vorführungen eines Berliner Turn-Vereins von Anaben und Mädchen, nachmittags 4—6.“ Nach diesem Wortlaut der Plakate möchte man annehmen, daß es sich um weiter nichts als um eine Kellame für das Warenhaus handelt, zu der ein nicht genannt sein wöhlender Turnverein sich hergibt. Erst wenn man die ständig von dichten Zuschauerscharen unlagerte Schaustellung der turnenden Kinder näher ansieht, merkt man, daß da auch für die Berliner Turnerschaft und ein von ihr geplantes Fest Kellame gemacht wird. Am Montag wurde in der zuzuhauenden Menge durch die Geschäftsdiener eine von der Berliner Turnerschaft verbreitete offizielle Einladung zu dem Fest ausgeteilt, die sich als Verweigerung dieser bürgerlichen Turnvereinigung und ihrer Schülerabteilung darstellte, und am Dienstag sah man an den Pfeilern des für die Schaustellung benutzten Raumes große Plakate: „Berliner Turnerschaft (Korp.), Ausfüh. für Schülerturnen. Großes Wohlthätigkeits-Turn-, Spiel- und Sportfest sämtlicher Schülerabteilungen usw.“ Es liegt nahe, anzunehmen, daß auch die Kinder, die im Warenhaus zu dieser Kellame benutzt werden, von der Berliner Turnerschaft hergegeben worden sind. Der Warenhausfirma kann man selbstverständlich es nicht verbieten, daß sie Kellame macht und als Kellame auch die Berliner Turnerschaft nicht verschmäht.

Schwer verunglückt ist gestern morgen ein 43 Jahre alter Kaufmann Roman Schwarz, der eben erst aus Rußland mit seiner Gattin nach Berlin gekommen war, um sie hier ärztlich behandeln zu lassen. Schwarz, der in einem Hotel in der Dorotheenstadt abgestiegen war, fuhr mit der Straßenbahn nach der Charité, um sich persönlich zu erkundigen, ob für seine Frau ein geeigneter Platz frei sei. Er stieg an der Ecke der Karl- und Charitéstraße ab und wollte nun über den Damm hinweg nach dem Krankenhaus gehen. Als jetzt von der Friedrichstraße her eine Kraftdroschke gefahren kam, wandte er sich auf das Warnungsschild des Führers wieder um in der Absicht, nach dem Bürgersteig, an dem er ausgestiegen war, zurückzukehren. Jetzt kam aber vom Kronprinzensee her ein Straßenbahnwagen gefahren. In der Verwirrung ließ Schwarz jetzt wieder nach der anderen Seite zu und geriet so unter die Kraftdroschke, die nun über ihn hinwegfuhr. Der Verunglückte erlitt mehrere Rippenbrüche, einen Schlüsselbeinbruch und Kopf- und innere Verletzungen. Er wurde nach der Charité gebracht, wo er sehr schwer danteder liegt.

Die Linie 164 ist seit dem 9. Juni nachmittags im Rahmen des bisherigen Fahrplanes über die Konnen-dammallee bis zum Verwaltungsgebäude der Siemenswerke in Spandau durchgeführt worden.

### Gegen die Spielerei der Schulkinder mit Schußwaffen.

richtet die städtische Schulbehörde folgende Mahnung: Eine gefährliche Spielerei ist neuerdings unter den Schulkindern in Uebung. Mit Revolvern, die mit Knallbüchsen geladen werden, verüben die Kinder auf der Straße allerlei Unfug, und es ist sogar der bedauerliche Vorfall zu verzeichnen, daß einem Jungen von einem seiner Mitschüler mit einem solchen Revolver ein Auge verletzt und dessen Sehkraft vermutlich vernichtet ist. Der Unfug hat so zugenommen, daß sich bereits Einwohner der Stadt beschwerdeführend an die Polizei gewandt und um Abhilfe gebeten haben. Die städtische Schulbehörde hat Veranlassung genommen, die Schüler vor dem Gebrauche dieser Revolver, die in Schulbuchhandlungen und Eisenwarengeschäften feilgehalten werden, zu warnen und das Mitbringen in die Schule zu verbieten. Im Uebertretungsfalle sollen diese Instrumente eingezogen werden.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Donnerstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hafenstraße, statt. Veranstalter wird ein Beethoven-Abend, zu dem Fräulein Dora Moran, Kammerlängerin, Frau Paula Weinbaum, Herr Hofopernsänger Paul Papsdorf, Herr Ernst Lehmann vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg, Herr Ernst Guthefson (Klavier) und der Bruno Rittschke Chor (Dirigent Bruno Rittel) ihre Mitwirkung zugesagt haben. Geopfert werden: „Meeresstille und glückliche Fahrt“, für Chor und Orchester, Fantasie C-moll (Chorfantasie) für Klavier, Chor und Orchester (Klavier: Dr. Ernest Guthefson, Dirig.: Dr. Bruno Rittel), Reuete Sinfonie D-moll, op. 125 (Sopran: Fr. Dora Moran, Alt: Frau Paula Weinbaum, Tenor: Herr Paul Papsdorf; Bass: Herr Ernst Lehmann; Dirigent: Herr Kapellmeister Hildebrand. Am Sonnabend, den 13. d. Mts., findet ein Volkskonzert in den Germania-Prachtjälen statt, in dem die Sinfonie Nr. 13 G-dur von Haydn, das Konzert D-moll für Violine von Beuxtempis (vorgelesen von Herrn Konzertmeister L. Persinger), und Mendelssohns „Sommerabendstraum“ gespielt werden. Eintritts-

\* 1 sh (Schilling) = 12 d (Pence, Einzähl: Penny) = 1 Mk.; also der penny = rund 8 Pf.

arten sind zu haben im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, Zimmer 18 (dormittags von 9 bis 1/2 Uhr und nachmittags von 4-1/2 Uhr, außer Sonnabend nachmittags) und in der Zigarrenhandlung von Dorsch, Engelauer 18.

### Ein schwerer Baumfall.

Auf dem Neubau der Lichterberger Gasanstalt am Hockdamm ereignete sich gestern Abend ein schwerer Baumfall. Auf einem circa 38 Meter hohen Turm stand ein Arbeiter auf einem Eisenträger, um die Lasten, die mittels Flaschenzuges emporgehoben wurden, abzunehmen. Aus bisher noch nicht ermittelter Ursache stürzte der Arbeiter plötzlich ab. Die Persönlichkeit des bis zur Unkenntlichkeit Verwundeten konnte noch nicht festgestellt werden.

Ein erschütterndes Drama spielte sich in Charlottenburg ab. Am Dienstagnachmittag lief der 10jährige Sohn Herbert des Friseurs Kubitz aus der Spenerstraße 25 in Charlottenburg in der Parkstraße gegen eine langsam fahrende Kraftdroschke, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er wenige Augenblicke später starb. Als man den Eltern die Diabolschokolade brachte, fiel Frau K. in Weinkrämpfe. Gegen Abend entsetzte sie sich aus der Wohnung, und alle Nachforschungen, die ihr Mann während der ganzen Nacht anstellte, waren erfolglos. Gestern mittag fanden Passanten am Ufer des Großschiffahrtskanals in Charlottenburg eine Sondastraße mit einem Zettel, der mit Margarete Kubitz, Spenerstraße 25, unterzeichnet war und auf dem die unglückliche Frau mitteilt, daß sie den Tod ihres Kindes nicht überleben könne und ins Wasser gebe. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Gegen alkoholhaltigen Konfekt. Der Polizeipräsident gibt bekannt: Da in letzter Zeit noch vielfach Konfektbonbons, Zuckerbonbons, Pralinen usw. in den Handel gekommen sind, die mit Schnaps verschiedener Art, darunter mit oft sehr minderwertigem, gefüllt sind, sehe ich mich veranlaßt, erneut auf die Unzulässigkeiten hinzuweisen, die durch den Verbrauch solcher Konfekte sich ergeben. Angestellte Unterhaltungen mit diesen Konfekten haben dargelegt, daß der Alkoholgehalt in ihnen oft ein sehr erheblicher ist. So enthielten 15 Stück eines solchen Konfekts, die etwa 100 Gramm wogen, zusammen ungefähr einen Schloß voll Trinkschnapswein, bei einem Preise von 28 Pf. Es sind auch bereits Fälle vorgekommen, in denen erwachsene Personen durch den Genuß eines solchen Konfekts berauscht worden sind. Um so mehr aber werden solche Konfekte den Kindern gefährlich, denen im Interesse ihrer Gesundheit der Genuß alkoholhaltiger Flüssigkeit in jeder Form untersagt werden sollte. Es wird insbesondere Aufgabe der Eltern und Erzieher sein, den ihrer Obhut anvertrauten Kindern und Pfinglingen den Genuß solcher Konfekte zu verbieten.

Seinen Verletzungen erliegen, ist der am Freitagabend von einem Brauereiwagen überführte Arbeiter Theophil Landowski. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Das Opfer eines Straßenbahnunfalles ist die 64 Jahre alte Ehefrau Henriette des Schuhmachers Fiedler aus der Rindstr. 20 geworden. Frau F. wollte vor 14 Tagen am Bahnhofsplatz einen Straßenbahnwagen besteigen. Als sie einen Fuß auf das Treittreppchen gesetzt hatte, und gerade den anderen nachziehen wollte, setzte sich der Wagen plötzlich in Bewegung. Die Frau schlug mit dem Kopfe so heftig gegen den Eisenlauf einer Geländerstange, daß sie stark blutete. Nachdem die Verunglückte zweimal die Hilfrufe um Kempelhofers Ufer aufgeschrien, dort einen Verband erhalten hatte, wurde sie nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Dort ist sie jetzt gestorben.

Im Berliner Aquarium ist in diesen Tagen ein riesiger Cephalopod (Tintenfisch) aus Novigno angekommen. Hoffentlich gelingt es, dieses prächtige Schauspiel eine Zeitlang am Leben zu erhalten, denn im allgemeinen pflegen die Kraken die Selbsterhaltung nicht allzu lange zu ertragen. Der prächtige, ausnahmsweise große Gefelle klettert mit seinen langen Saugarmen an den Felsen und an der Glascheibe umher, oder er durchschießt, das Hinterrücken voran, und durch den Rüssel des gewaltig ausgeprägten Atemorgans gestrieben, den freien Raum seines Beckens. Bekanntlich gehören die Tintenfische zu den schneckenartigen Tieren, deren geistig und körperlich höchstentwickelte Gruppe sie darstellen; allerdings haben ihre schnellen, kraftvollen und vielseitigen Schwimmbewegungen und die großen, eigenartig klugen Augen nichts mit unseren langsamen und stumpfsinnigen Schnecken gemeinsam. Auf der Unterseite des Kopfes, tief zwischen den Armanen befindet sich, liegt der zu einem harten papageißenknabellartigen Gebilde umgewandelte Mund, der mit besonderen Giftdrüsen ausgestattet ist, um die Krebse, die die Nahrung der Kraken bilden, sofort todt zu machen. Wertwüdigerweise legen sich diese kräftigen Wesen dem Menschen gegenüber niemals zur Wehr.

Arbeiter-Abstinenzband (Ortsgruppe Berlin). Freitag, 12. Juni, im Gewerkschaftshaus, Engelauer: Monatsversammlung. Vortrag über: „Reichstag und Arbeiterlofenproblem.“ Referent Max Kähler. Gäste willkommen.

Straßensperrung. Die Schillstraße zwischen Wilmanns- und Kurfürstenstraße wird wegen Ausbesserung der Straßenbahngleise vom 15. Juni bis 8. Juli d. J. für Fußwege und Reiter gesperrt.

## Vorortnachrichten.

### Der Polizist als Herr der Strafe.

Charlottenburgs Stadtverordnetenversammlung zum Fall Richter.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung wollte in ihrer Sitzung vom gestrigen Mittwoch sich mit dem Fall Richter beschäftigen, der in der Sitzung vom 8. Mai unsere Genossen zur schnellen Einbringung einer Interpellation veranlaßt hatte. An jenem Abend war es dem Stadtverordneten Genossen Richter passiert, daß er in der Sophie-Charlotte-Straße, wo bei der Firma a Stegmeyer Arbeiter im Streik standen, von einem auf Streikposten fahrenden Schuttmann angehalten und zur Wache geführt wurde. Dem Schuttmann, der wohl Richter für einen Streikposten hielt, war er nicht schnell genug weitergegangen — und das war für den Schuttmann nach üblichem Brauch ein hinreichender Grund zur Sistierung. In der Sitzung vom 8. Mai begründete Genosse Richter die noch an denselben Abend eingebrachte und auch sofort auf die Tagesordnung gesetzte Interpellation, die gegenüber diesem Brauereiführer der Polizei den Magistrat zum Schutz der persönlichen Freiheit der Einwohner Charlottenburgs aufrief, die Besprechung aber wurde vertagt, weil der Oberbürgermeister zunächst Erkundigungen einziehen wollte.

Für gestern war die Besprechung auf die Tagesordnung gesetzt worden, nachdem das Stadtverordnetenamt sich inzwischen bei der Polizei das nötige Material besorgt hatte. Oberbürgermeister Dr. Scholz ergriff das Wort und erklärte sich bereit, die Interpellation jetzt zu beantworten, doch machte er sogleich die Einschränkung, daß er nur die authentische Darstellung der Polizei zur Grundlage nehmen könne. Er verlas dann ein ihm vom Polizeipräsidenten zugegangenes Schreiben, das die Sache in polizeilicher Beleuchtung zeigte. Seit Ausbruch des Streiks bei Stegmeyer seien von Streikposten wiederholt Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige verübt worden, so daß die Polizei habe Maßregeln treffen müssen, die Streikposten von der Straße zu weisen. Am 4. Mai sei der streikende Arbeiter Brummer, weil er die Aufforderung, sich zu entfernen, nicht befolgt habe, zur Anzeihe gebracht worden. Diesen A. habe man am 6. Mai wieder, und zwar in Begleitung

eines Unbekannten, in der Sophie-Charlotte-Straße getroffen, wobei beide vor der Fabrik hin und her patrouilliert seien. Die Polizei habe danach angenommen, beide seien Streikposten, und den A. habe man ja als solchen gefasst. Die Aufforderung, die Straße zu verlassen, sei von ihnen nur so weit befolgt worden, daß sie weiter hin und her gingen. A. habe sich dann entfernt, der andere aber, der sich später als Stadtverordneter Richter auswies, habe sich geweigert mit den Worten, er könne gehen, wohin er wolle. Infolgedessen habe der Schuttmann ihn aufgefordert, mit zur Wache zu kommen. Streikende hätten darauf eine drohende Haltung eingenommen, so daß der Beamte habe drohen müssen, seine Waffe zu gebrauchen. A. sei nicht länger als 10 Minuten auf der Wache zurückgehalten worden, von einer Verhaftung könne daher keine Rede sein. Wegen ihn sei Strafanzeige erstattet worden.

Dies der Inhalt des Schreibens des Polizeipräsidenten. Der Oberbürgermeister fügte hinzu, er müsse der Versammlung anheimgeben, heute von einer Besprechung abzusehen. In den Lauf eines schwebenden Rechtsstreits durch eine Besprechung einzugreifen, sei in den Parlamenten nicht Brauch. Auch dürfe eine Selbstverwaltung, die selber den Kreis ihrer Zuständigkeit energisch so weit fasse, nicht in fremde Zuständigkeit hinübergreifen.

Auch unsere Genossen hielten bei der augenblicklichen Sachlage es für zweckmäßig, die Besprechung nochmals zu vertagen und die Entscheidung des Rechtsstreits abzuwarten. Genosse Scharnberg erklärte kurz, hier sei die Aussage gegen Aussage, man solle vertagen, bis ein rechtskräftiges Gerichtsurteil vorliegt. Es wurde dann erneute Vertagung beschlossen.

Die polizeiliche Darstellung, wie sie in dem Schreiben des Polizeipräsidenten gegeben wird, stößt sich natürlich auf die Angaben der beteiligten Beamten. Sie wird durch die gerichtliche Prüfung des Sachverhalts die wünschenswerte Beleuchtung erfahren.

### Charlottenburg.

Städtische Arbeiter. Die in den Gaswerken beschäftigten Arbeiter stehen heute Donnerstag vor den Wahlen zum Arbeiterausschuß. Zu wählen sind von der Gruppe 1 (Kesselführer, Feuerleute, Maschinenisten) und Gruppe 2 (Handwerker, Werkstattarbeiter, Rohrleger) je ein Mitglied und ein Ersatzmitglied. Von der Gruppe 3 (alle übrigen Arbeiter umfassend) sind aber 3 Mitglieder und ebensoviel Ersatzmitglieder zu wählen. Aus diesem Anlaß war vom Vorstand der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu Dienstag eine Versammlung nach dem Volkshaus einberufen worden. Der gute Besuch zeigte von dem lebhaftesten Interesse der in Betracht kommenden Arbeiter. Polenske als Referent ging mit aller gebotenen Schärfe mit den gelb-liberalen Arbeiterverrätern ins Gericht. Es war ihm ein leichtes, die ungläublichen Verleumdungen, mit denen jene arbeiten, völlig zu widerlegen und an ihrer Stelle ein wahrheitsgetreues Bild von der Tätigkeit des Verbandes als auch des bisherigen Arbeiterausschusses zu entwerfen. Seine Ausführungen fanden den lebhaftesten Widerhall bei den Versammelten, die das Gelöbnis abgaben, mit aller Energie für die Riste der freigewerkschaftlich organisierten einzutreten.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 14. Juni: Großer Familienausflug nach Grunewald. Treffpunkt: Nachmittags 2 Uhr pünktlich vor dem Kaiser-Friedrich-Denkmal (Luisenpark). Für Nachzügler zur Kaffeepause auf dem Spandauer Bod. — Sonntag, den 21. Juni, findet unsere Dampfpartie mit Musik nach Radow und Hundsbühl auf den Havelseen statt. Abfahrt morgens 8 Uhr pünktlich von der Anlegestelle der Reederei Kiel am Tegeler Weg. Fahrpreis für Erwachsene 1,20 M., für Kinder 25 Pf., Kinder unter 6 Jahre frei. Willens sind zu haben bei Harneder, Delmböhlstraße 34 (Zigarrengeschäft); Albrecht, Amobelsdorffstr. 48; Schulmann, Gosanderstr. 7; Strebe, Kaiserdamm 119; Gräß, Spreerstr. 56; Dein, Charlottenburger Ufer 10 (8-11 vormittags). Nichtmitglieder und deren Kinder können an beiden Veranstaltungen teilnehmen.

### Schöneberg.

Konflikt in der Schöneberger Ortskrankenkasse. Am Montag tagte eine Ausschussung der Ortskrankenkasse. Zunächst wurde eine nochmalige Wahl der Arbeitserhebiger zum Vorstand vorgenommen. Die erste war wegen Unregelmäßigkeiten bei der Wahl durch das Versicherungsamt für ungültig erklärt worden. Nachdem die Wahl vorüber, wurde in gemeinsamer Sitzung verhandelt. Zur Beschlussfassung lag die Dienstordnung für die Angestellten vor. Das Oberversicherungsamt hatte dem Vorstand der Kasse durch Verfügung aufgegeben, bis zum 10. Juni er. eine Dienstordnung zur Genehmigung einzureichen. Der Vorstand war dem soweit nachgekommen, daß er eine solche dem Ausschuss zur Beschlussfassung unterbreitete. Die Arbeitgeber suchten die Beratung zu hindern. Unter Führung des Fabrikbesizers Verheim und des Nebalteurs der „Ortskrankenkasse“ Herr Rechtsanwalt Dr. Georg Baum, beantragten dieselben Zurückverweisung an eine Kommission, da, wie Herr Baum ausdrücklich sagte, „Männer ihres Vertrauens“ am Zustandekommen der Dienstordnung nicht mitgewirkt hätten. Nach Meinung der Anwesenden waren das kassierende Obersteigen für den derzeitigen Vorstand, und zwar sowohl für Arbeitgeber wie auch Arbeitnehmer. Die letzteren verwarfen sich energisch gegen einen solchen Vorwurf. Herr Dr. Baum sah sich gezwungen, durch eine entsprechende Erklärung darzulegen, daß seine Ausführungen, soweit Arbeitnehmer in Frage kämen, mißverstanden seien. Der Antrag der Arbeitgeber auf Kommissionsberatung wurde abgelehnt und in die Beratung der einzelnen Paragraphen eingetreten. Es stimmten nur vier Arbeitgeber für Annahme der Dienstordnung, alle übrigen dagegen. Als Erklärung für ihr Vorgehen gaben sie an, die vom Vorstand vorgelegte Dienstordnung entspräche den gesetzlichen Bestimmungen nicht. Bemerkte sei hier, daß es die gleiche Ordnung ist, die auch die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin eingereicht hat. Aber die Schöneberger Arbeitgeber mit Herrn Rechtsanwalt Baum an der Spitze, wollen das bisherige Selbstverwaltungsamt, was nach der Reichsversicherungsordnung den Kassenvorständen und Ausschüssen noch geblieben ist, weiter vermindern. Die Arbeitnehmer stimmten geschlossen für Annahme. Wenn nun das Oberversicherungsamt die beschlossene Dienstordnung nicht genehmigt, dann haben die Arbeitgeber daran Schluß. Dieselben Herren, die fortwährend versichern, daß sie bemüht sein würden, in gemeinsamer Arbeit Gutes für die Versicherten zu schaffen, sie haben beim erstenmal verlagert. Bei der demnächst stattfindenden Vorstandswahl wird sich ergeben, wozu die Fahrt geht. Die Wahrscheinlichkeit liegt nahe, daß auch hier der Konflikt sofort zutage treten wird, denn man will den Vorstehenden unter allen Umständen aus ihren Reihen haben. Die Arbeitnehmer werden mit kühler Ruhe die Dinge an sich herankommen lassen.

### Reich-Bund.

„Aus russischen Kerkern“ lautet das Thema eines Lichtbildervortrages, der am Donnerstag, den 18. Juni, in Seders Gesellschaftshaus stattfindet. Eintrittskarten a 20 Pf. bei den Bezirksführern, in den Bezirkskolonnen und an der Abendkasse.

### Weißensee.

Gelegentlich der Einweihung des Großschiffahrtskanals am 17. Juni durch den Kaiser auch unsere Ort. Auf Wunsch des Landrats von Niederbarnim soll daher ein würdiger Empfang dem Landesherrn bereitet werden. Ein Empfangskomitee ist eifrig an der Arbeit, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, die nationalen Vereine sind bereits freudigst in dem Gedanken, wieder einmal Spalier zu bilden. Wir würden diesen ganzen byzantinischen Alimbin kaum erwähnen, wenn dabei nicht noch eine andere ernstere Angelegenheit wieder eine Rolle spielen würde. Das ist die Verweigerung von Schulkindern, welche als Strafbüßen dienen sollen. Und nicht nur die Kinder des Ortes, sondern sogar die von Nieder-Schönhausen sollen dabei herangezogen werden. Wir wollen davon Informativ berichten: 24. Glad, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag.

ablehen, daß man nicht mal die Einwilligung der Eltern dazu einholt, und von den Kindern verlangt, sie sollen in Feiertagskleidung erscheinen. Aber dagegen muß doch aufs entschiedenste Einspruch erhoben werden, daß man die Kinder in der Regel stundenlang bei derartigen Empfängen den Einflüssen der Witterung aussetzt und so ihre Gesundheit dabei aufs Spiel setzt. Glauben die Eltern, daß sie das Recht haben, ihre Kinder von solchen Privatveranstaltungen fernzuhalten, dann werden sie noch mit einem Strafmandat beglückt.

### Tempelhof.

Ein Siebzigjähriger. Ein für Proletarier seltenes Fest begeht unser langjähriger Mitglied, der Schuhmacher Gustav Bartisch, der heute sein 70. Lebensjahr vollendet. Schon unter dem Sozialistengesetz hat der Jubilar im Interesse der Partei stets mit großer Hingabe seine Schuldigkeit getan, und noch heute verfolgt er die Vorgänge im politischen Leben und in der Partei mit großer Aufmerksamkeit. Sein Tätigkeitsgebiet war unter dem Sozialistengesetz bis Ausgang der 90er Jahre der zweite Berliner Reichstagswahlkreis, um dann später nach unserem Ort überzusiedeln. Wohl es dem Jubilar noch recht lange vergönnt sein, sich der für die Partei geleisteten Arbeit zu erinnern. In diesem Sinne bringen wir heute die Parteigenossen ihre Glückwünsche dar.

### Nieder-Schönhausen.

#### Ein „Volkstest“.

Am Sonnabend, den 18. d. M., veranstaltete die hiesige Zentral-Volkshauskommission ein sogenanntes Volkstest zum Besten der Ortlichen. Außer den Pfadfindern, der Turnerschaft und der freiwilligen Feuerwehr sollen auch die Gemeindeführer mitwirken. Einige Lehrer und Lehrertinnen entwickeln nun eine besondere Energie, um die Kinder mit deren Eltern zu veranlassen, an dem Feste teilzunehmen. Teilen die Kinder dann den Lehrpersonen mit, daß die Eltern die Beteiligung ablehnen, dann ist man sehr neugierig und sucht die Gründe der Ablehnung zu erfahren.

Unserer Auffassung nach sollten die Lehrer doch etwas Besseres zu tun haben als Propaganda für solchen Wohlthatigkeitstrummel zu entfalten. Es ist doch bekannt, daß in großen Volkstesten ein heftiger Widerspruch gegen derartige Veranstaltungen vorhanden ist und man sollte alles vermeiden, um den Widerspruch von Schulen und Haus immer wieder hervorzuführen.

### Mahlsdorf an der Ostbahn.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde der neu gewählte Gemeindevertreter Herr Denkel eingeführt. Bei Punkt Erteilung eines Vollmacts zur Ansetzung einer Klage gegen die Eigentümer des Rittergutes stellte sich heraus, daß die Eigentümer des Gutes zwar alle Rechte und Vorteile, die ihnen die Eingemeindung gebracht haben, für sich in Anspruch nehmen, aber trotz aller Erinnerungen nicht daran denken, auch die übernommenen Pflichten zu erfüllen. Dem Gemeindevorsteher wurde Vollmacht erteilt, gegen die Herrschaften klagbar vorzugehen. Herr Ebel brachte einen Dringlichkeitsantrag, betreffend Einstellung der Pflasterarbeiten durch die Firma Schulte-Großheimann im nördlichen Ortsteil ein. Der Antragsteller wies darauf hin, daß die Firma vertraglich verpflichtet gewesen sei, die in Betracht kommenden Straßen bis zum 31. März d. J. fertig zu stellen, daß bis jetzt aber erst ein Viertel davon fertig sei. Die Firma habe stellenweise Boden abgefahren und dann die Arbeiten liegen lassen. Es seien bereits 33 Bäume eingegangen und verschiedene Anlieger könnten nicht zu ihren Grundstücken gelangen. Von unserem Genossen Schmidt wurde darauf hingewiesen, daß man es hier wohl einerseits mit einem kapitalstarken Unternehmer zu tun habe, andererseits kämen aber auch wohl Anlieger in Betracht, die anstatt ihre Verpflichtungen in der zu erfüllen, Sicherheitshypothesen eintragen lassen wollen. Der Gemeindevorsteher teilte mit, daß er der Firma den Kontens bis 1. Juni 1915 verlängert habe, und zwar im Interesse derjenigen Anlieger, welche ihre Pflasterkosten bereits bezahlt haben. Sollte die Firma weiter mit ihren Arbeiten in Verzug bleiben, dann möchten die Interessenten ihm einen anderen Unternehmer vorschlagen, damit diesem die fertige Stellung der Straßen übertragen werden könne. Sodann kam die Gehaltsregulierung des Gemeindevorstehers noch einmal aufs Tapet. Die Gemeindevertretung hatte seinerzeit einen Antrag auf Erhöhung des Gehalts um 300 M. abgelehnt. Auf Beschwerde des Gemeindevorstehers hatte der Kreisausschuß verfügt, daß dem Gemeindevorsteher 300 M. zu gewährt seien und zwar, weil er diesen Betrag früher als Vorsteher des Schulverbandes bezogen habe. Dieser Kosten sei zwar durch die Eingemeindung in Fortfall gekommen, da aber nach den Bestimmungen des Kommunalbeamtengegesetzes einmal vorhandene Bezüge nicht gekürzt werden dürfen, sei im angeordneten Sinne zu verfahren. Das hatte den Kampfesmut der Bürgerlichen entseelt. Sie beantragten die Einsetzung einer Kommission, die den Beschwerdebeweg gegen den Kreisausschuß beschreiben sollte. Man wollte mit kühnem Mut den Gemeindevorsteher, den Kreisausschuß und die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher zur Strecke bringen; letztere, weil sie seinerzeit für die Gehaltserhöhung gestimmt hatten. Aber es kam bald anders. Der Schöffe Noel berief eine Sitzung ein, von den freitätigen Kommissionsmitgliedern erschien indessen nur einer, und da sich auch niemand entschuldigt hatte, hielt der Schöffe es für zwecklos, eine weitere Sitzung einzuberufen. Daraus war die Beschwerdebeweg verstrichen, und jetzt handelte es sich darum, entweder die 300 Mark schleunigst in den Etat einzustellen, oder dem Gemeindevorsteher Gelegenheit zu geben, die Gemeindefasse zu pfänden. Unser Gen. Schmidt beleuchtete die Situation mit beifühendem Spott. Seinerzeit hätten die Herren unsere Genossen geradezu als Verräter an den Gemeindefassinteressen verurteilt und nun hätten sie nicht einmal so viel Rücksicht aufgebracht, um in die Sitzung der von ihnen selbst beantragten und auch von ihnen allein besetzten Kommission zu gehen. Diese Wamage konnte trotz kampfhafter Ausreden nicht abgeschwächt werden. Schließlich wurde die Einstellung der 300 M. in den Etat mit 7 gegen 6 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen beschlossen. Die 4 Unentwegten wollten sich jedenfalls den Rücken frei halten, um auch künftig wieder damit kreden zu gehen, daß andere Leute den Gemeindefass nicht zu schonen wissen.

### Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung brachte eine recht langatmige Debatte über die Anschaffung einer benzinautomobilen Drehleiter für die Feuerwehr. Die Leiter, die erst vor etwa drei Jahren für 9000 M. angeschafft wurde, soll als Reserve im Bestande der Feuerwehr verbleiben. Die neue Leiter wurde bewilligt, sie kostet 32 412,50 M. — Zur Unterweisung von Lehrpersonen in der Stotterheilmethode soll ein Kursus abgehalten werden, zu welchem sich bereits zwei Aktoren, drei Lehrer und zwei Lehrerinnen gemeldet haben. — Die Fleischverkaufsstände des Sonnabend-Wochenmarktes sollen nach dem Vorschlag in die Nähe der Kreuzstraße verlegt werden. Eine Kommission wird die Vorlage nochmals näher prüfen. — Ein Teil der Berliner landwirtschaftlichen Hochschule soll nach Berlin verlegt werden. Diese Vorlage wird wegen ihrer Wichtigkeit erst noch einer Kommission überwiesen. Die ehemalige Pömlersche Fabrikanstalt ist jetzt wieder in Betrieb genommen worden, nachdem sie durch die Stadt renoviert und an einen Schwimmbad verpachtet worden ist. Es waren seinerzeit zur Renovierung 8000 M. bewilligt worden, welche bis auf 1200 M. verbraucht worden sind. Um nun auch das Frauenbad auf dem gleichen Grundstück wieder herzustellen, müßten noch 4500 M. nachbewilligt werden. Aber dazu ist kein Geld vorhanden und die Angelegenheit wird bis zum nächsten Jahre vertagt. Einer Dringlichkeitsvorlage betreffend die Verpachtung der städtischen Festung Luisenpark an den Verein für Kaiserliche Gymnasien für einen Preis von 8000 M. für fünf Jahre, wurde von der Versammlung zugestimmt.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Wohndorf. Freitag, den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Max Schulze. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

91. Sitzung. Mittwoch, den 10. Juni 1914, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lenge.

Zweite Lesung der Befoldungsvorlage.

Nach dem Kommissionsbeschluss soll die Vorlage rückwirkend am 1. April 1914 in Kraft treten. Eine Resolution der Kommission ersucht die Regierung, baldigst und zwar spätestens sobald dem Reichstag eine Befoldungsnovelle vorgelegt wird, dem Landtag einen Gesegentwurf vorzulegen...

Ein Antrag Kronsohn (Sp.) will die Regierung ersuchen, zu erwägen, ob und inwieweit eine geordnete Krankenfürsorge für Beamte erforderlich und durchführbar ist.

Abg. Dr. Vasse (L.):

Wenn wir nicht die Vorlage gefährden wollen, müssen wir sie unverändert annehmen, obgleich sie schwere Mängel hat. Die Regierung hätte dem Preussischen Landtage nicht vorenthalten sollen, was die Reichsregierung dem Reichstage zugestanden hat.

Abg. Dr. v. Savigny (Z.):

Wir müssen jetzt nachhaken, was die Reichsbeamten schon im vorigen Jahre erhalten haben. Preußen darf nicht immer hinter dem Reich herhinken und durch einseitige Beschlüsse muß der Landtag die Regierung vorwärts treiben.

Abg. Dr. Wagener (H.):

Die Befoldung der Beamten muß in Uebereinstimmung mit der Finanzlage stehen, es dürfen darum nicht die Steuern zu sehr angepannt werden. Aufbesserung der Unterbeamten ist allerdings nötig.

Abg. Ströbel (Soz.):

Wir stimmen für die Vorlage, um nicht eine leere Demonstration zu machen, aber die Vorlage ist ganz unzulänglich. Es wäre sehr gut gewesen, wenn auch hier wie im Reichstag eine Mehrheit der Regierung erklärt hätte: wir verlangen, daß die Regierung den berechtigten Forderungen der Unterbeamten nachgibt, und wenn sie das nicht tut, dann mag sie die Verantwortung dafür tragen.

ins Unendliche hinausgeschoben,

was vom kapitalistisch-sozialistischen Standpunkt der Sportpolitik allerdings seinen guten Sinn hat! 1918 werden dann die Unterbeamten auch nicht mehr erhalten, als sie schon 1909 hätten erhalten sollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten erheben gegen derartige Absichten den allerstärksten Einspruch und fordern, daß 1918 nicht nur die Kuregelung des Wohnungsgeldzuschusses und nicht bloß die Aufbesserung der Gehälter der gehobenen Unterbeamten und gewisser höheren Beamten, wovon man schon gesprochen hat, in Angriff genommen wird, sondern daß dann für alle bedürftigen Beamten ausreichende Zulagen geschaffen werden.

von chinesischen Kästen begriffen freimachen

werden. Dummerlei Petitionen beweisen, daß weite Beamtenkreise auch unserer Meinung sind. Die Regierung aber befaßt sich immer auf die hohen Kosten, die bei Verminderung der Beamtenklassen entstehen würden, 44 Millionen, und bei Einführung von Kinderzulagen nach agrarischem Beispiel 66 Millionen. Für die Diktandenpolitik aber, die nur die Grundstückspreise künstlich in die Höhe getrieben und die Lebensmittelsteuerung verstärkt hat, hat

Preußen schon tausend Millionen ausgegeben, für den Militarismus opfert das Reich jährlich 2 bis 3 Milliarden. Als Vertreter der proletarischen Schichten treten wir für die Besserstellung der schlechtest bezahlten Beamten am allerlebenshaftesten ein. Manche höheren Beamten dagegen sind mehr als ausreichend bezahlt. Die 50 000 M. Ministergehalt

sind durch positive Leistungen für das Volkswohl wenigstens nicht verdient, aber gegen einen Vordirektor, vielfachen Aufsichtsratsvorsitzenden, oder gar den Empfänger des 25 Millionen Krupp-Einkommens sind die Minister noch arme Teufel — das sollte Sie doch bestimmen, sozialpolitischer zu sein. Der Wohnungsgeldzuschuß für die Unterbeamten muß erhöht, ihre Schädigung durch Delleastierung beseitigt werden und die Schaffung neuer Wohnklassen für sie muß unterbleiben. Wenn in der Resolution gesagt wird, daß die Kinderzulagen ohne Kürzung des Grundgehalts stattfinden sollen, dann verlangen wir, daß nicht nur keine Kürzung eintreten, sondern auch die notwendige Gehaltsaufbesserung hierdurch keine Einbuße erleiden darf. Mit der Gewährung von Kinderzulagen muß man überhaupt sehr vorsichtig sein, weil diese einmal nur einem Teil der Beamten Vorteile bringen, weil man durch sie billiger wegkommen will, als durch eine allgemeine Erhöhung und dann möglicherweise bei der nächsten Aufbesserung den Beamten wieder genommen werden könnten.

Herabsetzung kurzfristiger Eiferstücke

werden sie sich den Erfolg sichern. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Aber es wird den Beamten auch klar sein, daß sie nur von einem auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählten Landtag Berücksichtigung ihrer Forderungen zu erwarten haben. (Gelächter rechts, lebhafter Zustimmung h. d. Soz.) Der Beweis dafür liegt darin, daß das Dreiklassenhaus in diesen Dingen stets dem Reichstage nachgehampelt ist, der die Initiative ergriffen hat. Es ist eine unerschütterliche Tatsache, daß der Reichstag trotz seiner jetzigen, noch lange nicht idealen Zusammensetzung (lautes Gelächter bei den Konservativen) die Interessen der Beamtenwelt besser vertreten hat, als das Dreiklassenhaus. Darum sollten die Beamten begreifen, daß sie Verständnis für ihre Interessen nur bei den breiten Massen des Volkes, nicht bei den herrschenden ausbeutenden Klassen erfahren, und daß sie dann nur unter einem anderen als diesem Selbstwahlrecht die Erfüllung ihrer Forderungen erreichen können. Wollen sich die Beamten mehr Recht und Unabhängigkeit sichern, dann müssen sie mitkämpfen gegen die preussische Dreiklassenmacht! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. — Abgeordneter v. Pappenheim (L.): Das nennt man Angst! — Abg. Ad. Hoffmann: Sie Oberbauernlänger! — Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. — Ordnungsruf des Vizepräsidenten Dr. Forst.)

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natl.):

Auch wir hätten gern mehr für die Beamten erreicht, aber die Regierung macht es unmöglich. Wir verlangen baldige Revision der Befoldungsordnung, und Beseitigung der Härten, sowie Fürsorge für lindernde Beamte ohne Schädigung der linderarmen. Das Wohnungsgeld der Unterbeamten muß erhöht und das Unrecht der Delleastierung wieder gut gemacht werden. Die Sozialdemokraten stimmten in der Kommission gegen die Vorlage, im Reichstag vertraten sie den Standpunkt: alles oder nichts. Dadurch haben die Beamten nichts bekommen. Wir aber nehmen, was zu kriegen ist und dadurch erhalten hunderttausend Beamten ihre Aufbesserung. (Beifall.)

Abg. Delius (Sp.)

spricht in demselben Sinne und freut sich darüber, daß das Zentrum hier im Gegensatz zum Reichstagszentrum auf dem gleichen Standpunkte stehe wie die Liberalen und Konservativen. Die Rede Ströbels sollte nur die Niederlage seiner Partei im Reichstag verdeuten. Wir treten nur für berechtigte Beamtenwünsche ein und machen einen Beifall um ihre Gunst nicht mit. Dann begründet der Redner den Antrag seiner Partei und schließt mit dem Wunsch, daß die Beamten bei ihren Petitionen künftig auf das Volkswohl mehr Rücksicht nehmen. (Beifall links.)

Abg. Ströbel (Soz.)

bemerkte gegenüber dem Abg. Schröder, daß die Kinderzulagen eine allgemeine anständige Gehaltserhöhung ergeben könnten. Man hätte sich aber, das deutlich zu sagen. (Abg. Dr. Gremer (natl.): Sie schließen sich auf andere.) Wir sagen frei heraus, was wir denken. Wir haben niemals behauptet, daß wir die Interessen des Wohlunternehmens vertreten. Sie aber spiegeln der Öffentlichkeit vor, daß Sie Vertreter der Kapitalistenklasse oder die Interessen der Ausgeborenen vertreten. Weiter habe ich Dr. Schröder zu entgegnen, daß man mit 9 oder 10 Millionen die Wünsche von 90 000 Unter- und mittleren Beamten erfüllen könnte, man will aber vor 1918 dieses Geld nicht bewilligen. Um wieviel weniger würde man dann bereit sein, neben den 60 Millionen erfordernden Kinderzulagen noch das Grundgehalt angemessen aufzubessern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Kinderzulagen können unter Umständen die Interessen der Gesamtheit benachteiligen, ist doch in der Kommission davon gesprochen worden, daß man das Wohnungsgeld nach der Kinderzahl absetzen könnte, und auch sonst war von geringerer Bezahlung, zum Beispiel der ledigen Beamten, die Rede. Der fortschrittliche Antrag ist sehr erwidenswert, denn es wäre wohl vernünftiger, durch eine Krankenversicherung dafür zu sorgen, daß die durch Krankheit in Not gebrachten Beamtenfamilien eine geregelte Unterstützung erhielten; das jetzige System öffnet der Willkür Tür und Tür, wie die vielfachen Klagen beweisen. Wenn wir hier anders stimmen wie in der Kommission, so deswegen, weil wir erkannt haben, daß wir für unsere Stellungnahme nicht nur irgend eine Partei geschweigs denn eine Mehrheit gewinnen. Wir stimmen also deshalb für die Vorlage, weil absolut nichts anderes zu erreichen war. Von Umfäll sollten aber die Herren Liberalen nicht sprechen, deren Taktik doch nur im Umfalle besteht. Sie stellen Forderungen für die Interessen der schlechtesten Beamtenklassen auf und vertreten sie mit Nachdruck, sagt die Regierung aber nein, so fallen Sie um. 1909 haben Sie im Reichstage so gehandelt, und bald darauf auch hier. Und vor wenigen Wochen haben die Vertreter aller Parteien im Reichstag erklärt, daß ihre Forderungen, namentlich für die gehobenen Unterbeamten, das Mindestmaß dessen sind, was gewährt werden muß — und nachher sind Sie doch umgefallen! Ich habe gleich dargelegt, daß wenn Verbesserungen ausförsichtslos sind, wir für die Vorlage stimmen werden. (Kurze der Rationalen: Das ist doch ein Umfall!) Keineswegs, ein Umfall wäre es gewesen, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit den Kompromissparteien von ihrem Standpunkt abgegangen wäre, wenn sie so gehandelt hätte

wie die Liberalen, dann wäre sie umgefallen! (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer Debatte des Abg. Schröder-Kassel (natl.) gegen den Vordirektor schließt die Besprechung und die Vorlage wird samt der Resolution der Kommission einstimmig angenommen. Der fortschrittliche Antrag geht an die Budgetkommission.

Zu den Petitionen erklärt ein Regierungskommissar, daß sie für die Regierung ein wertvolles Material zur Erkennung der Stimmung der Beamten bilden würden. Darauf werden sämtliche Petitionen der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Freitag 11 Uhr: Dritte Beratung der Befoldungsordnung und Fideikommissgesetz.

Schluß gegen 4 Uhr.

Nur ein Landarbeiterleben.

Vor dem Schwurgericht in Liegnitz fand wieder einmal der Tod eines Landarbeiters, hervorgerufen durch Mißhandlungen eines Agrariers, seine „Söhne“. Angeklagt war der Gutbesitzer Albert Elsner aus Sahnauer Vorwerke bei Sahnau in Schlesien. Die Anklage legt ihm zur Last, den bei ihm beschäftigt gewesenen Landarbeiter Gustav Grallert, einen verheirateten Mann von 31 Jahren und Vater von fünf noch schulpflichtigen Kindern, durch einen Stieb mit einem eisenbeschlagenen Spazierstock so über den Kopf geschlagen zu haben, daß Grallert wenige Stunden darauf verstarb.

Der Hergang bei dem traurigen Vorkommnis, über das wir Anfang November vorigen Jahres berichteten, ist kurz folgender:

Grallert, der Mitglied des Landarbeiterverbandes war, wurde von Elsner das Arbeitsverhältnis am 23. Oktober zum 31. Oktober gekündigt. Damit erklärte sich Grallert auch einverstanden. Am 31. Oktober wollte Grallert seinen Umzug vorbereiten und hatte dazu einen Wagen bestellt. Schon am Vormittage des Ziehstages verlangte Elsner die Räumung der Wohnung bis mittags Punkt 12 Uhr und erklärte, daß er, wenn die Wohnung bis dahin nicht geräumt sei, alle Sachen zum Fenster hinauswerfen lasse. Diefem Verlangen konnte Grallert nicht nachkommen, weil der bestellte Wagen nicht zur Stelle war. Er ging so bekümmert seine Frau, noch einmal in das Wirtshaus und feierte mit seinen Kollegen Abschied. Dann ging er nach Hause und legte sich schlafen. Um 1 1/2 Uhr weckte ihn seine Frau und bat ihn, doch einmal nachzugehen, ob der Wagen nicht kommt. Grallert ging, und als er vor das Tor kam, stand der Angeklagte an der Scheune und rief ihm zu, daß er nun anfangen könne, die Sachen aus dem Fenster zu werfen, denn die gefetzte Frist sei verstrichen. Da Grallert sich wehrte, fragte er nach dem Angeklagten: „Was meinen Sie?“ und ging auf ihn zu. Hierbei hatte er beide Hände in den Hosentaschen. Darauf schlug Elsner mit seinem Spazierstock ihn über den Schädel. Grallert fiel an das Scheunentor, erhob sich nach einer kurzen Zeit und wachte in seine Wohnung, wo er nachmittags 6 Uhr starb.

Der Angeklagte gab im großen und ganzen diesen Sachverhalt zu, erklärte aber, er habe geglaubt, der auf ihn zukommende Grallert habe beabsichtigt, ihn anzugreifen, und da er in „Notwehr“ sich glaube, habe er mit dem Stod zugeschlagen.

Von einem Zeugen wurde demgegenüber eidlich bezeugt, daß der Gutbesitzer, noch bevor er mit dem Stod zuschlug, auf Grallert einige Schritte zugegangen sei und dann erst auf den mit den Händen in den Hosentaschen stehenden Grallert eingeschlagen habe. Verschiedene Belastungszeugen und der Angeklagte suchten den Folgegeschlagenen als einen rabiaten, dem Trunke ergebenen Menschen hinzustellen. Diese Darstellung bezeichneten andere Zeugen ganz energisch unter ihrem Eide als wahrheitswidrig. Für den guten Leumund des Opfers agrarischer Notheit spricht auch die Tatsache, daß der Angeklagte ihm im Entlassungsgeweihe bestätigte, er sei ehrlich, ruhig und fleißig.

Der Staatsanwalt beantragte Verjahung der Schuldfrage wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange. In diesem Falle könne von einer Notwehr keine Rede sein. Er wies darauf hin, daß, wenn man „Notwehr“ annehme, in Zukunft jeder Gutbesitzer sein unbotmäßiges Gefinde einfach totschlagen könne, ohne dafür zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden zu können.

Die Staatsanwalt hatte aber die Rechnung ohne die Geschworenen gemacht, unter denen sich 10 Agrarier befanden. Sie nahmen „Notwehr“ an und verneinten alle Schuldfragen, so daß das Gericht den agrarischen Totschläger freisprechen mußte.

Und diese Freisprechung mußte auf Grund des Verdikts der agrarischen Geschworenen erfolgen, obwohl der Angeklagte schon wegen Körperverletzung seines Gefindes verurteilt ist.

Nach dem Freispruch zeigte sich die agrarische Gefühlsroheit in vollem Maße. Von den zahlreich im Schwurgerichtssaal anwesenden Agrariern wurde der Angeklagte mit herglichen Händedrücken zu dem für ihn so glücklichen Ausgang der Verhandlung beglückwünscht.

Wenn alle Landarbeiter Deutschlands diesem Prozeß hätten beiwohnen und das Händeschütteln beobachtet können, wir hätten in Zukunft nicht mehr nötig, auch noch ein einziges Flugblatt zur Aufrechterhaltung der Sklaven vom Lande zu verbreiten, so auf freizend wirkte der Prozeß mit seinen Begleiterscheinungen an Ende.

Der Ausgang des Prozesses zeigt auf neue, wie dringend erforderlich es ist, daß die Geschworenen aus allen Teilen der Bevölkerung entnommen und von der Bevölkerung gewählt werden. Die heutige Zusammensetzung der Geschworenen muß zur Klassenjustiz führen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, and Wasserstand, am, seit. It lists water levels for various locations like Remel, Bregel, Weichsel, Oder, etc., with dates and measurements.

\*) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

**Gustav Bartsch**  
die herzlichsten Glückwünsche zu  
seinem siebenzigsten Geburtstag  
Die Genossinnen u. Genossen  
des III. Bezirks Wahlvereins  
Tempelhof. 23458

### Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
L. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
Petersburger Viertel. Bez. 359.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Väter

**Wilhelm Jakob**  
Nägler Str. 63  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen  
Donnerstag, den 11. Juni, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in Fried-  
richsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentralverband der Bäcker und  
Konditoren.**  
Am Sonntag, den 7. Juni, ver-  
starb nach kurzem Krankenlager  
unser Mitglied

**Wilhelm Jakob**  
Nägler Straße 63.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 11. Juni, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in Fried-  
richsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.  
Filiale Groß-Berlin.**  
Unseren Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß der Kollege  
**Otto Gromadde**  
welcher im Betriebe der 34. Re-  
vierinspektion beschäftigt war, ver-  
storben ist.  
Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 12. Juni, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Weichmanns-Kirchhofes  
in Nordend aus statt. 34/16  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler, Lackierer,  
Anstreicher usw.  
Filiale Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Maler  
**Georg Bohl**  
am 8. Juni verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 11. Juni, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle der  
Simmelsberg-Gemeinde, Nieder-  
Schönhausen (Nordend) aus statt.  
137/5 Der Vorstand.

Am 8. d. Mts. starb unerwartet  
unser guter Vater, Schwieger-  
und Großvater, der Räderpolierer  
**Emil Nannig.**  
Um stille Teilnahme bittet  
Familie W. Krohm.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 12. Juni, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in Fried-  
richsfelde aus statt. 23596

**Deutscher Buchhändler-Verband.  
(Zahlstelle Berlin.)**  
Den Mitgliedern die traurige  
Nachricht, daß unser Kollege  
**Joseph Elsasser**  
nach langem Leiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag,  
den 12. Juni, nachmittags 3 Uhr,  
aus dem neuen Michael-Kirchhof  
in Reußhain, Mariendorfer Weg,  
statt.  
Jahrreiche Beteiligung erwartet  
23/19 Die Ortsverwaltung.

Am 8. Juni 1914 verstarb im  
86. Lebensjahre unser Kollege  
**Wilhelm Heyl.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Kollegen  
der Piano-Fabrik von  
**Matz & Co.**  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der  
Halle des neuen Jakob-Kirch-  
hofes, Hermannstraße, aus statt.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.**  
Nachruf!  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Kohlen-  
arbeiter  
**Franz Schmidt**  
am 21. Mai im Alter von  
67 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
65/14 Die Bezirksverwaltung.

Am 8. Juni, vormittags 9 Uhr,  
verstarb unser lieber Kollege, der  
Schiffsteher  
**Friedrich Adam**  
im 71. Lebensjahre.  
Sein Andenken werden stets in  
Ehren halten.  
Die Kollegen  
der „Vossischen Zeitung“.  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 11. Juni, vor-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.

**Frauen - Sterbekasse von Mit-  
gliedern der Zentral-Kranken-  
und Sterbekasse der deutschen  
Wagenbauer.**  
**Neukölln I.**  
Am 7. Juni starb unser Mit-  
glied Frau  
**Minna Frosch**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 11. Juni, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Reußhainer Gemeinde-  
friedhofes, Gottlieb-Dunke-Str.,  
aus statt. 257/17  
Die Filialverwaltung.

**Daufigung.**  
Für die Beweise herzlichster Teil-  
nahme und für die zahlreichen  
Krankenspenden bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes  
**Wilhelm Dommel**  
sage ich allen Freunden, Kollegen und  
Bekanntem, insbesondere den Arbeits-  
werken und ihren Angestellten meinen  
herzlichsten Dank. 23608  
**Witwe Else Dommel.**  
**Reuters Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

Am Mittwoch starb nach schwerem  
Leiden mein lieber Mann und  
Vater  
**Theophil Landowski**  
im 80. Lebensjahre.  
Um stille Teilnahme bitten  
**Martha Landowski  
Hubert Landowski**  
Schliemannstr. 31.  
23576

**Allgemeine Ortskrankenkasse  
der Stadt Berlin - Schöneberg.**  
Bei der am 8. Juni 1914 ab-  
gehaltenen Vorstandswahl für die  
Gruppe der Arbeitgeber waren 88  
Ausgangsmitglieder erschienen. Für  
Wahlhandlung lagen 2 Listen vor.  
Die in der Vorstandswahl am 9.  
Juni 1914 vorgenommene Festsetzung  
des Wahlzwecks ergab 275/1  
für Liste 1 (Berthelm u. Genossen)  
13 Stimmen,  
für Liste 2 (Senz u. Genossen)  
15 Stimmen.  
Hiernach sind gewählt die Herren:  
Fabrikbesitzer Berthelm,  
Buchdruckereibesitzer Senz,  
Direktor Marquard.  
Ich bringe das Ergebnis der Fest-  
setzung zur öffentlichen Kenntnis mit  
dem hinzugefügt, daß Einsprüche  
gegen die Wahl binnen 2 Wochen  
vom Tage der Bekanntmachung an  
gerichtet entweder bei dem Vorstand  
der Kasse, Brunnenstraße 30, oder bei  
dem Versicherungsamt Berlin-Schöne-  
berg, Neues Rathaus, angabungen  
find. (§ 26, 21 der Wahlordnung.)  
Berlin-Schöneberg, 10. Juni 1914.  
Der Vorsitzende,  
F. Krukow.

# Miet- Pianos 6 Mark

pro Monat an unter Anrechnung  
der Miete bei späterem Kauf u.  
Vereinbarung.  
Bei Vorzahlung höchsten Rabatt.  
Bei Teilzahlung kleinste Raten  
ohne jede Anzahlung.

## Pianohaus Krause,

Ansbacher Str. 1,  
Ecke Kurfürstenstraße.

## Wanderkarten

hält stets vorräthig  
Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 69 (Caden)

Berlin 80. 16.  
Engel-Ufer 5.  
**H. & P. Uder,**  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche be-  
kannnten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.  
Amt 4. 3014.

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das fettdruckte Wort 20 Pfg. (einschl. 2 fettdruckte  
Wörter). Stellungsuche und Schlafstellen-Anzeigen  
5 Pfg.; das erste Wort (fettdruckte) 10 Pfg. Worte  
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
Für die nächste Nummer werden in den Annahme-  
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,  
bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Klappwagen, Kinderwagen, Teil-  
zahlung 0,50 wöchentlich, postbillig,  
Weißes, Andreaskirche 4 (Schleifischer  
Bahnhof). Filiale: Bellealliancestr. 90,  
Ecke Oranienstraße. 24248**

**Vorjährige eleganten Herrenanzüge  
und Reizeits aus feinsten Stoffen  
25-60 Mark, Kolen 6-18 Mark.  
Verkaufhaus Germania, Unter den  
Eichen 21.**

**Teppich-Thomas, Oranienstr. 44  
herzlichste Teppiche postbillig;  
Gardinen, Steppdecken, Tischdecken  
halten Preis. Vorwärtsleien 5 Prozent  
Estradrott. 7858\***

**Wettengard 9. Brunnen-  
straße 70, im Keller. 12006\***

**Gardinen: Steppdecken: Vorzerst  
Tischdecken: aufergewöhnlich billig!  
Vorwärtsleien 5 Prozent Rabatt  
ergibt. Gardinenhaus Brünn, Hade-  
scher Markt 4 (Bahnhof Börje).  
Sonntags geöffnet.**

**Klappwagen, neu, Aus-  
verkauf, billig, Eisenbahnstraße 31,  
Waldgasse. 127\***

**Teppiche: (herzlichste) in allen  
Größen, fast für die Hälfte des  
Bettes. Teppichlager Brünn, Hade-  
scher Markt 4, Bahnhof Börje. (Nieder  
bes. Vorwärtsleien 5 Prozent  
Rabatt.) Sonntags geöffnet!**

**Küchenschrank 7, Handreichlich,  
allerbilligster Verkauf, Maßge-  
ber, Teppichlager Brünn, Hade-  
scher Markt 4, Bahnhof Börje.  
Anzüge, Maßschneiderei, Silberwaren.**

**Wiederverkauf- und Zoll-Waaren  
für Hand- und Fußbetrieb, Gas- und  
Waldenzeugung, billig, von prima,  
bei Teilzahlung günstige Bedingungen.  
Wesemann, Gorkowstraße 26. 2948\***

**Antiquarische, Leder, Sig-  
namenten, Badewannen, Waschtöpfe,  
Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47,  
Telefon 6 Proz.**

**Teppiche (herzlichste) enorm  
billig, Gardinen, Steppdecken direkt  
Rabatt. Kauerhof, Große Frank-  
furterstraße 9, part. Vertriebs-  
Leier 6 Prozent. 25408\***

**Kostume, Seidenmantele, Popelin-  
mantele, Wolle, Sportjaden,  
Covercoatpaletots, Reizeits, Voden-  
paletots, Vodencape, Blinjen, Röde,  
direkt aus Arbeitsstufen, postbillig,  
Schlagerstr. 13, I. Etage, Sonntags ge-  
öffnet. „Vorwärts“ Leier 5 Prozent.**

**Kinderwagen: Teilzahlung 0,50  
wöchentlich an. Kienensmahl,  
Spottbillig! Richardi, Barchaner-  
straße 60. 23698\***

**Herrenanzüge: Paletots, Bein-  
heider, Reizeitsverkauf, Prachtteppiche,  
Gardinenanzüge, Maßschneiderei,  
Tischdecken, Steppdecken, Aussteuer-  
stücke, Herrenanzüge, Schminaden,  
Spottbillig! Reizeits Barchaner-  
straße 7. 23698\***

**Geschäftsverkäufe.**  
Waldgasse 6, transaktionsweise, so-  
fort verkauft, Waldgasse 6.

**Klempnerei mit Ladengeschäft und  
Eisenwaren im weichen Vorort.  
A. Z. 94 Postamt 2, Steglitz.**

**Waldgasse 6, transaktionsweise, so-  
fort verkauft, Waldgasse 6.**

## Vermietungen.

**Gastwirt sucht leere Restaurations-  
räume zu mieten. Dierken P. S.  
Postamt 2 Reichenbergerstr. 43**

**Wohnungen.**  
Kleine Wohnungen, renoviert,  
preiswert, sofort zu vermieten.  
Charlottenstraße 87. 23025\*

**Zimmer.**  
Zweigenheim in Roabit, Bal-  
denstraße 31, für männliche Be-  
sonen. Eröffnung: 1. Juli 1914.  
Freundlich möblierte Zimmer für 10  
bis 12 Mark einschließlich elektri-  
schen Lichts und Zentralheizung  
(Frühstück 3 Mark) monatlich, werden  
sogar jetzt durch den Hausinspeltor  
vermietet. Schlafstellengänge werden  
bevorzugt. Verein Zweigenheim. E. B.

**Schlafstellen.**  
Schlafstelle, 11. - mit Kasse, ver-  
mietet 2 Herren Küller, Hildebrandt-  
straße 57, Hof 1. 127

## Arbeitsmarkt.

**Stellensuche.**  
Junger Schneidergeselle von  
außerhalb, gute Fachkenntnis, sucht  
Beschäftigung. Otto Specobius,  
Reichenbergerstraße 43. 23565

**Stellenangebote.**  
Wiederverkäufer täglich hohen  
Verdienst durch leichten Verkauf des  
Belannten, gut bewährten, reichlich  
gelieferten Handwaschmittel Remoin.  
Großer Platz in Buchdruckerei,  
Garten, Park, Schloß, Schloßereien usw.  
(Kauf gratis) Remoinabrik Berlin-  
Drs. Rudowstraße 54. 23555\*

**Verfälscherinnen mit schöner  
Handchrift, welche gut rechnen  
können, sofort gesucht. - Wohnungen  
12-14 Uhr mittags. A. Jander u. Co.,  
Charlottenburg, Wilhelmsdorfer-  
straße 118/119. 27048\***

## Ziseleur,

durchaus tüchtig und selbständig, er-  
fahren in allen Blech- und Treib-  
arbeiten, speziell Großblechwaren,  
findet dauernde, gut bezahlte Stellung  
in Berlin oder außerhalb. Zeugnisse  
und nähere Angaben über  
bisherige Tätigkeit an  
N. M. Thune,  
Albermarerstraße,  
Christiania, Norwegen.

## Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit über Lohn-  
differenzen sind folgende  
Holzwarenfabrik Buckensen,  
Hinterstr. 51,  
Das Berliner Arbeitswilligen  
vermittlungsbureau d. gelben  
„Handwerker-Vereins“  
Zugung ihr streng fernzuhalten.  
Die Ortsverwaltung Berlin des  
Deutschen Holzarbeiterverbandes

**Schaffliche Lage der Textilarbeiter durch die Kohlvorratverorgung der Textilindustrie un- gütig beeinflusst wird, und was geschehen kann, um der wirtschaftlichen Schädigung durch mangel- hafte Kohlvorratverorgung entgegenzuwirken. Dem nächsten Kongress ist über die Frage Bericht zu erstatten.**

Wir müssen, führte Krähig aus, nicht nur die Existenz- bedingungen der Textilarbeiter, sondern auch die Existenz- bedingungen der Textilindustrie in den Bereich unserer Be- trachtungen ziehen. Aber für die internationale Organisation können dabei nur Fragen in Betracht kommen, die alle Länder in gleicher Weise betreffen. So gehört die Zollfrage nicht auf einen internationalen Kongress. Anders sieht es mit der Frage der Kohlvorratverorgung. Alle Länder leiden unter schlechten Ernten und der Kohlvorratverorgung, die zu großen Preisschwankungen führen und unsichere Beschäftigung und Produktionsbedingungen zur Folge haben. Die Internationale mühte unterzuchen, was wir tun können. In dieser Frage besteht noch keine Verständigung der Arbeiter der verschiedenen Länder. In Deutschland stellen die Unternehmer die englischen Arbeiter als Rasterknaben hin, die beträchtliche Gelder für die Baumwollkultur in den Kolonien aufgebracht hätten. Wir in Deutschland vertreten in dieser Frage einen anderen Standpunkt; wir sind prinzipielle Gegner des Imperialismus und damit auch der Kolonialpolitik. Wir möchten hören, welche Gründe die Engländer für ihre Haltung anführen haben und welche Resultate sie erzielt haben. Es handelt sich übrigens nicht allein um die Baumwollindustrie; auch in der Zule- und Leinenindustrie beginnt die Kohlvorratverorgung Schwierigkeiten zu machen.

**Paraland (England):** Vor 7 bis 8 Jahren, als eine große Baumwollnot herrschte, die Arbeiter oft nur 2, 3 bis 4 Tage in der Woche beschäftigt waren und vielfach hungerten, mußten die Engländer der Frage der Kohlvorratverorgung nachdenken. Es wurde eine Zeitliche Baumwollkultur-Vereinigung gegründet, an der sowohl Fabrikanten wie Händler und Arbeiter beteiligt waren. Die Vereinigung fördert die Baumwollkultur in verschiedenen britischen Kolonien, so daß, wenn die Ernte in einem Teile der Welt schlecht ausfällt, ein anderer herangezogen werden kann. Der Arbeiter hat gegen eine Unterjochung der Frage nichts einzuwenden, bespricht sich aber nicht viel von einer internationalen Aktion und meint den Kongress, daß er sich damit eine gewaltige Aufgabe stellt. **Koefel (Deutschland)** beantragt, in der Resolution des Wort „Unterjochung“ durch „Diskussion“ zu ersetzen und den Antrag dem Internationalen Komitee zu überweisen.

Das wird einstimmig angenommen. Der Kongress wurde darauf bis morgen vertagt.

## Das Abenteuerleben des „Direktor Bartum“.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung erzählte der Angeklagte Friedrich Deiner, er habe sich schon seit Jahren der Organisation der Arbeitslosen gewidmet. Er wollte, nachdem er im Frühjahr 1918 von einer schweren Krankheit genesen war, seine Zeit nicht unnütz verstreichen lassen, um so mehr, als er täglich in den Zeitungen las, daß die Sozialdemokraten ihre Vorlage über die Arbeitslosenversicherung im Reichstage durchdrücken wollten. Um einigermaßen Mittel hierzu in die Hand zu bekommen, erließ der Angeklagte, richtete ich ein Gesuch an König Ludwig III. von Bayern um eine Unterstützung von 200 Mark. Daraus wird das Gericht wohl ersehen, daß es mir Ernst war mit meinem Vorhaben. Ich war felsenfest überzeugt und bin es noch heute, daß meine Organisation ein soziales Werk für das ganze deutsche Volk sein würde. Deshalb konnte ich nicht anders, als Geld nehmen, wo sich mir Gelegenheit bot. Ich mußte Mittel haben und konnte nicht Rücksicht nehmen auf einzelne, wo es sich um ein soziales Werk für Hunderttausende handelte. Die Beweise leitete ich von Rominten aus. Da man bei Behörden auf schriftliche Bescheide gewöhnlich drei bis vier Wochen warten muß, schrieb ich in gewissen Gesuchen um Genehmigung einer persönlichen Unterredung. In einzelnen Behörden, wie das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, die Reichsbank usw., daß die Angelegenheit sehr eile, da ich persönlich dem Kaiser darüber Vortrag halten mußte. Meine Voraus- setzung war fast immer richtig: ich erhielt sofort telegraphisch die Genehmigung zur persönlichen Rücksprache. Nun mußte ich Geld beschaffen, um die Eisenbahnfahrts bezahlen zu können. Ich wollte nach Berlin, konnte aber den Reichsbankpräsidenten eingeladen werden, weil ich einen Tag zu spät gekommen war. In Schneide- mühl erhielt ich ein Telegramm des Ministers v. Breitenbach und des Oberpräsidenten von Ostpreußen nachgeleitet. Da ich zu beiden zu gleicher Stunde wie zum Reichsbankpräsidenten eingeladen war, kam ich wieder zu spät. Ich telegraphierte nach Königsberg, als ich nach Rominten zurückkam, war das Geld wieder alle; ich mußte in Kreuz an der Oder Halt machen. Ich entlehnte wieder Geld, fuhr nach Königsberg, traf aber den Oberpräsidenten nicht an. Von dort ging es wieder nach Rominten und dann fuhr ich nach Weidenbach. Dort kam ich mit 2 M. in der Tasche an. Von da fuhr ich nach Gellitz. Als ich den Zug besteigen wollte, drängte sich ein Postbote zu mir heran und brachte wieder ein Telegramm vom Minister v. Breitenbach und vom Oberpräsidenten von Ostpreußen. Ich fuhr dann nach Kreuz und fand dort einen Brief des Ministers v. Breitenbach vor mit der Weisung, daß ich nach Königsberg fahren sollte. Später erhielt ich vom Reichsbankpräsidenten wieder ein Telegramm, das mich nach Berlin einlud. Ich wußte nicht mehr, wo mir der Kopf stand, und hatte kein Geld. Nun dachte ich mir, ich telegraphiere an den Reichskanzler, daß die Vorlage der Sozial- arbeitslosenversicherung im Reichstage zurückgezogen werde. Ich fuhr dann nach Berlin, ging dort in das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, um den Transport der Leute nach Weidenbach zu bewirken. Eine Ver- tragsabsicht lag mir vollkommen fern.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten am Schluß der Beweisaufnahme eine Strafe von sechs Jahren Zuchthaus. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Wegen der vom Angeklagten behaupteten Arbeitslosenschwindel- sache wird noch das Verfahren bei den Berliner Gerichten. Die Ver- urteilten des Angeklagten, die Rechtsanwälte Dr. Alsbach, Berlin und Wasser mann - München, hatten beantragt, daß das Münchener Gericht auch die Berliner Strafsache mit den Münchener Fällen verbinde und zusammen verhandle. Das Münchener Gericht ist aber darauf nicht eingegangen.

## Aus der Partei.

### An die Expeditionen sämtlicher Parteiblätter!

Um eine regelmäßige Zustellung der Zeitungs- sendungen an die Ausstellung unserer Partei auf der Weltausstellung in Leipzig zu ermöglichen, werden die Expeditionen gebeten, sämtliche Sendungen mit einem streifenartigen Kreuz- band zu versehen.

### Guldigung und Repräsentationspflicht.

Die „Münchener Post“ hat sich bekanntlich über das Eigen- heiten unserer Reichstagsfraktion beim Kaiserhof in ähnlicher Weise ausgesprochen wie der „Vorwärts“; auch sie trat in entschiedener Weise der Auffassung des Genossen Heine usw. entgegen. Fast zu gleicher Zeit aber nahm der Genosse Witti in seiner Eigenschaft als zweiter Vorstand des Münchener Gemeindefollegiums an einer Salafel am bayerischen Königshof teil, und zwar beim Besuch des kaiserlichen Großherzogspaares in München. In der bürgerlichen

Presse erfolgten deshalb höhnische Angriffe auf unser Münchener Parteiblatt. In einer Preispolemik mit der „M.-A. Abendzeitung“ äußert sich die „Münchener Post“ folgendermaßen:

... Man vermag nicht einmal übernommene Re- präsentationspflichten von unnötigen parla- mentarischen Guldigungen zu unterscheiden und sieht deshalb einen Widerspruch zwischen unserem Artikel und der Erfüllung repräsentativer Anforderungen, denen sich der zweite Vor- sitzende der Münchener Gemeindebevollmächtigten, Witti, fügt, dem gegebenen Wort gemäß. Man mag es sicher für durchaus ent- behrlich halten, daß die städtischen Kollegen überhaupt in diesem Umfang höfliche Repräsentation üben, und zweifellos ist ge- rade die Erfüllung solcher Verpflichtungen in den gegenwärtigen bayerischen Zeitläuften recht peinlich, aber an solcher Peinlichkeit sind nicht die Sozial- demokraten schuld, sondern die Bürgerlichen, die solche Leistungen zur Bedingung machen, und das zurzeit herrschende Regierun- gssystem, das diese Peinlichkeiten hervorruft.

So weit, so gut. Aber was es unbedingt notwendig, daß die Sozialdemokraten auf diese Bedingungen eingingen? Und wäre es nicht möglich, sich diese peinlichen Bedingungen wieder vom Hals zu schaffen? Die große Masse der Parteigenossen hat sicherlich nicht das feine Unterscheidungsvermögen für die Begriffe „Guldigung“ und „Repräsentationspflicht“. Es läge wirklich im Interesse der Partei, wenn die Teilnahme von Genossen an höflichen Veranstaltungen jeder Art aufhörte und die so wenig erproblichen Auseinandersetzungen über Hofgängererei und dergleichen damit verschwinden.

### Protestbewegung gegen den neuen Polizeikurs in Württemberg.

Der Landesvorstand unserer Partei in Württemberg erklärt in der Parteipresse einen scharfen Aufruf, worin eine Protest- aktion größeren Stils gegen den neuen Polizeikurs angekündigt wird. Es wird darauf hingewiesen, daß seit dem letzten Landtagswahl- die den schwarz-blauen Parteien eine Verhärtung brachten, der Kampf der Regierung gegen die Sozialdemokratie eine Ver- schärfung erfahren habe. Die Gelegenheitsaktivität weise einen reaktionären Zug auf. Der Arbeiterklasse werde das kleinste Zugeständnis verweigert. Nachdem die Erhöhung der Dividende durchgedrückt war, verweigerte die Regierung und die Erste Kammer jedes Zugeständnis in der Arbeitslosenfrage und jede Schonung der kleinsten Zwergelkommen bei der Erhöhung der Gemeindefe- deralsteuern. Die bürgerlichen Parteien ließen sich, trotz ihrer den Wählern gegebenen Versprechungen, den Widerstand der Regierung gern gefallen. Die Presse jubelt darüber, daß von der Polizei nunmehr alle Mittel preußisch-sächsischer Staatsbreiterkunst gegen uns ange- wandt werden. Strafen werden verhängt wegen des Mitführens roter Fahnen in Aufzügen, Gelangverweigerung werden als Ver- sammlungen unter freiem Himmel bezeichnet, weil Festreden dabei gehalten werden. Den Höhepunkt haben die Vorstöße der Reaktion erreicht mit der Auflösung der Stuttgarter Jugend- organisation. Die Auflösung der sonstigen Jugendorganisationen in Württemberg wird von den Behörden erwogen. Die Regierung will den härtesten Kampf, sie soll ihn haben! Die Sozialdemokratie ist entschlossen, ihn auf der ganzen Linie aufzunehmen.

In wenigen Tagen soll in allen größeren Städten des Landes gleichzeitig in Massenversammlungen zu den neuesten Ereignissen Stellung genommen werden.

### Der kommunistische Wahlspruch der italienischen Partei.

Rom, 8. Juni. (Fig. Ver.) Der italienische Parteivorstand hat soeben einen Aufruf an das Proletariat erlassen für den bevor- stehenden kommunistischen Wahlkampf. In dem Aufruf werden zunächst die Beschlüsse des Parteitag über die Wahlaktive und über das Wahlprogramm ins Gedächtnis gerufen. Dann wird darauf hin- gewiesen, daß die Forderungen des sozialistischen Minimalprogramms nunmehr von allen Parteien, sogar der liberalen, übernommen worden sind. All diese Parteien brauchen dieses Programm aber nur für den Wahlspruch; sobald sie die Gemeinden in Händen haben, lehren sie sie den Marxismus aus. Deshalb solle die Partei allein und ohne Bündnisse den Kampf unternehmen, je nach ihren Kräften die Mehrheit oder Minderheit erringen und auch in der Stadt- verwaltung die sozialistische Arbeit vollbringen, das Alte und Ueber- lebte niederzureißen und Neues aufzubauen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Wieder eine Majestätsbeleidigung.

Von der Staatsanwaltschaft zu Wiesbaden ist gegen den Genossen Reichstagsabgeordneten Wendel ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Das Ver- fahren soll im Sommer vorigen Jahres in einer Rede zu Höchst am Main begangen worden sein, in der Genosse Wendel sich mit dem Regierungsjubiläum Wilhelms II. befaßt hat. Da Genosse Wendel als Abgeordneter gegen Strafverfolgungen bisher immun war, hat sich der Staatsanwalt bis jetzt ge- dulden müssen.

#### Vom Justizdienst des Kriegeministers.

Wegen der Feuilletons: „Soldatenleben, ja, das heißt lustig sein“, das dem „Vorwärts“ schon eine Anklage eingetragen hat, ist auch von einem Unteroffizier Gesel gegen unser Ge- richte- und Parteiblatt Strafantrag wegen Beleidigung gestellt worden. Selbstverständlich hat das der Unteroffizier nicht aus eigenem Antrieb getan, die Militärbehörde steht dahinter. Aus den Akten geht hervor, daß außerdem auch gegen das Brauns- chweiger Parteiblatt Anklage erhoben wurde.

## Soziales.

### Ungerechtigtigte Entlassung.

Gegen die Märkischen Sandwerke war gestern vor dem Gewerbegericht die Klage eines Steuermanns gerichtet. In ihr wurde gefordert: 1. 25 M. Entschädigung für 7 Tage wegen unrechtmäßiger Entlassung und 2. Entschädigung für die Warten einer ab- hängenden gekommenen Invalidenrente.

Bezüglich der Entlassung erhob die klagende Firma zunächst den Einwand, der vom Kläger unterzeichnete Vertrag sei nicht ernst gemeint gewesen. Es habe sich lediglich darum gehandelt, einer Formalität der Behörde gegenüber zu genügen, die zur Sicherung des Ver- trages auf den Werkstrafen die Erfüllung gewisser Bedingungen fordert, welche in dem Vertrag niedergelegt sind. Die Einstellung habe erst erfolgen sollen, wenn sich der Kläger ordentlich führe. Die Zeugnisaussage konnte diesen Einwand nicht bekräftigen.

Nun machte die klagende geltend, der unterzeichnete Vertrag sei hinlänglich, weil der Kläger in einem anderen Schriftstück unterschrieben habe, daß er dem Transportarbeiterverband nicht angehöre und seine Entlassung sofort erfolgen könne, wenn sich das Gegenteil herausstelle. Mit Recht bezeichnete der Vertreter des Klägers diesen Revers als gegen die guten Sitten verstößend. Auch der Vorsitzende schien dieser Meinung zu sein, wenn er auch diese Ausführungen als nicht zur Sache gehörig unterbrach.

Schließlich verurteilte die klagende ihre Berechtigung zur sofortigen Entlassung mit der Behauptung zu begründen, der Kläger habe beharr- lich die Arbeit verweigert. Er hat angeblich den Auftrag erhalten, direkt nach dem Hofeisen über zu fahren, habe jedoch erst an der Oberbaumbrücke angelegt und sich im Bureau der Be- klagten gemeldet. Dadurch sei ein größerer Zeitverlust entstanden. Das Gericht schien auch geneigt zu sein, beharrliche Arbeits- verweigerung als vorliegend anzusehen. Das würde aber heißen, den Begriff allzu eng fassen, zumal sich das einmalige, geringfügige

Versehen des Klägers auf eine frühere Gespinntheit bei der Firma stützt. Außerdem gehört zu einer beharrlichen Arbeits- verweigerung, daß mindestens zweimal eine Aufforderung erfolglos ergangen sein muß. In einer Entscheidung kam es noch nicht, da wegen der Invalidenrente erst eine Regelung versucht werden soll.

## Gerichtszeitung.

### Polizeibeleidigung durch den „Vorwärts“.

Wie empfindlich Polizei sein kann, lehrt ein Prozeß, der gestern vor dem Landgericht Berlin I (Strafkammer 11 unter Vorsitz des Landgerichtsrats Eiche) gegen den „Vorwärts“-Redakteur Gen. Alfred Wielepp verhandelt wurde.

Wielepp war angeklagt, die preussische Polizei gekränkt zu haben durch Veröffentlichung eines Artikels, der am 20. Januar 1914 in der von ihm verantwortlich gezeichneten Nr. 19 erschien. Auf Antrag des preussischen Ministers des Innern hatte die Staatsanwaltschaft die Anklage wegen Polizeibeleidigung erheben zu lassen geglaubt, aber nicht aus § 186, sondern nur aus § 185, d. h. wegen formaler Beleidigung.

Der Artikel, veröffentlicht im „kleinen Feuilleton“, trug die neudende Ueberschrift „Jagow, wo bist Du?“ Er erwähnte die Gründung eines Vereins abstinenten Polizeibeamter und äußerte in scherzhafter Form die Befürchtung, daß diese Organisation überaus gefährlich für die Erhaltung der staatlichen Autorität werden könnte. Hierfür wurden — immer in satirischer Form — verschiedene Beispiele angeführt. Gegen die „gefährliche“ Vereinigung rief schließlich der Artikel den Berliner Polizeipräsidenten zu einem Rechtsgutachten und den preussischen Polizeiminister zu energischem Einschreiten auf.

Polizeipräsident und Polizeiminister nahmen den Spatz abel — und eingeschritten wurde gegen den „Vorwärts“-Redakteur.

Vor Gericht machte Wielepp geltend, daß es sich hier doch nur um eine Satire handle, von der er nicht angenommen habe, daß man in ihr eine Beleidigung sehen könnte. Schon der einleitende Gedanke, daß ein Verein abstinenten Polizisten staatsgefährlich werden könnte, lasse das Ganze als Scherz erkennen, und als solchen werde es jeder Leser erkannt haben. Der Verfasser habe an gewisse Prozesse gedacht, in denen die Polizei eine Rolle spielte. Aber selbst- verständlich seien nicht alle Polizisten so wie diejenigen, die der Artikel kennzeichnen wollte. Keinesfalls treffe er die Polizeibeamter allgemein.

Die Anklage behauptete das und der Staatsanwalt hielt daran fest. Durch den Artikel werde gegen die Polizeibeamten allgemein der Vorwurf ausgesprochen, daß sie bei Vernehmung von Zeugen moralisch verwerfliche Mittel anwenden, daß sie Bestechungen zu- gänglich sind, daß sie in einem Gegensatz zu ruhigen, anständigen, klardenkenden Menschen stehen, daß sie die Taktik, mit Pfaffen die Schen vor der Staatsgewalt zu wecken, als Abstinenz nicht fort- setzen würden. Sogar Herr v. Jagow sollte gekränkt worden sein durch den scherzhaften Hinweis auf ein angeblich von ihm zu er- wartendes Rechtsgutachten gegen das ruhige Verhalten abstinenten Polizisten. Wielepp habe, auch wenn er nicht beleidigen wollte, doch als Redakteur einer oppositionellen Zeitung sich der objektiv beleidigenden Wirkung des ganzen Artikels bewußt sein müssen. Die satirische Form könne nicht Straffreiheit sichern, dem An- geklagten seien 400 M. Geldstrafe eventuell 80 Tage Gefängnis auf- zuerlegen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Hugo Haase wandte sich gegen die Höhe der Strafe, die bei dem ganzen Charakter des Scherzhaft gemeinten, nur in der Form ein wenig vorbeigreifenden Artikels sich nicht rechtfertigen lasse. Jeder Leser müsse sofort ge- merkt haben, daß da geulkt werden sollte, und eben weil Wielepp diese Wirkung auf die Leser voraussetzte und voraussetzte, könne er sich keiner beleidigenden Wirkung bewußt gewesen sein. Sollte etwa die Erwähnung der Spitze, die den Alkohol der Milch vorziehen und daher in Streit treten würden, beleidigend für die Polizei sein? Bei dem Hinweis auf Vordellinhaber und Konzessionserwerber sei an Bestechungsprozesse wie der in Köln und ähnliche zu denken, durch die sehr schlimme Verfehlungen verschiedener Polizeibeamter festgestellt seien. Wie Polizeibeamte das Publikum gestochen und ge- schlagen haben, sei erwiesen durch den Prozeß, der um die Moabitier Vorgänge geführt wurde. Daß dies alles dem Verfasser des Artikels und dem angeklagten Redakteur vorschwebte, müsse das Gericht be- rücksichtigen. Eventuell werde Beweis dafür angeboten, daß in Berlin bei den Moabitier Vorgängen viele Polizeibeamte sich schwere Uebergreife zu schulden kommen ließen, daß Polizeibeamte den Arbeiter Detmann töteten, daß in Breslau ein Schumann dem Arbeiter Diebold die Hand abhakete, daß in Köln Polizeibeamte sich besaßen ließen, daß in Königsbrunn ein Bergmann nach Edelsteinen starb, die ihm Polizisten im Arrest zugesagt hatten, daß in Weissen Schulteute den Gummischlauch zu Wickhandlungen benutzten usw. usw.

Der Staatsanwalt suchte diesem Antrag die Spitze ab- zubrechen durch die Erklärung, er meine ja gar nicht, daß jeder Polizeibeamte jederzeit sich einwandfrei benennen habe.

Das Urteil lautete auf 200 M. Geldstrafe (event. 20 Tage Gefängnis), auch wurde nach dem Antrag des Staatsanwalts dem Minister die Publikationsbefugnis zugesprochen. Dem Gericht sei nicht zweifelhaft, daß Beleidigung der Polizeibeamten im allgemeinen vorliege. Die Satire gehe hier zu weit, hauptsächlich mit dem aus dem Artikel zu entnehmenden allgemeinen Vorwurf der Bestechlichkeit, mit der Behauptung eines Gegensatzes zu anständigen Menschen, mit der Bezeichnung als gedankenlose und gefährliche Werkzeuge. Der Angeklagte habe wissen müssen, daß hierin Beleidigungen liegen. Bei der Strafzumessung habe das Gericht angenommen, daß dem Verfasser und dem Redakteur Fälle wie die in dem Eventualantrag des Verteidigers angegebenen vorschwebten, in denen Polizeibeamte sich schwer vergangen hatten. Strafmildernd wirkte, daß der Artikel die Form einer Satire hat.

### Pfarrer und Konsistorialrat.

Ein Beleidigungsprozeß gegen den Wirklichen Geheimen Konsistorialrat Dr. theol. Koch, Mitglied des Evangelischen Oberkirchenrats, beendigte gestern das Schöffengericht Berlin- Schöneberg unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wehling. Als Kläger trat der Pfarrer a. D. Theodor W a n g e m a n n, früher in Nerfornemünd, jetzt in R u s i c h u f (Bulgarien) anständig, auf.

Der Kläger Wangemann hat, nachdem er freiwillig sein Amt als Pfarrer niedergelegt hatte, sich der freiwilligen Missionstätigkeit im Auslande gewidmet und u. a. in Kustschuk mit einem Kosten- aufwand von etwa 1 Million Rußl ein armenisches Waisenhaus und eine Schule gegründet. Diesen Betrag hat er durch eine sich über mehrere Jahre erstreckende Sammeltätigkeit in Deutschland aufgebracht. Nach Angabe des Klägers hat er sogar sein ganzes eigenes Vermögen in Höhe von 80 000 M. seiner Idee geopfert. Im Jahre 1911 hielt sich der Kläger in Deutschland auf. Als er sich in Darmen in kirchlich-liberalem Sinne betätigte, erregte er dort das Mißfallen der Anhänger der positiven Kirchenrichtung. Einer der kirchlich-politischen Gegner wandte sich an den ihm befreundeten Pfarrer Weist in Schöneberg und bat ihn um eine vertrauliche Aus- kunft über Wangemann. Pfarrer Weist hatte gerade den Antwort- brief, in welchem er mitteilte, daß er nichts veranlassen könne, fertiggestellt, als er zufällig in einer dienstlichen Angelegenheit den

Befuch des Geh. Konfistorialrats Koch erhielt. Im Laufe des Gesprächs kam der Zeuge Geest auch auf den Kläger Wangemann zu sprechen. Der Beklagte erwiderte, wie Pfarrer Geest vor Gericht bekundete, hierauf: „Wangemann ist in sexueller Hinsicht ein Lump und bei der Verwaltung der gemeinsamen Gelder ein Hochstapler.“

Dies kam zur Kenntnis des Klägers und Mibele Gegenstand der Klage.

Das Gericht gelangte mit folgender Begründung zu einer Freisprechung:

Der Beklagte Koch hatte seinerzeit amtlich davon Kenntnis erhalten, daß gegen die Tätigkeit des Klägers gewichtige Bedenken vorliegen, und zwar sowohl nach sexueller Hinsicht, wie auch bezüglich seiner Geldsammlungen. Der Kläger hat selbst zugegeben, daß er homosexuell veranlagt ist. Das Gericht glaubt ihm, daß er gegen diese Veranlagung einen schweren Kampf geführt hat. Eine derartige Veranlagung ist aber eine Art Krankheit und diese Krankheit muß im Interesse der Volksgesundheit auf das schärfste Bedenken erwecken, daß jemand in Deutschland für ein im Auslande bestehendes Unternehmen Geld sammelt, ohne auch nur in der geringsten Weise kontrolliert zu werden. Der Kläger hat, wie das Gericht annimmt, weder ehrlos noch betrügerisch gehandelt, sein Verhalten war aber dazu angetan, in weiten Kreisen so aufgefaßt zu werden. Das Gericht hat Bedenken gehabt, ob so scharfe Ausdrücke wie „Lump“ und „Hochstapler“ innerhalb des Rahmens einer zulässigen Kritik stehend angesehen werden können. Hierbei ist zu erwägen, daß der Beklagte ein alter Herr ist und er nicht annehmen konnte, daß der Kläger jemals von diesen Worten Kenntnis erhalten würde. Es kam ihm mit jenen Worten nur darauf an, seiner Entrüstung über das Verhalten des Klägers Ausdruck zu geben, und man kann nicht annehmen, daß er hierbei die Absicht der Beleidigung gehabt hat, zumal es sich um ein Gespräch mehr amtlichen Charakters gehandelt habe. Demnach hat nach Ansicht des Gerichts dem Beklagten die Absicht der Beleidigung gefehlt.

### Ein Fall krankhafter Selbstbeziehung.

Der verhältnismäßig seltene Fall, daß jemand zu seinen Unkunden strafbare Handlungen zu Protokoll gegeben hatte, von denen nachgewiesen werden konnte, daß er sie tatsächlich nicht begangen, beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte.

Ein kaufmännischer Angestellter, der seit 15 Jahren die Stellung eines Lagerchefs in einem großen Warenhaus einnahm, war durch eine anonyme Briefe bei der Firma denunziert worden, daß er Sachen vom Lager entwendet und verkauft hätte. Als der Angeklagte eines Tages zu seiner größten Ueberraschung von einem Kriminalbeamten festgenommen wurde, gab er die ihm vorgehaltenen Diebstahle tatsächlich zu. Durch die Vernehmungsaufnahme konnte nun aber festgestellt werden, daß er in Wirklichkeit die entnommenen Waren auf Heller und Pfennig bezahlt hatte. Um diese merkwürdige Selbstbeziehung aufzuklären, hatte der Verteidiger Rechtsanwalt Brand den Sachverständigen Dr. Magnus Hirschfeld geladen. Dieser bekundete, der Angeklagte leide infolge seiner sehr femininen Veranlagung an schweren nervösen Angstzuständen. Die anonymen Briefe hätten bei dem neuropathischen Menschen eine so hochgradige Beeinträchtigung bewirkt, daß er bei der ersten Vernehmung völlig lapsus alles zugab, was sich dann später als unwahr und unmöglich erwies. Der Staatsanwalt erklärte, daß ihm ein solcher Fall noch nicht vorgekommen sei, daß jemand ein so detailliertes Geständnis von Straftaten ablegt, die er gar nicht begangen hat. Zimmerlin müsse er mit Rücksicht auf das Gutachten des Sachverständigen die Freisprechung beantragen. Auch das Gericht entschied seinerseits, daß dem ersten Schuldgeständnis des Angeklagten kein Glauben beizumessen sei und sprach den Angeklagten frei.

### Heiratschwindel.

Ein Heiratschwindler engros ist der Chemiker Fritz Dürkerhof, der gestern unter der Anklage des fortgesetzten Betruges vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II stand. Der Angeklagte ist schon dreimal wegen Betrugs verurteilt und verurteilt zurzeit eine ihm gleichfalls wegen Heiratschwindels auferlegte viermonatige Gefängnisstrafe.

Unter dem Namen Boddien beging er Heiratschwindel in vielen Fällen. Nachdem er mit seinen Opfern nähere Bekanntschaft gemacht hatte, erhielt er auf sein Ersuchen von den Damen oder deren Angehörigen unter den verschiedensten Vorwänden kleinere und größere Geldbeträge. Teils schwindelte er vor, das Geld zu seiner angeblichen Doktorpromotion zu gebrauchen, teils sollte es für Bewertung einer Erfindung verwendet werden. Er hat sich auf diese Weise von fünf Damen, die ihm glaubten, 13 000 Mark erwirkt, gleichzeitig hat er aber auch noch mit anderen jungen Damen in der Provinz und in Berlin in Korrespondenz gestanden. Eine der Betrogenen, die ihm nach und nach 1600 Mark geopfert hatte, hatte schließlich Verdacht geschöpft und den angeblichen Boddien an Hand des Verdrehkalenders als den Angeklagten festgestellt. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre vier Monate Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft.

### Merlot vor dem Reichsgericht.

Das Reichsgericht hatte sich am 9. Juni als letzte Instanz mit dem bekannten Streit zwischen der Flug- und Sportplatzgesellschaft Berlin-Johannisthal und dem französischen Aviatiker Henry Merlot in Paris zu befassen.

Die Flugplatzgesellschaft veranstaltete vom 26. September bis zum 3. Oktober 1909 in Johannisthal eine Flugwoche und hatte hierzu eine Reihe namhafter Piloten engagiert, darunter auch Henry Merlot, der kurz vorher den Kanal überflogen hatte. Nach dem abgeschlossenen Vertrage sollte Merlot an den ersten beiden Tagen der Flugwoche teilnehmen und sein Möglichstes tun, um an allen Konkurrenzen, die an diesen beiden Tagen stattfanden, sich zu beteiligen. Als Honorar waren ihm 50 000 Frank zugesagt, die gezahlt werden sollten mit 25 000 Frank am ersten Tage, nachdem er über die Startlinie einen Flug von mindestens zwei Minuten Dauer ausgeführt haben werde, und mit 25 000 Frank am zweiten Tage nach Leistung eines gleichen Fluges. Merlot hat auch an

beiden Tagen Flüge von mindestens zwei Minuten Dauer ausgeführt, sich aber dabei nicht an den Konkurrenzen beteiligt, sondern ist nach seinem Willen geflogen. Für den ersten Tag hat ihm die Flugplatzgesellschaft 20 000 M. gezahlt, verweigert aber die Zahlung des Restes. Später erhob dann die Flugplatzgesellschaft gegen Merlot Klage auf Rückzahlung der 20 000 M., weil er die Bedingungen des Vertrages, sich an den Konkurrenzen zu beteiligen, nicht erfüllt habe und daher ohne Rechtsgrund gezahlt sei. Merlot antwortete mit einer Widerklage auf Zahlung des ihm nach seiner Meinung zustehenden Restbetrages von 20 000 M. (50 000 Frank nach dem damaligen Tageskurs gleich 40 600 M.).

Das Landgericht Frankfurt a. M. machte die Entscheidung des Rechtsstreits von zwei dem Beklagten Merlot auferlegten Eiden abhängig. Vom Oberlandesgericht Frankfurt ist aber sowohl die Klage der Flugplatzgesellschaft als auch die Widerklage Merlots abgewiesen worden. In seiner Urteilsbegründung führt das Oberlandesgericht aus, daß der Vertrag unter Berücksichtigung aller Umstände, namentlich der zwischen den Parteien gewechselten Depeschen, im Sinne der Klägerin auszuliegen sei. Der Beklagte habe also die gestellten Bedingungen, da er sich an den Konkurrenzen nicht beteiligt hat, nicht erfüllt und könne deshalb die Zahlung des Resthonorars nicht verlangen. Andererseits könne die Klägerin auch nicht die für den ersten Tag gezahlten 20 000 M. zurückverlangen, weil die Zahlung dieser Summe in Kenntnis des Umstandes, daß der Beklagte den Vertrag nicht erfüllt habe, erfolgt sei.

Bei dieser Entscheidung hat sich die Flugplatzgesellschaft beklagt, während Merlot wegen der Abweisung seiner Widerklage Revision eingelegt hat. Das Reichsgericht hat jetzt die Revision Merlots zurückgewiesen.

## Versammlungen.

### Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter.

In der am Montag abgehaltenen Generalversammlung hatten sich Langst und Hamel die Vorsitzerschaftung vom Verbandstag geteilt. Der erstere behandelte in der Hauptsache den Vorstandsbericht und die damit zusammenhängenden Anträge, während der zweite Referent über die sonstigen Verhandlungsgegenstände berichtete. Beide bedauerten, daß auf dem Verbandstag gegen die Berliner Delegierten eine heftige Mißstimmung zutage getreten sei, die sie für sachlich unbegründet halten. Namentlich als es sich um die Erörterung über den Bau des Verbandshauses und die Vergabung der Arbeiten dazu gehandelt habe, seien sehr scharfe Angriffe gegen die hiesige Majorität gerichtet worden.

Ergänzend beleuchtete Glöckner noch einige wichtige Verbandstagsbeschlüsse. Er bedauerte den vorzeitigen Schluß der Debatte über den Vorstandsbericht, weil dadurch vielen Delegierten aus dem Reiche die Möglichkeit genommen worden sei, ihre für das Verbandsgange nicht unwichtige Meinung darzulegen. Was die Ablehnung der Berliner Anträge anbetreffe, habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß sie auf eine Animosität zurückzuführen sei, die nicht ganz von selbst gekommen ist. Vielleicht sei der dem Verbandstag vorangegangene Zutritt der Statutenberatungskommission dabei ein wenig von Einfluß gewesen. Er habe die Auffassung, daß manche Anträge der Berliner Verwaltungsstelle schon mit einer gewissen Vorangedenkenheit aufgenommen wurden, obwohl sich die Berliner Delegierten sehr sachlich verhalten hätten. Dagegen müsse er zu dem von der Besatzungskommission dem Verbandstag erstatteten Bericht sagen, daß er nicht objektiv abgefaßt war und die Verhandlungen darüber des Verbandstages recht wenig würdig gewesen sind. Aber das alles werde die Berliner nicht abhalten, im Interesse der Geschlossenheit und machtvollen Weiterentwicklung die Verbandstagsbeschlüsse hochzuhalten.

Nun wurde vorgeschlagen, zunächst die Wahl der unbesoldeten Vorsitzenden für den Hauptverband vorzunehmen. Der Vorschlag wurde gutgeheißen. — Swinkowski empfiehlt, die bisherigen Vorsitzenden nicht wiedergewählt zu werden, weil nach seiner Erfahrung während der Zeit seiner Tätigkeit im Vorstand einige von ihnen sich hätten durch die besoldeten Vorstandsmitglieder zu einer anderen Ansicht bekehren lassen und entgegen ihrer früheren Stellungnahme bei der Abstimmung ungeschieden wären. Sie hätten aber nie ihre abweichende Meinung vor den Berliner Kollegen vertreten. Deshalb sei es gut, öfter einen Wechsel der Personen stattfinden zu lassen.

Um diesen Ausführungen entgegenzutreten, ergreift Leipzig das Wort und wird mit lebhaften „Ah!“-Rufen begrüßt. Er führte aus: Ich freue mich, zum ersten Male Gelegenheit zu haben, vor einer Berliner Generalversammlung zu sprechen, wenngleich der Anlaß an sich kein erfreulicher ist. Ich würde es lieblich bedauern, wenn etwa die Wahlen unter dem Gesichtspunkt vorgenommen werden sollten, daß die sechs unbesoldeten Vorstandsmitglieder stets und unbedingt gegen die fünf besoldeten stehen müssen. Es wäre auch völlig verkehrt, wollte man von ihnen verlangen, daß sie lediglich die Berliner Interessen im Vorstand vertreten sollen. Sie haben vielmehr zusammen mit den fünf über das Wohl und Wehe des Gesamtverbandes zu wachen und sind auch diesem für ihre Haltung verantwortlich. Besonders verwunderlich aber ist, daß gerade von Swinkowski derartige Angriffe ausgehen, der doch als ehemaliges Vorstandsmitglied die Dinge kennt und seinerzeit sogar bei seinem freiwilligen Ausscheiden ausdrücklich betont hat, daß er mit Befriedigung wahrgenommen habe, wie gewissenhaft die Verbandsgeschäfte geführt werden. Auf den Bericht vom Verbandstag kann ich in diesem Augenblick leider nicht weiter eingehen. Nur soviel sei gesagt, die Animosität gegen die Berliner Delegierten hat keineswegs ihren Ursprung in der Statutenberatungskommission. Und sollte etwa gar die Meinung bestehen, daß Vorstandsmitglieder dieser Kommission bezügliche Informationen gegeben hätten, dann wäre das ganz irrig. Nachdem Swinkowski nochmals seine Ansicht verteidigt hat, Köster und Westphal gegen die Vorsitzenden polemisiert haben und Döring die Angriffe abgewehrt hat, wurde zur Wahl geschritten. Inzwischen war die Zeit soweit vorgeschritten, daß Vertagung eintreten mußte.

## Aus aller Welt.

### Der Papst lebt herrlich in der Welt!

Auch Ihre Eminenzen die hochwürdigsten Herren Kardinäle pflegen von allerhöchster Güte Essen und Trinken nicht zu verschmähen. Im Gegenteil! Die Küchenmeister der Papstnepoten aus den Häusern Borgia, Medici und Chiaromonte bezogen für ihre ingeniöse Vergabung in der Zusammenstellung raffinierter Delikatessen Einkommen, die die preußischen Ministergehälter um bedeutende Beträge über-

schreiten. Daß auch heute noch beim Papst in der Tat gut ge- wird, beweist die Menükarte des am vergangenen Donnerstag Ehren der neuernannten Kardinäle vom Kardinalstaatssekretär del Bal in den Borgia-Appartements des Vatikan gegebenen mehrl. Bezeichnend für unsere Zeit ist, daß die modernen denzen der vatikanischen Küche mit dem rückschrittlichen offiziellen Programm der heiligen Kurie im umgekehrten Verhältnis stehen.

Die Speisefolge lautete nach dem „Liberatore Romano“:

Bouillon à la Cardinal  
Pasteten à la St. Germain  
Lachsforellen, Sauce Joinville  
Filet à la Francillon  
Garnierte Wachteln  
Salat à la Richelieu  
Jungo Poularden  
Spargel, Sauce à la Rochet  
Orientalische Bombe  
Verschiedenes Eis  
Chester Käse-Stangen.

Als Tischweine waren folgende erlesenste Kreuzgenen bezeichnet: Sherry, König, Wachstum 1870, Saunteris 1888, Borden Châteauneuf 1892, Champagner St. Marceau, Rusateller 1892, Speisen und Trank eines Lullulus würdig!

### Eine Hochzeit bei den „Notleidenden“.

In Medelsleb, einem Dorfe in der Gegend zwischen Unter- und Unterelbe, fand dieser Tage eine Hochzeit statt, auf der gegen eihundert Gäste gab. Das Hochzeitspaar gehörte der Klasse der „Notleidenden“ an, er war ein Vollhühner und sie ein Hofbesitzerstochter. Die Hochzeit zeugte jedoch in quantitativer Hinsicht qualitativ die Hochzeit der Landwirte. Die Braut näht überhaupt ihren Mann, der Besitz nur nur genug für die Braut. Die Braut sollte sie bei den hohen Preisen der meisten landwirtschaftlichen Produkte und den niedrigen Löhnen der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht? Bei diesen und den Kleinbauern geht's allerdings ebenmäßig zu, wie bei den Großbauern und Großgrundbesitzern in ferneren Staaten, daß die Arbeitenden sich plagen müssen und haben, während die Richter der Fröchte genießen. Das ist die „gerechte Sache“, für die Herr v. Loebell im Landtage zu Leipzig versprach, die gerechte Sache, die den Sieg davontragen müßte.

### Brandkatastrophe in New York.

Ein schweres Brandunglück hat sich Mittwochmorgen in einem Logierhause in New York zugetragen. Kurz vor Tagesanbruch brach in dem Gebäude Feuer aus, das sich schnell verbreitete, daß zahlreichen Personen der Rettung übergeben wurde. Sieben Personen, darunter vier Frauen, sind in den Flammen umgekommen. 28 Personen wurden verletzt, mehrere andere fanden durch Sprung aus dem Fenster den Tod.

### Kleine Notizen.

Automobilunfall eines österreichischen Großindustriellen. Das Automobil des Juchfabrikanten und Großindustriellen Mandl stürzte in der Nähe von Mohow in Böhmen beim Ausweichen eines Bauernwagens um. Mandl blieb auf der Stelle tot, eine nahe Verwandte von ihm erlitt einen Beinbruch, die übrigen Insassen blieben unverletzt.

Ein neuer Missionszusammenbruch. In Paris hat sich erneut ein großer finanzieller Zusammenbruch ereignet, der die Pariser Handelswelt arg in Mitleidenschaft zieht. Eine Reihe von Gesellschaften zur Erzeugung elektrischen Stromes ist in Konkurs geraten. Die Aktionäre dieser Gesellschaften haben gegen die Direktoren Anzeige wegen Betruges erstattet. Die verfallenen Aktien sind um Unterkauf von mehr als jech Millionen Frank handeln.

Automobilräuber in Australien. Als am Dienstagmorgen ein Kaffeebote, der eine Kaffette mit zur Lohnzahlung bestimmter 3800 Pfund Sterling trug, den Bahnhofsplanraum von Eveleigh betrat, wurde er von zwei maskierten Männern, die in einem Automobil vorgefahren waren, das für die während einer vorübergehenden Abwesenheit des Chauffeurs gestohlen hatten, mit Revolvern bedroht. Die Räuber entrißen ihm die Kaffette und entkamen.

### Jugendveranstaltungen.

Banow-Riederichshausen. Heute, Donnerstag, findet im Jugendheim, Kapellstr. 43b, ein Vortrag des Herrn Lohse, Reußlan, über „Reine Bandererlebnisse“ statt.

Marktpreise von Berlin am 9. Juni 1914, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. Weizen (mitgel), 40,00—40,50, Domat 0,00—0,00. Mais (runder), gute Sorte 15,40—15,70. Roggenstroh 0,00—0,00. Weizen 7,20—8,80.

Marktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße 26,00—60,00. Linsen 40,00—60,00. Kartoffeln (Reinbidl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Brust 0,00—0,00. Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00—0,00. Schweinefleisch 0,00—0,00. Kalbfleisch 0,00—0,00. Hammelfleisch 0,00—0,00. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 3,20—5,40. 1 Kilogramm Karbten 1,40—2,20. Hühner 1,40—3,20. Gander 1,50—3,40. Gans 1,40—3,20. Ente 0,80—2,40. Schote 1,60—3,20. Blei 0,80—1,60. 60 Stück Kacke 3,00—45,00.

### Witterungsübersicht vom 10. Juni 1914.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenbedeckung	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenbedeckung	Temperatur in Grad C
Eintriede	760,0	SW	4 wolkig	19	Sabaranda	767,6	S	2 wolkig	11
Damburg	762,8	SW	2 halb b.	12	Petersburg	773,0	SW	2 wolkig	11
Berlin	761,8	SW	3 wolkig	14	Schiff	759,9	SW	4 wolkig	11
Frankfurt a. M.	762,0	SW	3 heiter	10	Aberdeen	763,9	SW	4 wolkig	10
München	761,8	SW	5 heiter	11	Paris	758,6	SW	2 wolkig	12
Wien	760,8	SW	2 wolkig	15					

### Wetterprognose für Donnerstag, den 11. Juni 1914.

Wetter heiter, nachts etwas kühler, am Tage wieder wärmer, aber noch veränderlich bei meist schwachen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

### Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mitag: Mäßig warm, zeitweise heiter, aber noch veränderlich. Im Westen ziemlich zahlreiche, östlich der Oder mehr vereinzelte Gewitter und leichte Regenfälle.

# H. Oetken & Co.

Tel.: Moritzplatz 132/63 Oranienstraße 166 Nahe dem Oranienplatz Katalog gratis

Mod. Spezialhaus f. Herren- und Knaben-Garderobe für pa. Verarbeitung u. tadelloser Sitz übernehmen wir jede Garantie

Gummi-Mäntel m. 12.- 15.- 17.- 19.- 23.- 26.- usw.

Loden-Mäntel m. 13.- 15.- 17.- 19.- 23.- 26.- usw.

Loden-Pelerinen m. 9.- 10.- 12.- 14.- 16.- usw.

Große Auswahl! Ausprobierete Qualitäten! Katalog gratis!

Noch ein erledigtes Reichstagsmandat.

In Reutlingen in Württemberg ist Mittwoch früh der Reichstagsabgeordnete Stefan Lefter (Z.) nach schwerem Leiden an Nieren- und Lungenkrankheit gestorben. Er gehörte dem Reichstag seit 1908 an und vertrat den 17. württembergischen Wahlkreis. Der Reichstag hat Lefter mit 19 945 Stimmen gewählt. Der sozialdemokratische Kandidat erhielt 1602 Stimmen und ein nationalliberaler Kandidat 1980 Stimmen.

Germanisierung zugunsten fürstlicher Großgrundbesitzer. Die Anstaltungskommission hat die fürstlich reussischen Güter Reppschow und Clusch nebst den Vorwerken Kalwi, Preudenau und Josephshof, insgesamt circa 8000 Morgen, für den sehr hohen Preis von sechs Millionen Mark erworben. Die Uebernahme erfolgt am 1. Juli.

Der mexikanische Konflikt.

Riagara Falls, 9. Juni. Zwischen den Vermittlern und den mexikanischen Delegierten haben längere Besprechungen stattgefunden. Wie man erfährt, haben die Gegenanträge der Vereinigten Staaten die Mexikaner nicht vollständig zufriedengestellt. Die Mexikaner haben ihre Zuerst ausgesprochen, daß die Meinungsverschiedenheiten in einigen weiteren Besprechungen beigelegt werden können.

Der japanische Gesandte ermittelt.

Tokio, 10. Juni. Das Auswärtige Amt meldet: Der japanische Gesandte in Mexiko, Adachi, der als Vermittler gemeldet wurde und von dem man fürchtete, daß er von den Rebellen in Sahula gefangen genommen worden sei, befindet sich in Sahula; aber er ist auf seiner Reise nach der Hauptstadt nur aufgehalten worden.

Rußland.

Die Immunität.

Petersburg, 8. Juni. Die Abend Sitzung der Reichsduma, die außerordentlich stark besucht war, war der Beratung des Gesetzentwurfes über die Immunität der Abgeordneten gewidmet. Die äußerste Rechte brachte Abänderungsanträge ein, welche die Immunität beschränken sollten. Die Duma lehnte die Beratung dieser Abänderungsanträge ab und nahm die Dringlichkeit des Gesetzentwurfes mit 168 Stimmen der Oksobristen und der Opposition gegen 89 der Rechten und der Nationalisten an. Das Ergebnis wurde auf den Bänken der Oksobristen und der Opposition mit lebhaftem Beifall begrüßt, während die äußerste Rechte sich zurückzog. Darauf lehnte die Duma mit starker Mehrheit aus Oksobristen, der Linken und der Opposition einen Kompromißantrag ab, der es für wünschenswert erklärte, die Disziplinarverantwortlichkeit der Abgeordneten vor der Duma zu erhöhen und dem Dumapräsidenten das Recht zu gewähren, zu gewissen Disziplinarmaßnahmen die Initiative zu ergreifen. Die Ablehnung der Kompromißformel wurde auf den Bänken der Opposition mit lautem Bravo begrüßt.

Bulgarien.

Griechenfeindliche Demonstrationen.

Sofia, 10. Juni. Gestern abend wollte eine Gruppe magyarischer Flüchtlinge, die eine griechische Herberge aufgesucht hatte, die an der Wand angebrachten griechischen Bilder entfernen. Der Eigentümer widersetzte sich dem mit Gewalt. Die Polizei intervenierte und verhinderte Ausschreitungen. Der Zwischenfall wurde rasch aufgearbeitet. Sofort wurde von allen in Sofia untergebrachten Flüchtlingen eine Demonstration veranstaltet, wobei die Flüchtlinge ihrem Zorn gegen die griechischen Verfolger Luft machten. Die Demonstranten zogen vor das Haus griechischer Notabeln, wurden aber von Kavallerie und Polizisten zurückgedrängt; mehrere Polizisten wurden verletzt, darunter einer schwer. Sechs von den Demonstranten sind verhaftet worden. Der Polizeipräsident ist abgesetzt worden, weil er nicht sofort alle notwendigen Maßnahmen ergriffen hatte, um die Menge an der Besetzung der griechischen Kirche zu verhindern.

Wegnahme einer Kirche.

Sofia, 10. Juni. Gestern zog, trotz strömenden Regens, eine große Volksmenge zur griechischen Kirche und zur griechischen Schule, die sie ohne Zwischenfall, besetzte. Sogleich wurde von dem ehemaligen bulgarischen Vizekönig in Rodona (Kozedonien), der seinerzeit von den Griechen mißhandelt worden war, ein Gottesdienst abgehalten. In der griechischen Schule fand man eine Landkarte, in der ganz Thrazien und das östliche Bulgarien als ein Teil Großgriechenlands eingezeichnet waren. Der griechische Geschäftsträger fordert Entschädigung für den angerichteten Schaden und die Herausgabe aller von der Bevölkerung in Besitz genommenen griechischen Kirchen und Schulen. Gestern ist hier sowie in Burgas das Haus eines griechischen Untertanen geplündert worden; in Burgas sind auch einige griechische Privatschulen geschlossen worden. Die Manifestanten warfen in einem griechischen Kaffeehaus die Fenster ein, wobei die Polizei mehrere Verhaftungen vornahm. Die Festigung des englischen Vizekonsuls in Uvala ist geplündert und eingezogen worden.

Letzte Nachrichten.

Der Proteststreik in Italien.

Neapel, 10. Juni. Polizeibeamte und Carabinieri verhafteten heute morgen mehrere Steinwerfer. Bei einem Wirthe in der Nähe von San Giovanni a Teuluccio mußte ein Zug der Befreiungsbahn halten, da sich Manifestanten in großer Menge auf den Schienen aufgestellt hatten. Kavallerie zerstreute die Menge. Auch in Pora Capuana mußte Kavallerie die Manifestanten zerstreuen, welche den öffentlichen Wagenverkehr hindern wollten.

Neapel, 10. Juni. Bei einem Aufruhr wurden drei Polizeibeamte isoliert und verhaftet in ein Wirtshaus. Als die Menge die Fenster des Ladens mit Steinen einwarfen und die Beamten aufforderte, herauszukommen, erschien der erschreckte Besitzer des Ladens und gab aus einem Browning gegen die Menge vier Schüsse ab, durch die eine Person getötet wurde.

Flugunfall des Sturzfleglers Bégon.

Paris, 10. Juni. Einer Blättermeldung aus Warschau zufolge soll der Sturzflegler Bégon gestern bei einem Ueberlandflug abgestürzt sein. Der Apparat wurde vollständig zerstört, doch soll Bégon mit leichten Verletzungen davongekommen sein.

es dem Rekruten schlecht wurde. Als er sich ein wenig erholt hatte, begannen die Quälereien aufs neue. Zwischen den Pferdehändlern mußte er Aniebeuge machen und dabei die Hände vorstrecken, dann mußte er mit vorgestreckten Händen auf der Stelle marschieren. Hierbei erhielt er mehrere Fußtritte gegen die Aniescheibe und den Oberkörper, weil er die Beine angeblickt nicht hoch genug herausbringe. Weiter mußte der Rekrut eine zirka 80 Meter lange Stollgasse auf- und abstraben. Der Rekrut begann über diese Quälereien zu weinen, der Unteroffizier ließ sich dadurch nicht von weiteren Quälereien abhalten. Er hobte den Soldaten die Treppe hinauf und hinunter, bis der Rißhandelle schließlich auf seiner Stufe besinnungslos zusammenbrach. Der Dämmerzustand dauerte fast zwei Stunden. Der Soldat mußte einem Wahnsinnsanfall nahe gewesen sein, denn auf dem Transport zum Lazarett ließ er fortwährend Angstschreie aus: „Herr Unteroffizier schlagen Sie mich doch nicht mehr, ich kann ja nicht mehr!“ Erst im Lazarett kam er wieder zur Besinnung. Der als Sachverständige benommene Oberstabsarzt befandete vor dem Kriegsgericht, daß bei dem Rißhandellen eine Gehirnerschütterung konstatiert worden sei. Schon das Quälen ohne die Rißhandlungen, wie es der Angeklagte mit dem Rekruten vorgenommen habe, könne genügen, um einen Mann in jenen Dämmerzustand zu versetzen. Spätsich und Körperlich sei der Kanonier demnach angestrengt worden, daß eine solche nachteilige Wirkung eintreten konnte.

Das Kriegsgericht kam zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte den Untergebenen systematisch gequält, und daß ein milderer Fall vorliege. Es verurteilte den Unteroffizier zu fünf Wochen Mittelarrest.

Fahrlässiger Ungehorsam.

Ein anderes Kriegsgericht, das Oberkriegsgericht in Königsberg, verurteilte einen Reservisten zu vier Wochen strengen Arrest wegen fahrlässigen Ungehorsams. Es handelt sich um den Arbeiter Pätzsch; wegen irgendeiner Sache befand er sich im vorigen Sommer in Untersuchungshaft, als er einen Befehl zum Aufbruch zu einer vierzehntägigen Rekrutübung vom 6. August ab ins Gefängnis nachgehandelt bekam. Da Pätzsch nicht wollte, ob er am 8. August schon aus dem Gefängnis entlassen sei, ließ er durch die Gefängnisinspektion ein Gesuch um Befreiung von der Uebung an die Militärbehörde einreichen. Eine Antwort erhielt er nicht. Die Militärbehörde hatte ermittelt, daß Pätzsch zum Uebungstermin seine Strafe schon verbüßt haben werde und hielt es nicht für notwendig, ihn zu benachrichtigen. Da aber der Arbeiter mangels einer Benachrichtigung der Uebung fernblieb, wurde er vor das Kriegsgericht gezogen. Die erste Instanz sprach ihn frei, sie nahm an, daß er in gutem Glauben gehandelt habe. Auf Berufung des Gerichtsherrn verurteilte ihn das Oberkriegsgericht zu der obengenannten harten Strafe von vier Wochen strengem Arrest.

Kein Geld für die Arbeitslosen, wohl aber für Königsberg. Der bayerische König von Zentrumsgnaden feiert heute seinen 70. Geburtstag, für den außerordentliche Huldigungen in Aussicht genommen sind. Die bayerischen Städte wollen rund 100 000 bis 120 000 M. aufbringen, um dem König einen kostbaren Tafelauffzug zu schenken. Die Stadt Nürnberg wurde dabei mit einem Anteil von 10 000 M. eingeschätzt, den die freisinnig-liberale Mehrheit mit Hurra bewilligte. Bezeichnenderweise wurden die fraglichen Beschlüsse in geheimen Sitzungen gefaßt. Für die Arbeitslosen geschieht nichts, aber für dergleichen Zwecke hat man immer Geld übrig.

Freiherr von der Goltz erklärt.

Vor einigen Tagen ließ der Führer des Jungdeutscherlandbundes, Freiherr von der Goltz, durch das Wolffsche Telegraphen-Bureau folgende Erklärung verbreiten: „Am 23. vorigen Monats hat im Abgeordnetenhaus der Abgeordnete Adolf Hoffmann an den Herrn Kultusminister die Frage gerichtet, ob es Ratsache sei, daß ich vom Jungdeutscherlandbund ein Gehalt von 20 000 M. und daneben 35 M. tägliche Reisepesen nebst freier Fahrt erster Klasse bezöge. Da ich mich auf Reisen befinde und nichts davon erfährt, hat General Freiherr v. Bissing im Herrenhause bereits die bündige Antwort erteilt, daß ich vom Jungdeutscherlandbund „keinen Pfennig Gehalt“ erhalte, sondern nur Ersatz darrer Ausgaben (das heißt freie Fahrt und freien Aufenthalt in einem Hotel, falls ich nicht in einem Privathaus wohne), daß ich dem Bunde bei der Gründung einen namhaften Beitrag überwiesen und sonstige Zuerkennungen gemacht habe. Diese Angaben kann ich lediglich bestätigen, dem General v. Bissing für sein schnelles kameradschaftliches Eintreten meinen herzlichsten Dank aussprechen und hinzufügen, daß ich auch einen Jahresbeitrag bezöge, und daß mir aus meiner Stellung als erster Vorsitzender des Jungdeutscherlandbundes außerdem eine Reihe fortlaufender Unkosten erwachsen, deren Gesamtbetrag ich wahrscheinlich selbst erheblich unterschätzen würde, wenn ich nicht über meine persönlichen Ausgaben leidlich gewissenhaft Buch führe. Daß der Herr Kultusminister oder sein Vertreter nicht sogleich geantwortet hat, erkläre ich mir daraus, daß die Sache überhaupt nicht vor das Forum des Abgeordnetenhauses gehörte; denn der Jungdeutscherlandbund wird nicht aus Staats-, sondern aus Privatmitteln erhalten, was in erster Linie der unermüdeten und unermüdeten Tätigkeit seines ersten Geschäftsführers General Jung zu danken ist. Das hohe Haus sowohl, wie auch den Herrn Abgeordneten A. Hoffmann ging die ganze Angelegenheit also gar nicht das mindeste an.“

Freiherr v. d. Goltz, Generalfeldmarschall.

Herr v. d. Goltz ist völlig im Unrecht mit der Behauptung, der Jungdeutscherlandbund würde nicht aus Staats-, sondern aus Privatmitteln erhalten. Es steht demgegenüber fest, daß für Zwecke des Jungdeutscherlandbundes von den Abgeordnetenhaus für „Jugendpflege“ bewilligten 3/4 Millionen Mark mindestens eine Million ausgegeben werden dürfte. Das bezeugt der Generalfeldmarschall und behauptet ferner darauflos, das Abgeordnetenhaus wie auch den Abgeordneten Hoffmann ginge die Angelegenheit nichts an.

Auf Grund der hohen Unterstützung des Jungdeutscherlandbundes durch das Abgeordnetenhaus muß der Landtag, wie der einzelne Abgeordnete jederzeit das Recht haben, sich nach der Verwendung der Gelder und nach den Personen, die in dem Bunde die Jugend politisieren, zu erkundigen.

Die „Offener Arbeiterzeitung“ schreibt in der Angelegenheit:

„Unserem Genossen Hoffmann ist ein Irrtum unterlaufen. Wir hatten in unserer Nummer vom 22. Mai die früher schon von einem anderen Parteimitglied aufgeworfene, aber nicht beantwortete Frage wiederholt, ob es wahr sei, daß der erste Geschäftsführer des Jungdeutscherlandbundes, Herr General v. Jung, 20 000 M. Gehalt, täglich 35 M. Reisepesen und Fahrt erster Klasse und der Sekretär des Jungdeutscherlandbundes neben 6000 M. Gehalt 24 M. Reisepesen täglich und freie Fahrt erster Klasse bekomme.“

Auf diese Frage ist uns keine Antwort geworden. Will Herr v. d. Goltz nicht darauf antworten, ob Herr v. Jung, wenn er 200 Reisetage im Jahre hat, seine Tätigkeit für den Jungdeutscherlandbund sich mit 27 000 M. bezahlen läßt?

ut ge... terstag... ar ge... en Be... nen Be... offiz... fichen... mo...  
...lage beim letzten Kaiserhoch sitzen blieben, nicht mehr...  
...Funktion als Abgeordnete standen, da mit der Er...  
...des Kaisers der Reichstag formell geschlossen war...  
...haltung des Oberstaatsanwalts gegenüber den beim...  
...hoch sitzengebliebenen Abgeordneten sei daher unver...  
...lich. Ebenso sei die Erklärung des Justizministers hoch...  
...Diese Vorwürfe gehen selbst der „Nordd. Allg...  
...zu weit. An der Spitze der Ausgabe vom Mittwochabend...  
...sichtlich das Blatt eine Erklärung, worin sie den Herrn...  
...darauf hinweist, daß sein ganzes Geschwäh auf u...  
...tigen Voraussetzungen beruht.  
...Die Scharfmacher aller Schattierungen werden sich nun...  
...mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Staatsan...  
...schaft sich in dieser Angelegenheit keine Blamage holen

Zentrumshaff gegen die Sozialdemokratie.

Ein Artikel der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz, der die ganze liberale Presse die Runde macht, ist mit der Verurteilung der Denkmalsbefudeler außerordentlich...  
...Es heißt da:

„Das Stenbleiben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Beschmiererei des Denkmals sind auf demselben Ader...  
...machen. Der Unterschied ist der, die Verfärbten von Char...  
...berfallen dem Strafrichter, aber die Verfärbter, die in...  
...in Berlin sitzen, sind schlau genug, ihr Mißgehen nur da zu...  
...wo Straflosigkeit verbürgt ist. In der Praxis sind...  
...enge Strafen nicht zu entdecken, denn sie...  
...das einzig wirksame Mittel, um die Verfärbten zum Nach...  
...denken über den Ernst der Sache und zur Bekehrung der...  
...menschen zu bringen.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ bringt es sogar die Charlottenburger Lat mit der Blockpolitik in Ver...  
...ung zu bringen. Sie schreibt:  
...Die Härte der Strafe wird hoffentlich absichtlich wirken...  
...starkes sind ausgegangen alle die Rotmaler, die in die...  
...rzen der Arbeiterjugend blutrot den Haß gegen Kaiser und...  
...gegen staatliche und kirchliche Autorität malen. Der Parte...  
...ber, der den Partikulären geliebt und gehalten hat, ist mit...  
...kraft worden, aber moralisch nicht getroffen sind alle die...  
...anderen Freunde der Sozialdemokratie, die den...  
...sten Partikulären bei den Wahlen und in der Presse halten, wenn...  
...bürgerliches Mandat der Rechten oder des Zentrums an die...  
...Sozialdemokratie ausgeliefert werden soll.“

Die liberale Presse aber findet ebensowenig wie die...  
...konservative ein Wort gegen das Schreckens...  
...Der Vorwurf der „Köln. Volksztg.“ gegen den Libe...  
...ismus ist also wirklich eine unbediente Ehre.

Landwundenschädigung für Familien Militärspflichtiger.

Landwundenschädigung für Familien Militärspflichtiger.  
...Die vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen über die Ge...  
...von Auswundenschädigungen an Familien für im Reichs...  
...der Marine oder in den Schutruppen eingestellte Söhne...  
...dem Publikum vielfach irrtümlich aufgefaßt. Die Entschädigung...  
...nur gezahlt, wenn die einer Familie angehörenden Söhne...  
...Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienst...  
...als Unteroffiziere oder Gemeine eine Gesamtdienstzeit von...  
...Jahren zurückgelegt haben, für jedes weitere Dienstjahr eines...  
...seiner gesetzlichen Dienstpflicht genügenden Sohnes. Die...  
...Jahre als Kapitulant, also über die gesetzliche Dienstzeit hinaus...  
...hinein hierbei nicht in Betracht. Die Auswundenschädigung wird...  
...1. Oktober 1913 ab gewährt, d. h. es muß einer der Söhne...  
...diesem Tage mindestens das 7. Jahr der Gesamtdienstzeit an...  
...geleistet haben, also noch aktiv dienen. Gesuche um Gewährung...  
...Entschädigung für mehr als sechs jährige Dienstzeit von Söhnen...  
...Ende September 1913 ihre gesetzliche Dienstzeit bereits ab...  
...geleistet haben, können somit keine Berücksichtigung finden und sind...  
...Anspruch erteilt die Gemeindebehörde (Magistrat) des...  
...Ortes, in dem der Berechtigte seinen gewöhnlichen Auf...  
...halt hat.“

Ein suspendierter Gemeinderat.

Durch Beschluß des Bezirkspräsidenten des Oberelsaß in Kolmar, Herr...  
...v. Puttkamer, ist der am 17. und 24. Mai d. J. gewählte...  
...Gemeinderat der Stadt Rülhausen i. E. bis zur Gültigkeits...  
...klärung aller 36 Gemeinderatsmandate des Amtes enthoben.  
...dem Bürgermeister Regierungsrat Cömann in Rülhausen ist die...  
...Ausübung der Rechte und Pflichten des Gemeinderats „bis auf...  
...weiteres“ übertragen worden. In der Begründung des Beschlusses...  
...vom 4. Juni datiert und am 9. Juni bekannt gemacht wurde...  
...darauf verwiesen, daß gemäß den Ausführungsbestimmungen zur...  
...Gemeindeordnung die Gemeinderäte von Rülhausen und des am...  
...Juni eingemeindeten Dorortes Dornach mit dem Tage der Ein...  
...meindung „außer Wirksamkeit getreten“ sind, daß gegen die...  
...Gemeinderatswahl im Wahlbezirk Dornach Einspruch erhoben worden...  
...und daß endlich nach den Ausführungsbestimmungen zur...  
...Gemeindeordnung „die neugewählten Gemeinderatsmitglieder für...  
...Gesamtgemeinde erst dann in Tätigkeit treten können, wenn...  
...eine Mitteilung der Aufsichtsbehörde feststeht, daß die Wahl...  
...Verwaltungsstreitverfahren für gültig erklärt worden ist.“

In der Vorortgemeinde Dornach, die auf Grund ihrer Ein...  
...wahl vier Gemeinderatsmitglieder in den Gesamtgemeinderat...  
...zu wählen hatte, sind am 17. Mai vier Sozialdemo...  
...kraten gewählt worden. Da der erhobene Wahlanspruch sich im...  
...wesentlichen gegen Inkorrektheiten des von der Regierung für Dor...  
...ernannten Bürgermeisters bei Aufstellung der Wählerliste richtet...  
...und der Wahlanspruch ferner von einem neuen Regierungsmanne...  
...sächlich von einem im Nebenamt als Präsident des Kreisvereins...  
...höheren Postbeamten ausgeht, scheint es sich dabei um de...  
...sollte Arbeit zu handeln, um den zur Hälfte aus Sozial...  
...demokraten und zur anderen Hälfte aus Bürgerlichen bestehenden...  
...Gemeinderat der neuen Großstadt Rülhausen (nach der Eingemein...  
...dung Dornachs hat Rülhausen i. E. über 108 000 Einwohner) noch...  
...einige Zeit am Funktionieren zu hindern. Der Wahlanspruch selbst...  
...kam am Donnerstag, den 11. Juni, vor dem Bezirksrat in Kolmar...  
...zur Verhandlung.

Das ist die Garde . . .

Am Dienstag hatte sich das Kriegsgericht der 1. Garde...  
...Division in Berlin wieder mit einer besonders hohen...  
...Eskalationshandlung zu beschäftigen. Angeklagt war der Unter...  
...offizier Damerow von der 1. Batterie des Garde-Feldartillerie...  
...regiments. Er verübte seine Heidenraten an dem Rekruten...  
...Reiter. Der Rekrut, der nach Ansicht des Unteroffiziers die Pferde...  
...schleiere nicht gut genug gepußt hatte, wurde gequält, bis...  
...er besinnungslos zusammenbrach. Erst mußte er fortwährend...  
...zwischen den Zitterlästen hin- und herlaufen, dann mußte er beim...  
...Wagen zählen. Da er dem Unteroffizier zu langsam zählte, mußte...  
...er auch beim Pferdepußen zählen und während nun der Rekrut schon...  
...dieser ununterbrochenen Quälerei fast erlag, erhielt er plötzlich, als...  
...er in gebückter Stellung beim Pferdepußen war, von hinten über...  
...den Kopf und das Gesicht einen Schlag mit dem Zaum...  
...riemen. Der Unteroffizier hatte so festig geschlagen, daß

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Zimmerer**  
(Ersatzkasse.) Oertliche Verwaltung Berlin.  
Freitag, den 12. Juni, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

**Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom ersten Quartal. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.  
Der Vorstand. Richard Schröder, Berlin O. Tiltter Str. 7, n. IV.

**Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands**

Ortsverwaltung Berlin.  
Freitag, den 12. Juni 1914, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in den Musiferjalen. Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

**Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung:  
1. Die Lohnabzüge in den Damenhutfabriken für die kommende Saison. 2. Verschiedenes.  
Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Ortsverwaltung Berlin.

**Maschinenarbeiter.**

Montag, den 15. Juni, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festjalen, Andreasstr. 29:

**Branchen-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Bericht vom Verbandstag. 2. Die Lage der Maschinenarbeiter. 3. Verhandlungsangelegenheiten.  
Begen dieser wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Achtung! Bibliothek. Achtung!**

Vom Montag, den 15. Juni, ab werden keine Bücher mehr abgegeben. Bis zum 30. Juni müssen alle noch ausstehenden Bücher wegen Inventur eingeliefert sein.  
Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen. Deutschlands.**

Bureau: Engelauer 14/15. Geschäftsstelle Groß-Berlin. Tel.: Amt Westpt. 13261.

**Einladung**

zu der am Sonntag, den 14. Juni 1914, vormittags 10 Uhr, in Berlin im Gewerkschaftshause stattfindenden

**Kombinierten Versammlung**

der Zahlstellen  
**Groß-Berlin, Nowawes und Herzfelde.**

Tagesordnung:  
Ergänzungswahl des Verbandsvorstandes.

Anschließend an die kombinierte Versammlung findet dann sofort eine

**Außerordentliche Generalversammlung**

der Geschäftsstelle Groß-Berlin statt mit folgender Tagesordnung:  
1. Bericht vom Verbandstag in Leipzig. 2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Verbandsvorstand. Die Ortsverwaltung.

**Spezialarzt**

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berührung. Mäßige Preise.  
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.

**Schuten**

Damenhüte, schwarz, weiß, Champagne 0.95 an. Nigge. Schönhauser Allee 146 a. Alle Hüte werden zu Schuten gepreßt.

**Spezialarzt**

Haut-, Garm-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Reiztrank jeder Art, Ghrich-Hata-Kur in n. Co. fong. Laboret. Blut-untersuchung, Fäden i. Harn u. Bl. gegenüber Friedr. str. 81, Panoptikum Str. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Kenntst Du das Land, wo die Eichen stehen?  
Hast Du den kleinen Spreewald schon gesehen?  
Der schönste Ausflugsort im Reiche  
Ist Mann's Waldschloß in Schöneiche.

**Heines Werke**

3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Steppdecke**

Spezialhandlung  
**Emil Lefev**  
Berlin Oranienstr.

Purpur doppelseitig in den Farben 3<sup>95</sup> bis  
Similisseide bord. 8<sup>50</sup> bis  
Seidenors. blau, oliv.  
Wollatlas  
Daumendecken 21<sup>00</sup> bis  
Schlafdecken . . 1<sup>85</sup> bis  
Nach auswärts per Nachnahme  
**Spezial-Katal**  
(650 Abbild.) grat. u. frank

**Bruchband**

Leibbinden, Geraden Irrigatore, Spritzen  
Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt  
**Fabrikant Pollma**  
jetzt Berlin N., Lothringers Eigenes Werkstatt, Lieferant Krankenkass. Fachgem. Bedienung  
**H. Pfau, Bad**  
C. Dirksenstraße  
zwischen Bahnhof Alexanderplatz  
Gottgeprüffidum. — Amt Kast.  
Für Damen Frauen-Bedienung  
Lieferant für alle Krankenkassen

**Theater und Vergnügungen**

Donnerstag, 11. Juni 1914  
Anfang 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Boigt-Theater.** Das Mitternachtsmädchen.  
Anfang 5 Uhr.

**Passage-Theater.** Kino-Varieté. Vorspämer Naturtheater. Alt. Potsdam.  
Anfang 7 Uhr.

**Rgl. Opernhaus.** Geschlossen.  
Cines Hollendorfer-Theater.  
Eine tolle Nacht.  
Anfang 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Rgl. Schauspielhaus.** Der Weibchenfresser.  
**Berliner Prater-Theater.** Origi.  
Anfang 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.  
Anfang 8 Uhr.

**Krania.** Zum Hochfirt der Jungfrau.  
**Deutsches.** König Heinrich IV. (2. Teil.)  
**Deutsches Künstler-Theater.** Juppe vom Berge.  
**Kammertheater.** Stein der Weisen.  
**Deutsches Opernhaus.** Iphigenie in Aulis.  
**Pring.** Das Märchen vom Wolf.  
**Theater an der Weidendammer Brücke.** Der müde Theodor.  
**Schiller O.** Was ihr wollt.  
**Schiller Charlottenburg.** Ueber unsere Kraft. (1. Teil.)  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Königgräzer Straße.** Mr. Wu.  
**Kleines.** Zeitliche Weib.  
**Thalia.** Wenn der Frühling kommt.  
**Wolfe.** Das Häfel: Weib.  
**Montis Operetten.** Als ich noch im Hagefelde.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Säng.  
**Palast-Theater.** Varieté und Lichtspiele.  
Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Theater am Hollendorplatz.** Der Juxbaron.  
**Lustspielhaus.** Die spanische Allege.  
**Friedrich-Wilhelmstädt.** Die Schwindelweib.  
**Zirkus Busch.** Das Mirakel.  
**Zulien.** Der wilde geibe Robn.  
**Folies Caprice.** Die Leibwächterin.  
**Die Amordragoner.** Das Bett Napoleons.  
Als — da haun' ich.  
Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Neues Volks-Theater.** Maria Reichhammer.  
**Reichens.** Die verfluchte Liebe.  
**Admiralspalast.** Im Tangoklub.  
**Opernwarte.** Invalidenstr. 57—62

**Theater in der Königgräzer Straße**  
8 Uhr:  
**Mr. Wu.**  
**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
**Wie einst im Mai.**

**Schiller-Theater O.**

(Wallner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Was ihr wollt.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Klein-Eva.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Meyers.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**

Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft** (1. Teil).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Krieg im Frieden.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft** (1. Teil).

**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.**

Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
**Die Scheidungs-Ehe.**

**Deutsches Künstlertheater Sozietät.**

Nürnbergger Straße 70/71, am Zoo.  
Kasse: Nollendorfer 1383.  
Donnerstag, 8 Uhr:  
**Jeppe vom Berge.**  
Freitag 8 Uhr:  
**Jeppe vom Berge.**

**Theater am Nollendorplatz 5.**

8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:  
**Der Juxbaron.**

**Theater a. d. Weidendammerbrücke.**

Täglich abends 8 Uhr.  
Zum 95. Male mit sensationellem Zaubertrick: **Der müde Theodor.**  
Borber Kuffir, d. engl. Langkünstlerin Miss Mac Keen in ihren Trüg.-Künsten.

**WINTERGARTEN**

Neues Programm:  
**Radjah**  
in ihren Tänzen  
Johnsen u. Dean Jeanette-Denarber  
Ragtime- mit ihrem  
Sextett Ballon  
sowie  
10 hervorragende Kunstkräfte  
Entreeplatz wochentags  
M. 0.60.  
— Rauchen gestattet! —

**Voigt-Theater**

Badstraße 58.  
Heute, sowie täglich:  
**Das Mitternachtsmädchen.**  
Gr. Ausstattungsmil in Gef. u. Lang in 3 Akten u. Auftreten von Spezialitäten allerersten Ranges.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Kartellverband Groß-Berlin**

für Sport und Körperpflege

Am Sonntag, den 14. Juni, in „Schloß Weißensee“

Inhaber: Schilling

**Allgemeines Arbeiter Sport-Fest**

**Großes Doppelkonzert**

Gesang :: Sportliche Aufführungen der Turner, Schwimmer, Athleten, Radfahrer :: Kinderspiele sowie Volksbelustigungen

**Großes Feuerwerk**

Einlaß 1 Uhr \* Anfang des Konzerts 3 Uhr \* Einlaßkarte 20 Pfennig.

**In beiden Sälen Tanz**

(Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach)

Die beiden Kaffeeküchen sind von 2—6 Uhr geöffnet  
(1 Liter 70, 1/2 Liter 40 Pf.)

Ausführliches Programm an der Kasse.

Fahrverbindung: Linie 10, 50, 60, 61, 62, 63, 72, 73, 102 und Z. Autoomnibus 12, sowie Stadt- und Ringbahn: Station Weißensee.  
Um zahlreichen Besuch der Arbeiterschaft bittet  
Das Komitee.

8 Uhr:  
Zum Hochfirt der Jungfrau.

**Metropol-Theater.**

Abends 7 Uhr 55 präglie:  
**Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

**URANIA**

Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
Zum Hochfirt der Jungfrau.

**ROSE-THEATER**

Große Frankfurter Str. 132.  
**Das Rätsel: Weib.**  
Anfang 8 Uhr.  
— Auf der Gartendämme —  
Rund um die Oper. Gr. Revue.  
Vorh: Konzert, Spezialit. Anf. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Passage-Panoptikum.**

Lebend:  
**Die letzten weiblichen Azteken!**  
Der unfesselbare Rappo, der König der Ausbrecher, Aga, die schwobende Jungfrau, Buddhas Geisterfahel.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Neue Welt**

Arnold Scholz Hasenheide 108/114  
Heute Donnerstag, den 11. Juni 1914:  
Elite-Tag.  
ausgeführt von dem Kunstpyrotechniker E. Nielandt.  
Außer- dem: **Monster-Konzert und Varieté-Vorstellung.**  
Das sensat. Juni-Prgr. mit seinen 16 erstkl. Varieté-Nummern.  
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Varieté-Vorstellung 6 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Im neuen Saal: **Großer Ball.**

**Folies Caprice.**

Täglich 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:  
**Die Leibwächterin.**  
**Die Amordragoner.**  
**Das Bett Napoleons.**  
Ah — da staun' ich.

**Admiralspalast**

Eis-Arena.  
Die **„Im Tangoklub“** und das effektvolle Eisballen-  
**„Die lustige Puppe“.**  
Bis 6 Uhr und ab 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr halbe Kassenpreise.  
Wein- und Bier-Abteilung

**Reichshallen-Theater.**

Stettiner Säng.  
Zum Schluß:  
**Herr Direktor Kuhlbeck**  
Reform. Barock- von Reijel.  
Anfang 8 Uhr  
Sonntags 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

**Zirkus Busch**

Gastspiel des Deutschen Theaters  
Direktion: Max Reinhardt  
Das **Mirakel**  
Anfang 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
Nur noch 4 Vorstellungen

**ZOOLOGISCHER GARTEN**

Täglich ab 4 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert**  
Eintrittspreise:  
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.  
Aquar. 1 M., v. d. Str. 50 Pf. v. d. Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte  
Neu! **AQUARIUM**  
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends